

Redebuch

2022



Initiative Bremer Montagsdemo: Redebuch. Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 – 2011 – 2012 – 2013 –
2014 – 2015 – 2016 – 2017 – 2018 – 2019 – 2020 – 2021 – 2022 – 2023

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

2022

Grundsätze

Januar: 732.

Februar: 733. 734.

März: 735.

April: 736.

Mai: 737.

Juni: 738.

Juli: 739.

August: 740.

September: 741.

Oktober: 742.

November: 743.

Dezember: 744.

Kontakt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

*Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern
der 26. Bremer Montagsdemo*

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

732. Bremer Montagsdemo

am 03. 01. 2022

Die Regierungsmaßnahmen sind völlig unzureichend



1. Herzlich willkommen und ein frohes neues Jahr! Auf dass das neue besser als das alte werde! Das ist hier die Montagsdemo. Hier ist ein Offenes Mikrofon auf antifaschistischer Grundlage. Das heißt: Faschisten oder Querfrontler haben hier kein Rede-recht.

Kanzler Scholz sagt in seiner Neujahrsansprache, die Gesellschaft sei „nicht gespalten“. Richtig führt er auf, wie die Menschen selbstlos Hilfe leisten in Katastrophen oder im **Gesundheitsschutz**, und dass es nicht die Spaltung der Gesellschaft in Ge-

impfte und Ungeimpfte ist. Da hat er nicht unrecht. Aber was er dabei völlig weglässt, ist die Spaltung in Klassen: ganz oben die Monopolkapitalisten, die Profitmacher – und unten die Arbeiterklasse, die alle Werte schaffen, der Natur ihre Schätze abringen, aber auch die Arbeitslosen, die der Kapitalismus nicht mehr brauchen kann, und immer mehr Arme.

Die Corona-Inzidenz in Bremen liegt aktuell bei 513 – und da rufen die „Querdenker“ mit ihren faschistischen Drahtziehern heute zur Demo auf gegen Schutzmaßnahmen, gegen Maskentragen, gegen Impfen. Es ist nicht zu akzeptieren, dass Leute, die gegen die Regierungspolitik protestieren wollen, an der Seite von Faschisten marschieren! Wer hier steht, kein Faschist und kein Querfrontler ist, aber meint, gegen die Coronamaßnahmen demonstrieren zu müssen, sollte sich gut überlegen, mit wem er da auf die Straße geht.

Die Maßnahmen der Regierungen in Bund und Ländern sind völlig unzureichend. Immer noch wird „auf Sicht gefahren“, statt vorausschauend zu handeln. Der Grund dafür liegt darin, dass alles den Profitinteressen untergeordnet wird. Jetzt soll die Quarantänedauer verkürzt werden, damit die Kranken früher wieder arbeiten können.

Auch die „Hospitalisierungsrate“ als Maßstab ist menschenverachtend: Es wird erst dann eingegriffen, wenn keine Betten mehr frei sind, wohl wissend, dass jeder dritte Corona-Kranke auf Intensivstation stirbt – jeder zweite, der beatmet

werden muss! In Deutschland gibt es inzwischen 112.233 Corona-Tote, weltweit 5,4 Millionen. Die meisten hätten nicht sterben müssen, wenn konsequent eine Null-Covid-Politik gemacht worden wäre: konsequenter Lockdown einschließlich Industrie und Schulen; Luftfilter; Freigabe der Impfpatente – und sofortige allgemeine Impfpflicht!

2. Die **Preissteigerungsrate** ist auf sechs Prozent gestiegen, bei Lebensmitteln auf zehn Prozent, bei Gemüse und Obst noch höher, bei Benzin und Gas über 30 Prozent. Und da kommt der neue Landwirtschaftsminister Cem Özdemir daher und fordert, mit Tierwohl und Naturschutz als Begründung, die Lebensmittelpreise müssten steigen! Das ist die Politik der Grünen: Abwälzung der Kosten auf die breite Bevölkerung. Hartz-IV-Empfänger und Leute mit niedrigem Einkommen sind aber darauf angewiesen, dass es halbwegs billige Lebensmittel gibt.

Mit fünf Euro, die Hartz IV pro Tag für Lebensmittel für Erwachsene vorsieht, mit nur 3,98 Euro für Kinder zwischen sechs 6 und 14 Jahren, kann man sich jetzt schon nicht gesund ernähren – und da will Özdemir auch noch, dass alles teurer wird! Pro Mahlzeit hat ein Erwachsener demnach 1,70 Euro zur Verfügung. Wer soll damit gesund satt werden?

26 Prozent der Bremer leben unter der Armutsgrenze, vor allem die Altersarmut nimmt immer mehr zu. In Deutschland gilt fast ein Viertel der Über-80-Jährigen als arm. Das meiste an den Lebensmitteln verdienen die großen Konzerne, nur zehn Prozent bekommen die bäuerlichen Erzeuger. Vor 10 Jahren waren es noch 15 Prozent, und auch das war schon viel zu wenig.

Deshalb unsere Forderungen: Erzeugerpreise rauf, Verbraucherpreise runter! Kampf für höhere Löhne! Teuerungszuschlag sofort! Soforterhöhung von Hartz IV auf 650 Euro! Arbeitslosengeld 1 für die komplette Dauer der Arbeitslosigkeit! Weg mit den Hartz-Armutsgesetzen!

Übrigens hat bei den Präsidentschaftswahlen in Chile der Kandidat der linken Einheitsfront gewonnen, Gabriel Boric. Herzlichen Glückwunsch! Boric steht für die Rechte von Frauen, Indigenen, Homosexuellen und vor allem für die Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung. Sein unterlegener Gegenkandidat war der Faschist und Pinochet- und Bolsonaro-Bewunderer Antonio Kast, Sohn eines deutschen Wehrmachtsoffiziers.

Wolfgang Lange (MLPD)

Beim Einsteigen negativ, beim Aussteigen positiv: Testen verhindert die Virenausbreitung jedenfalls nicht („*Spiegel*“)

100 Euro müssen drauf: Von „Bürgergeld“ kann man erst sprechen, wenn die Menschen über den Monat kommen („*Deutschlandfunk*“)

Weltweite Stilllegung aller Atomkraftwerke!



An Silvester wurden weitere drei Kernkraftwerke in Deutschland stillgelegt. Das ist ein großer Erfolg des Widerstands! Über 60 Jahre gingen viele Menschen auf die Straße, um die Atomkraft zu stoppen. Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima vor knapp zehn Jahren zwangen Millionen die Merkel-Regierung, die beschlossene Laufzeitverlängerung zurückzunehmen und das Ende der Atomkraft für 2023 zu beschließen. Hier in Bremen waren wir über 6.000! Das zeigt, dass die Denkweise „die da

oben können machen, was sie wollen“ nicht zutrifft.

Jetzt laufen noch drei Meiler bis Anfang 2023. Allein das bedeutet einen Extraprofit für die Energiekonzerne von 1.095 Millionen, denn alle Kernkraftwerke sind längst abgeschrieben. Jeder Tag bedeutet eine permanente Gefahr, denn Atomkraft ist nicht beherrschbar! Wer darauf setzt, nimmt das Risiko eines Super-GAU und die dauerhaften Folgen für Mensch und Umwelt bewusst in Kauf. Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima – alle 25 Jahre ein Super-GAU! Außerdem werden im Regelbetrieb ständig radioaktive Stoffe in die Umwelt abgegeben. Bis heute gibt es weltweit kein dauerhaftes und sicheres Endlager für hochradioaktiven Atommüll. Jedes Gramm Atommüll ist ein Verbrechen an kommenden Generationen.

Viele Menschen wünschen und fordern, dass das Zeitalter der fossilen Energien so schnell wie möglich zu Ende geht. Aber die Atomkonzerne wittern Morgenluft und betreiben eine massive Werbekampagne zur „Renaissance“ der Atomkraft. Dafür soll jetzt die Atomkraft in der EU als „nachhaltige Brückentechnologie“ gekennzeichnet werden. Frau Merkel hat diesem „Grünwaschen“ bereits zugestimmt. Es ist ihr Abschiedsgeschenk an die Atomkonzerne. Dreist wird behauptet, die Atomenergie sei „klimaneutral“. Damit soll erreicht werden, dass der Bau und Betrieb von Kernkraftwerken in Europa noch massiver als bisher durch Steuergelder gefördert wird. Die Atomlobby versucht sogar, „Fridays for Future“ dafür zu gewinnen. Was ist von diesen Lügen zu halten?

Kann Atomstrom das Klima retten? Derzeit deckt Atomkraft mit rund 400 Reaktoren nur zwei Prozent des Weltenergiebedarfs und hat somit fast keinen Effekt auf die Klimabilanz. Der gesamte Lebensweg des Brennstoffs für Atomreaktoren erzeugt erhebliche Mengen Kohlendioxid. Betrachtet man ihren gesamten Lebenszyklus, betrifft das vor allem die Rohstoffgewinnung, insbesondere den hohen Energiebedarf beim Uranabbau, die Anlagenproduktion, aber auch ihre Still-

legung. Auch in Hinsicht auf Kohlendioxid-Emissionen kann Atomkraft gegenüber Erneuerbaren nicht punkten.

Atomkraft ist nicht die billigste, sondern die teuerste Energieform. Allein der Bau eines Kernkraftwerks kostet im internationalen Durchschnitt rund zehn Milliarden Euro. Gegenüber erneuerbaren Energien ist Atomkraft nicht wettbewerbsfähig und für Investoren ohne staatliche Fördermittel uninteressant. Während die Kosten für neue Windkraft- und Photovoltaikanlagen kontinuierlich fallen, steigen sie für den Kernkraftwerksneubau. Übertragen auf die Megawattstunde ist Atomstrom aktuell dreimal so teuer wie Ökostrom.

Wir brauchen keine gefährliche „Brücke“, die jederzeit einstürzen kann. Atomkraft steht dem Ausbau der erneuerbaren Energie vollständig im Wege. Kernkraftwerke können ihre Leistung nicht flexibel regeln. Bei einer Netzüberlastung laufen sie einfach weiter, während Wind- und Solarstrom weichen müssen. Atomkraft ist daher keine Ergänzung im Stromnetz, sondern harte Konkurrenz für Wind- und Solarstrom. Warum gibt es keine Verpflichtung, sofort auf allen Dächern Sonnenkollektoren zu installieren?

Dagegen gibt es inzwischen einen wahnsinnigen Plan der Nasa, auf dem Mond ein Mini-Atomkraftwerk „für 30 Haushalte“ zu bauen. Im Dienste der amerikanischen Atomkonzerne sollen neue Profitquellen erschlossen und der machtpolitische Wettlauf mit China und Russland über die Vorherrschaft im Weltall gewonnen werden. Ein Spiel mit dem Feuer! Kein Bau neuer Atomkraftwerke, weder auf dem Mond noch auf der Erde! Sofortige weltweite Stilllegung aller Atomkraftwerke auf Kosten der Betreiber! Weg mit Kohle und Atom – erneuerbar ist unser Strom!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Ohne Sanktion: Angela Merkel lehnt zwei Jobangebote
hintereinander ab („Spiegel“)

Es wird noch viel schlimmer mit dieser „Ampel“

Wieder hat die neue Regierung die meisten Bürger vor der Wahl mit Versprechungen um den Finger gewickelt. Es gibt eben so viele Bürger, die sich anpassen, ohne mal nachzudenken, was sie damit anrichten, wie mit viel zu niedrigem Lohn zu arbeiten. Die nannte man zu Sowjetzeiten Verräter, und die wurden damals politisch systematisch zum Besseren bewegt. Was schon seit über 30 Jahren mit Beschleunigung läuft, hat jetzt Turbotempo angenommen: das Teurermachen auf dem Rücken der Schwachen, bei Lebensmitteln und beim Benzinpreis

etwa. Die Mieten sind in zwei Jahren über 15 Prozent gestiegen, von Immobilien ganz zu schweigen. Das soll mit drei Euro Regelsatzerhöhung ausgeglichen werden, meint diese „Ampel“. Das ist eine egoistische Schweinerei!

Da müssten eigentlich Demonstrationen für soziale Gerechtigkeit kommen, aber das bürgerliche Anpassen läuft über Angst weiter. Deutlich wütender bin ich auch, aber von Gewaltdemos nur gegen Corona halten wir nichts. Das ist sogar ein Aufruf, anders groß zu demonstrieren, nämlich gegen diese Kleintreterei über Hartz IV und Arbeitseinschüchterungen. Das ist mit Corona für die Regierung so leicht gemacht worden! Wir leben tatsächlich weiterhin in einer alten Hierarchie: oben die Reichen und Mächtigen mit dicken Renten, dann ihre Vertreter, die kommunalen Beamten mit Höchstpensionen, dann vom DGB gestützte „Mussarbeiter“, dann immer mehr Kleinarbeiter ohne jedes Vermögen, bis zum Minijobber, klein und arm wie bei Hartz IV, mit steigender Tendenz. Das ist immer noch mittelalterlich, ohne Würde und Gleichheit, wie sie eigentlich im Grundgesetz stehen.

Da müsste doch wirklich mehr als verfassungswidrig verurteilt werden, bei dieser hierarchischen alten Gesellschaftsform. Die Renten und Löhne können für Gleichheit und Gerechtigkeit nicht mehr über Prozente berechnet werden, das kommt nur der Oberschicht immer mehr zugute. Die Beamten greifen weiter voll in die Rentenkasse der Arbeiter und zahlen nichts dazu, da helfen der Regierung auch keine Steuertricks. Die Beamten sind mächtig und treten uns ebenfalls weiter runter. Ich sehe sie schon als Gegner, diese Bürokraten und Trittbrettfahrer. Ich meine nicht Polizisten und Soldaten, die sich in der Öffentlichkeit bis zum Rentenalter im Job einen abberechnen. Aber mit den Energiepreis-Erpressungen ist mir nun ganz klar: Die Zeiten werden für alle Hartz-IV-Bezieher viel schwerer, und es muss jetzt groß aufgestanden werden!

Günni, der „Mann mit dem großen Hut“

„Den Kostenhochlauf ein Stück weit kompensieren“: Habeck orakelt über „höhere Sätze im Wohngeld und bei Hartz IV“ („WAZ“)

Faschisten und „Querdenker“ haben hier kein Rederecht

Gestern war die erste Montagsdemo im neuen Jahr. Sie begann wie immer um 17:30 Uhr. Für 18 Uhr hatten „Querdenker“ und Impfgegner ebenfalls aufgerufen, zum „Spaziergang“ auf den Marktplatz zu kommen. Dagegen hatte unter anderem die „Basisgruppe Antifa“ zur Gegendemo aufgerufen. Schon vor 17:30 Uhr waren auf dem Marktplatz etwa 20 Leute mehr als sonst zur Montagsdemo. Als Moderator begrüßte ich alle und stellte gleich klar, dass dies die Montagsdemo

ist und dass wir ein Offenes Mikrofon auf antifaschistischer Grundlage haben. Ich forderte alle auf, Maske zu tragen und anderthalb Meter Abstand zu halten. Wer hier ist, um gegen die Politik der Bundesregierung zu protestieren, kann das gern tun. Faschisten und „Querdenker“ haben hier aber kein Rederecht.

Ich führte dann weiter aus, wie die Corona-Lage weltweit mit 5,4 Millionen Toten, in Deutschland mit über 112.000 Toten ist, dass in Bremen die Inzidenz bei über 500 liegt und dass das „Auf-Sicht-Fahren“ seinen Grund in der Unterordnung unter die Profitinteressen hat. Die meisten Toten hätten vermieden werden können. Deshalb forderte ich eine Null-Corona-Politik statt die Hospitalisierungsrate als Gradmesser zu nehmen, was menschenverachtend ist, eine sofortige Impfpflicht und die Freigabe der Patente. Ich ging auch auf die „Querdenker“ ein und dass sich alle hier ernsthaft überlegen sollen, ob sie wirklich mit Faschisten zusammen demonstrieren wollen.

Den anwesenden Antifaschisten bot ich an, hier am Offenen Mikrofon zu sprechen. Ein Vertreter der „Basisgruppe Antifa“ machte davon Gebrauch und hielt einen recht guten, ausgearbeiteten längeren Beitrag zu „Querfront“, Flucht und Asyl und gegen Kapitalismus. Während der nächsten halben Stunde ging dann zwar ein Teil weg, aber es kamen sehr viel mehr neue Leute dazu, circa 200. Es wurden auch andere Beiträge am Offenen Mikrofon gehalten, zum Teil wurde aber meiner Meinung nach zu starr am vorbereiteten Thema festgehalten.

Ich begrüßte zwischenzeitlich mehrfach die neu Hinzugekommenen und erläuterte, ähnlich wie zu Beginn, um was es geht und wie die Regeln sind. Während der ganzen Stunde gab es keine Störversuche. Wir beendeten dann um 18:30 Uhr die Montagsdemo offiziell. Ich begrüßte das gemeinsame Vorgehen aller Linken und dass wir das auch für den Kampf um andere Ziele brauchen, etwa für höhere Löhne und gegen die Hartz-Armutsgesetze. Es hatte keine weiteren Wortmeldungen mehr gegeben, und viele Anwesende standen ohne Abstand und Maske auf dem Platz.

Danach begannen die Impfgegner und Konsorten ihren angekündigten, aber nicht angemeldeten „Spaziergang“ rund um den Marktplatz, ohne Schilder, zum Teil mit Kerzen. Einige Antifa-Genossen stellten sich in den Weg. Es waren mindestens fünf Mannschaftswagen der Polizei da, die aber nicht einschritten. Wir fragten sie, warum sie nichts gegen den Corona-Spaziergang unternehmen. Innensenator Mäurer hatte zuvor angekündigt, solche Spaziergänge als Demonstration zu betrachten, die angemeldet und mit Auflagen versehen werden müsse; ansonsten sei sie aufzulösen und strafrechtlich dagegen vorzugehen. Die Antwort der Polizisten: „Wir sind nicht genug Leute“.

Danach fuhr die Polizei mit ihren Wagen aber doch auf den Platz, und Polizisten bildeten eine Kette. Sie gingen dabei nicht gegen die „Querdenker“-Demo vor, sondern versuchten, beide Lager voneinander zu trennen. Davor war sie auch gegen Antifaschisten vorgegangen, was ich aber nicht genau mitbekommen habe. Wir beteiligten uns noch kurz an antifaschistischen Sprechchören und zogen uns dann zurück. In einer kurzen Auswertung beurteilten die noch anwesen-

den Montagsdemonstranten unser Auftreten überwiegend als sehr positiv. Lediglich ein Mitstreiter äußerte lautstarken Unmut über das gemeinsame Vorgehen mit der „Antifa“, die er pauschal ablehnt.

Wolfgang Lange (MLPD)



18:01

←
Demoticker & Infos HB
⋮

11.826 Tweets

Tweets
Tweets & Antworten
Medien

Demoticker & Infos HB · 24 Min. · ⋮
[#hb0301](#) starke, faktenbasierte Rede zum Thema Corona von der Montagsdemo.

8

Demoticker & Infos HB · 28 Min. · ⋮
[#hb0301](#) Regen setzt ein :)

3

 17

Demoticker & Infos HB · 30 Min. · ⋮
[#hb0301](#) Bremer Montagsdemo beginnt, gibt direkt ein Statement gegen den Querschwurbel ab. Danke dafür.

2
 2
 19

Demoticker & Infos HB · 40 Min. · ⋮
[#hb0301](#) Heute könnte es etwas unübersichtlich werden, da heute auch die Montagsdemo auf dem Marktplatz stattfindet. Also hat ein Auge. Reichsbürger las diät



„Tweets“ zur Montagsdemo und zum Redebeitrag der „Basisgruppe Antifa“

„Kill Cops“: Bremer Polizei möchte jungen Stirn-Tattoo-Träger zurück in die Psychiatrie bringen („Hamburger Morgenpost“)

Gewalt im linken Namen?

In Bremen brannten kürzlich Polizeibusse und Gebäudefassaden der Konzerne OHB (Weltraumrüstung) und Vonovia (Mietwohnungen). „Buten un binnen“ zeigte rauchschwarze Ruinen und einen Sprecher der „Basisgruppe Antifa“ mit den Worten: „Davon distanzieren wir uns nicht.“ In einem Aufruf der Gruppe, der durch den Bremer „Sozialkonflikt“-Verteiler ging, hieß es: „Antifa bleibt Handarbeit.“ Die linke Landesregierung will nun eine „Sonderkommission Linksextremismus“ einrichten, mit unklarem Auftrag.

Ich meine, zu diesen Anschlägen aus linken, „anschlussfähigen“ Gründen sollten sich die linken Gruppen und Parteien öffentlich erklären. Womöglich sind

beim OHB-Anschlag nächtlich im Hause tätige Reinigungskräfte in Lebensgefahr gebracht worden. Unter den dort Beschäftigten wurden Angst und Schrecken verbreitet. Dieser Anschlag trägt also schon terroristische Züge. Und das Anrichten derartiger Sachschäden ist sinnlos.

OHB und Vonovia haben Gebäudeversicherungen, da „bluten“ nicht die eigenen Aktionäre. Die ausgebrannten Polizeibusse hingegen ersetzt der Steuerzahler – auf dieser Ebene ist der Anschlag volksfeindlich. Die selbstbezahlten „Wannen“ sind nun freilich noch kein selbstverwaltetes Volkseigentum. Ich teile durchaus die Befürchtung, dass eine bessere Welt sich ohne Gewalt nicht wird herbeiführen und bewahren lassen, weil die Herrschenden in ihrer Menschenfeindlichkeit bedenkenlos Gewalt anwenden, so wie jetzt in Kasachstan.



Ich möchte mich von solchen Anschlägen distanzieren und keine Straftaten auf der Montagsdemo gebilligt hören. In dem Satz „Antifa ist Handarbeit“ sehe ich nun schon ein augenzwinkerndes Inkaufnehmen von Handgreiflichkeiten, wenn auch noch keinen Aufruf zu Gewalttaten und somit Grund, der „Basisgruppe Antifa“ die Teilnahme an der Montagsdemo zu versagen. In den USA versuchen Trumps Republikaner gerade, Demokraten und Antifa die Verantwortung für die Kapitol-Erstürmung im vergangenen Januar zuzuschieben. Die linken Gruppen und Parteien dürfen sich nicht entsolidarisieren lassen.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos, Webmaster Bremer Montagsdemo)

Wir haben klare Grundsätze für die Montagsdemo. Demnach haben wir ein überparteiliches Offenes Mikrofon, an dem jeder seine Meinung frei sagen kann, außer Faschisten. Deswegen haben auch „Querfront“-Anhänger mit ihren Verschwörungstheorien kein Rederecht, da sie bekanntlich mit den faschistischen Drahtziehern auf Corona-Leugner-Demos marschieren.

Als Moderator achte ich darauf, dass unser Offenes Mikrofon nicht von faschistischen Kräften missbraucht wird. Ansonsten steht es aber jedem offen. Und besonders freue ich mich, wenn ausgewiesene Antifaschisten daran sprechen. Deshalb habe ich auch die Teilnehmer der „Basisgruppe Antifa“ ausdrücklich ermuntert, hier zu sprechen. Ihr Beitrag ist auf der Homepage verlinkt – jeder kann also nachlesen, was sie gesagt haben. Daran ist nach unseren Grundsätzen nichts auszusetzen.

Man muss nicht in allem mit dieser Gruppe einverstanden sein. Mit meinen Überzeugungen als Marxist-Leninist stimmen ja auch nicht alle überein. Wir haben ein gemeinsames Anliegen, und das ist – außer dem Kampf gegen die Hartz-Armutsgesetze und für bessere Lebensverhältnisse – schon immer der Kampf gegen Faschismus, Umweltzerstörung und Kriegsgefahr gewesen. Natürlich gibt

es noch viel mehr Themen. Nur im überparteilichen gemeinsamen Kampf lässt sich etwas bewegen.

Zur Rolle der Gewalt gibt es unterschiedliche Meinungen. Aus dem Satz „Antifa bleibt Handarbeit“ in einem Aufruf der „Basisgruppe Antifa“ den Aufruf zu Gewaltaktionen abzuleiten, halte ich für unzulässig, ja böswillig. Und richtig schlimm wird es, Vermutungen zu möglichen Verwicklungen in Brandanschläge anzustellen. Das ist dann nicht mehr weit davon weg, wie Ex-US-Präsident Trump die „Antifa“ als „terroristische Vereinigung“ abzustempeln.

Wie gesagt, wir müssen uns ja nicht in allem einig sein. Aber jeder Antifaschist, der hilft, sich faschistischen Umtrieben und auch der Faschisierung des Staatsapparats entgegenzustellen, ist nach meinem Dafürhalten herzlich auf der Montagsdemo willkommen. Dass von staatlichen Stellen, zum Beispiel vom „Verfassungsschutz“ Faschisten gedeckt wurden und werden, siehe „Nationalsozialistischer Untergrund“, ist auch eine Tatsache. Uns dagegen zu wehren ist Notwehr.

Die Frage der Gewalt stellte sich in der Geschichte eigentlich immer so, dass die Unterdrückten dann zur Gewalt griffen, greifen mussten, um nicht vernichtet zu werden, wenn die Herrschenden zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zur offenen Gewalt griffen. So kann man es zum Beispiel heute in Kasachstan erleben: Schießbefehl gegen friedliche Demonstranten. Wenn eine revolutionäre Situation ausgereift ist, wenn es nur noch Untergang in die Barbarei oder Aufstand gibt, stellt sich die Frage der Gewalt also anders als heute.

„Der reißende Strom wird gewalttätig genannt. Aber das Flussbett, das ihn einengt, nennt keiner gewalttätig“, sagte Bertold Brecht über Gewalt. Mit dem Satz „Antifa bleibt Handarbeit“ kann auch gut gemeint sein: Verbal gegen die „Querdenker“ vorzugehen reicht nicht – man muss sich auch direkt, physisch, ihnen in den Weg stellen. Das ist nichts anderes als bei jeder antifaschistischen Demonstration, wo versucht wird, einen Naziaufmarsch zu verhindern. Das ist kein Gewaltaufruf.

Wenn einzelne Mitglieder der „Basisgruppe“ sich nicht in der Lage sehen, sich von den Brandanschlägen abzugrenzen, ist das sehr dumm – vielleicht ist der Sprecher da auch in die Falle getreten. Anarchistische Anschläge, losgelöst von den Massen, sind nur schädlich. Wir wissen aber auch nicht, wer wirklich dahinter steckt. Ist das „Bekennerschreiben“ echt oder vielleicht das Ganze von staatlichen Stellen inszeniert, um Gründe für ein Vorgehen gegen Linke zu haben? Das wäre ja nichts Neues. Das Einrichten der „Sonderkommission Linksextremismus“ deutet darauf hin.

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Der Montag als Tag des Widerstands gehört den fortschrittlichen Protesten! Null Toleranz für egoistische und reaktionäre „Querdenker“- und Corona-Leugner-Aktivitäten! In den letzten Wochen erleben wir verstärkt wieder Aufmärsche von

Corona-Leugnern und Impfverweigerern, zumeist als Spaziergänge inszeniert und getarnt.

Dort tummeln und marschieren gemeinsam reaktionäre und faschistische Kräfte mit egoistischen Gegnern des Impfens und von notwendigen und sinnvollen Gesundheitsschutzregeln. Ohne Masken, ohne Abstand – und das in der Zeit der hochansteckenden Omikron-Welle – können sie vielerorts ohne jegliches Eingreifen der Polizei marschieren. In den Medien bekommen sie ausführliche Berichterstattung und Aufwertung.

Die egoistische und faschistoide „Querdenker“- und Corona-Leugner-Bewegung versucht insbesondere den Montag mit ihren Aktivitäten zu besetzen und die Tradition von fortschrittlichen Montagsprotesten zu missbrauchen. Wir sagen: Hände weg vom Montag als Tag des Widerstands von fortschrittlichen Protestbewegungen gegen die Hartz-Armuts-Gesetze, gegen das unsinnige Projekt „Stuttgart 21“, den Ausbau des Frankfurter Flughafens und vielen weiteren berechtigten Anliegen!

Sicherlich ist nicht jeder Teilnehmer der „Spaziergänge“ ein Faschist, AfD-Anhänger oder notorischer Impfgegner. Das gescheiterte Krisenmanagement der Regierungen mit „Auf-Sicht-Fahren“, das uns mutwillig eine vierte und fünfte Welle der Corona-Infektionen beschert, zermürbt auch. Doch deswegen Hauptsache gegen die Regierung, egal mit wem und um was es geht?

Wir sagen: Ja zur kontroversen Diskussion auf antifaschistischer Grundlage – dafür steht das Offene Mikrofon der Montagsdemobewegung seit jeher. Nein zu Egoismus, zu Spaltung der Arbeiter- und Volksbewegung durch Corona-Leugner und „Querdenker“-Bewegung!

Völlig verzerrt, werden in den Medien und von der Regierung diejenigen, die sich nicht an den „Querdenker“- , Corona-Leugner- und Impfgegner-Aktivitäten beteiligen – und Proteste gegen faschistoide Aufmärsche – als Befürworter oder Verteidiger des Krisenmanagements der Regierung bezeichnet. Das ist absurd! 60 Prozent der Bevölkerung kritisieren im Dezember völlig zu Recht, dass die Corona-Schutzmaßnahmen nicht weit genug gehen.

Die bundesweite Montagsdemobewegung und die an ihr beteiligten Organisationen gehören zu den konsequenten Kritikern und Kämpfern gegen das desaströse Krisenmanagement der Bundesregierung und der Landesregierungen und der Profitwirtschaft der Großkonzerne, auch der Pharmakonzerne. Es ist doch genau andersherum!

Auf den sogenannten Spaziergängen steht das katastrophale Krisenmanagement der alten und neuen Regierung gar nicht im Fokus: Kein Wort zu den Covid-19-Toten, kein Wort zur Situation der Klinikbeschäftigten. Wo ist die Kritik an der Politik der Bundesregierung, die dazu geführt hat, dass wir den Höchststand an Milliarden in Deutschland haben und Großkonzerne Milliardenhilfen erhielten, während Hartz-IV-Bezieher lächerliche drei Euro mehr bekommen?

Sich impfen zu lassen, sich zu testen, den Gesundheitsschutz ernst- und sich dafür auch zurückzunehmen, ist Ausdruck des Verantwortungsbewusstseins, der

Solidarität. Und diese Solidarität brauchen wir im gemeinsamen Kampf gegen die wachsende Inflation, die Arbeitsplatzvernichtung und das desaströse Krisenmanagement! Wer gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Bevölkerung, gegen die Profitwirtschaft der Großkonzerne, kämpfen will – der ist bei den Kundgebungen und Demos der bundesweiten Montagsdembewegung richtig!

„Koordinierungsgruppe Bundesweite Montagsdemo“

Topfit: Der 30-jährige Impfgegner in Ihrem Krankenhausbett kann sich den Sauerstoff noch selber reinröcheln („*The Daily Beast*“)

Informationstunnel



Es ist erstaunlich. Da gibt es Menschen, die befürchten, von Bill Gates durch eine Spritze gechippt zu werden – obwohl sie zu Hause und im Betrieb seit Jahrzehnten Microsoft-Rechner nutzen und dabei nicht zu merken scheinen, dass sie über ihre Computer und mobilen Endgeräte von Google, Youtube, Facebook, Twitter und so weiter mit ihren digitalen Spuren längst gechippt sind. Empfehlung: Hin und wieder Cookies aus dem Browser löschen, Suchmaschinen wie Startpage oder DuckDuckGo statt Google nutzen, und der Informationstunnel, in dem die User sonst durch ihre abgespeicherten Klickgewohnheiten gehalten werden, weitet sich wieder.

Tobias Helfst von der „Basisgruppe Antifa“ äußert sich in „Buten un binnen“ vom 16. Oktober 2021: „Wir werden uns von Militanz nicht distanzieren, weil wir die Wut und die Emotion dahinter nachvollziehen können. Unsere Praxis besteht darin, das Bündnis gegen Zwangsräumung zu unterstützen. Wir treten für die Gründung von Mieter(innen)gewerkschaften ein, und wir stehen für praktischen, unteilbaren Antirassismus.“

Er stellt also die Praxis der eigenen Gruppe dar. Ich sehe darin keinerlei Anstiftung zu Straftaten oder Gewalt. Die durch Tobias dargestellten Ziele der Gruppe kann ich nur befürworten.

Ich halte die Forderung nach Distanzierungen für einen Versuch, in die Ecke zu drängen. Niemand muss sich dazu nötigen lassen, sich zu distanzieren. Müssen sich Umweltschützer von der Militanz von Greenpeace oder Paul Watson und

der Sea-Shepherd-Society distanzieren? Mussten sich der Papst oder der Vatikan von der Militanz der IRA distanzieren? Es leuchtet auch ohne Distanzierungsrituale ein, dass nicht alle Katholiken Bombenanschläge verüben und nicht alle Umweltschützer Schiffe versenken.

Ich gebe jetzt zu, dass der Versuch, den Distanzierungszwang zu durchbrechen, queergedacht ist. „Queer“ ist nicht immer „Garbage“.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Da lacht der „Querdenker“: Impfhochburg Bremen ist auf einmal bundesweit größter Corona-Hotspot („*Focus*“)

Ohne Bußgeld: Medizinstudierende schützen Krankenhaus vor hitziger Impfgegner-Demo („*Tagesspiegel*“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **7. Februar 2022** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstands- und die Hygieneregeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!

„Du musst noch 11.780 Stimmen für mich finden“: Donald Trump geht es in Georgia an den Kragen („*Raw Story*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

733. Bremer Montagsdemo

am 07. 02. 2022

1.000 Euro Heizkostenzuschuss für alle mit geringem Einkommen!



1. Nach der letzten Montagsdemo gab es eine Debatte, wer hier Rederecht hat. Wir haben ganz klare Grundsätze: Die Montagdemo ist überparteilich, und am Offenen Mikrofon kann jeder reden, wie er will – aber **Faschisten** haben hier kein Rederecht. Wer mit Faschisten auf sogenannten Querdenker-Demos marschiert, hat hier auch nichts zu suchen.

Vereinzelt wurde sich dagegen ausgesprochen, dass Mitglieder der „Basisgruppe Antifaschismus“ hier sprechen, und es wurden Zusammenhänge zu Anschlägen auf Polizeiautos und dergleichen konstruiert.

Das halte ich schon für sehr bedenklich, wie hier bestimmter Propaganda auf den Leim gegangen wird. Selbstverständlich haben alle Antifaschisten hier das Recht zu reden. Und dass Anschläge begangen oder geduldet werden, um einen Vorwand zu haben, hinterher gegen alle Linken vorzugehen, ist auch nichts Neues. Hier ist jedenfalls meiner Überzeugung nach keiner, der etwas mit derartigen Anschlägen zu tun hat oder sie befürwortet.

2. Die Corona-Politik der Regierungen ist nach wie vor ein absolutes Chaos. Trotz extrem hoher Inzidenzwerte wird ständig über „Öffnung“ geredet. Es gibt keine kostenlosen PCR-Tests mehr und zu wenig Testkapazität. Nur ein Teil der Klassenräume hat Luftfilter. Die Quarantäne für Kontaktpersonen wird abgeschafft. Infektionswege werden nicht mehr nachverfolgt. Warum das alles? Weil alles den Profitinteressen der Industrie untergeordnet ist!

Wer Kritik an diesem jämmerlichen Krisenmanagement hat, wird in die Arme der Querdenker getrieben – und da sind nach wie vor Faschisten die Drahtzieher, nach dem faschistischen sozialdarwinistischen Motto: Wen es erwischt, war nicht stark genug – nur die Starken sind lebenswert. So war schon die Ideologie der Nazis.

Das „Auf-Sicht-Fahren“, der „Pragmatismus“, die Unterordnung unter die Profitinteressen sind der Hintergrund dafür, dass mehr oder weniger zur Politik der

Durchseuchung übergegangen wurde. Das ist ein Angriff vor allem auf unsere Jugend! Auch wenn die Omikron-Variante im Allgemeinen weniger schwer verläuft, gibt es auch bei Jugendlichen schwere Verläufe, und die Langzeitfolgen sind noch gar nicht absehbar.

Corbevax ist ein Open-Source-Impfstoff. Der Hersteller will keine Profite und verzichtet auf Patentrechte. Die Produktion in Indien ist angelaufen, monatlich 100 Millionen Impfdosen. Wenn Biontec und Moderna ihre Patente vor zwei Jahren freigegeben hätten, wäre die Weltbevölkerung heute durchgeimpft, und es gäbe Millionen Tote weniger. So aber gibt es Milliarden an Profiten mehr! Ein Grund mehr, diesem Mensch und Natur vernichtenden Kapitalismus den Kampf anzusagen!

3. Am 10. Januar 1919 wurde hier – vom Rathausbalkon aus – die sozialistische Bremer Republik ausgerufen. Die Menschen wollten nicht mehr im Krieg ihr Leben lassen und Hunger und Not entkommen. Überall in Deutschland flammte die Revolution auf, beflügelt durch die erfolgreiche Oktoberrevolution 1917 in Russland. Die junge Sowjetmacht hatte als eine der ersten Maßnahmen den Ersten Weltkrieg für die Sowjetunion beendet, wenn auch mit Gebietsverlusten. Die Menschen bekamen Frieden und Brot.

Gestern gedachten wir auf dem Waller Friedhof den mutigen Kämpfern für den Sozialismus in Bremen, von denen 29 im Kampf um die Verteidigung der **Räterepublik** ihr Leben ließen. Es hatte damals noch keine wirklich starke und einheitliche Führung der Revolution gegeben – die KPD war erst zum Jahreswechsel 1918/19 gegründet worden. Eine wichtige Lehre von damals: Eine Revolution ist dann möglich und notwendig, wenn die Massen nicht mehr in der alten Weise leben wollen und die Herrschenden sich in einer solch tiefen Krise befinden, dass sie nicht mehr in der alten Weise regieren können. Und es braucht eine tief mit den Massen verbundene revolutionäre Partei.

4. Die Inflationsrate ist auf circa sechs Prozent, für Privathaushalte auf über zehn Prozent gestiegen. Besonders krass sind die Preissteigerungen von 60 bis 70 Prozent für Gas, Strom und Öl. Jetzt kommt die Regierung mit 135 Euro Heizkostenzuschuss daher. Abgesehen davon, dass Hartz-IV-Empfänger sie nicht bekommen, weil **Heizkosten** angeblich vom Amt übernommen werden, und dass auch all jene leer ausgehen, die nur leicht über der Einkommensgrenze liegen, reichen die 135 Euro vorn und hinten nicht!

Bei einem Verbrauch von 20.000 Kilowattstunden Gas steigen die Kosten im Jahr um circa 1.000 Euro, und wer jetzt den Antrag stellt, bekommt die Auszahlung im Juni. Die Bundesweite Montagsdemo fordert: 1.000 Euro Heizkostenzuschuss für alle mit geringem Einkommen! Vollständige Übernahme der Nebenkosten-Nachzahlung durch das Jobcenter bei Empfängern von Hartz IV und anderen Transferleistungen! Deckelung der Strom-, Gas- und Erdölpreise auf Kosten der Profite der Energiekonzerne! Aussetzung von Strom- und Gassperren!

Wirtschaftsminister Robert Habeck will jetzt Flüssiggasterminals mit Staatsgeldern bauen, damit Frackinggas aus den USA statt russischem Erdgas hier verbrannt werden kann. Schön grün!

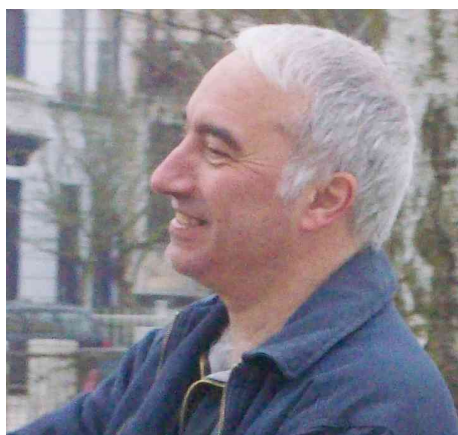
5. Nach einem Pushback, wobei man ihnen Kleidung und Schuhe weggenommen hat, sind 19 Migranten an der griechisch-türkischen Grenze erfroren. Innenministerin Nancy Faeser will jetzt „Frontex“ weiter ausbauen. Das ist genau die Organisation, deren Aufgabe das Pushback ist: mit allen Mitteln die Migranten zurückjagen, auf Land und zu Wasser.

Hauptkriegstreiber sind die USA mit der weiteren Osterweiterung der Nato. Aber auch der russische Truppenaufmarsch nahe der **Ukraine** ist keine Friedenspolitik. Es gibt keine „guten“ Kriegstreiber! **Kampf gegen jegliche imperialistische Kriegstreiberei!** Kommt am **Mittwoch, dem 9. Februar 2022, um 17 Uhr zur Demonstration auf den Marktplatz!** Dazu rufen auch die Gewerkschaften und das „Friedensforum“ auf.

Wolfgang Lange (MLPD)

„Säbelrasseln in der Ukraine“: Altkanzler Gerhard Schröder macht sich zur Kreml-Nutte („Spiegel“)

Totalversagen der Bundesregierung beim „Auf-Sicht-Fahren“



Die Beschlüsse zu einer Priorisierung der PCR-Tests zeigen erneut ein Totalversagen der Bundesregierung beim Gesundheitsschutz. Weil die Testkapazitäten durch die explodierenden Infektionszahlen nicht mehr ausreichen, sollen nur noch Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen und Personen mit dem Risiko eines schweren Verlaufs eine PCR-Testung bekommen. Diese Priorisierung hat weitreichende Auswirkungen – wenn nur noch ein kleiner Teil der Infizierten PCR-gestestet wird, werden die offiziellen Inzidenzwerte stark sinken. Die Omikron-Infektion wird sich dadurch völlig unkontrolliert ausbreiten.

Es ist ein Chaos mit Ansage: Seit über drei Monaten warnen Wissenschaftler vor der extrem infektiösen Omikron-Variante. Es wurden keine Maßnahmen getroffen, außer der Werbung für die Booster-Impfung, die weiterhin dringend notwendig und sinnvoll ist, um schwere und tödliche Verläufe zu reduzieren. Ein si-

cherer Schutz gegen eine Omikron-Infektion ist sie aber nicht. Ein kurzer und konsequenter Weihnachts-Lockdown wurde abgelehnt – ganz im Interesse der großen Konzerne, die darauf drängen, endlich zur „Normalität“ überzugehen.

Dass angesichts der anrollenden Omikron-Infektion nicht einmal die PCR-Kapazitäten ausgebaut wurden, ist ein fatales Versäumnis. Erst fehlten Masken, dann Impfstoff, jetzt PCR-Tests – die neue Regierung setzt die gescheiterte Politik des „Auf-Sicht-Fahrens“ einfach fort. In Wien kann jede(r) Bürger(in) einmal pro Tag einen PCR-„Gurgeltest“ im Supermarkt abgeben. Das Ergebnis bekommt man drei Stunden später kostenlos. 500.000 Personen werden dort täglich getestet – im Gegensatz zu 394.000 in ganz Deutschland. Damit können die Menschen sich rechtzeitig in Quarantäne begeben, und die Regierung hat einen Überblick über das Infektionsgeschehen. Es geht auch anders – wenn der Gesundheitsschutz Vorrang hat!

Die Verweigerung eines konsequenten Lockdowns und der „Zero-Covid“-Strategie, fehlende gründliche Aufklärung über Fragen zu Impfungen oder Impffolgen und offensive Auseinandersetzung mit Lügen der Coronaleugner- und „Querdenker“-Szene, die Verschleppung einer allgemeinen Impfpflicht – all das führt zum „Mit-dem-Virus-Leben“ und zur gefährlichen Strategie der Durchseuchung. Statt umfassendem Gesundheitsschutz gibt es freie Fahrt für die kapitalistische Wirtschaft!

Wichtige Forderungen der „Umweltgewerkschaft“ sind ein sofortiger Ausbau der Testkapazität, ein kurzzeitiger konsequenter Lockdown, klare und einheitliche Regelungen zum Gesundheitsschutz. Im Hinblick auf künftige Covid-Pandemie-Wellen ist eine gut begründete Entscheidung für eine Impfpflicht erforderlich. Aber auch hier gibt es nur einen Eiertanz der „Ampel“-Koalition. Die Aufhebung des Patentschutzes weltweit ist eine wesentliche Voraussetzung, um die Pandemie zu beseitigen. Dagegen sträuben sich die Konzerne in ihrer Profitgier mit aller Macht, und alle Regierungen handeln in ihrem Auftrag. Diese Pandemie, die jetzt über zwei Jahre die Welt in Atem hält, hat sechs Millionen Tote und viele Millionen erkrankte Menschen hervorgebracht. Ein großer Teil dieser Opfer wäre nicht nötig gewesen, wenn entschlossen, nachhaltig und im Interesse der Bevölkerung gehandelt worden wäre. Die Leitlinie aller Regierungsmaßnahmen auf der Welt war und ist die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion und die Sicherung der Maximalprofite. Die Reichen wurden in der Pandemie immer reicher, und auf die Masse der Bevölkerung wurde alles abgeladen. Die Armut ist weiter angestiegen.

Neben Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie fordert die „Umweltgewerkschaft“ eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur. Für dieses lohnenswerte Ziel brauchen wir noch viele Mitstreiter und Mitstreiterinnen. Ihr seid herzlich eingeladen!

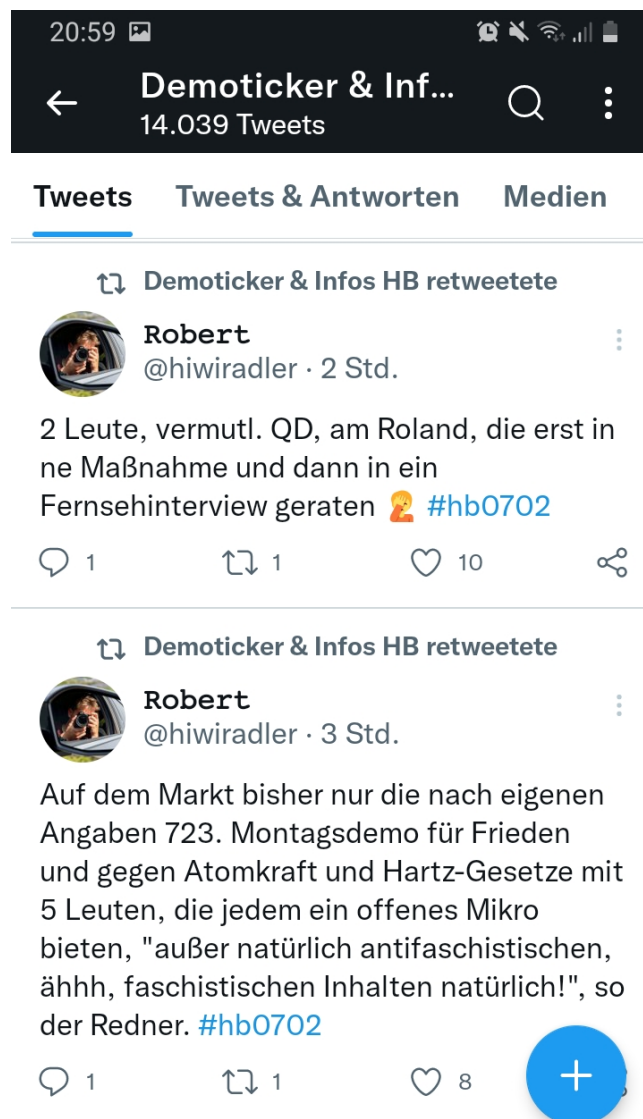
Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

„Legitimer politischer Diskurs“: Donald Trump ruft amerikanische Trucker zum Impfgegner-Protest nach Washington („Raw Story“)

Umverteilung um jeden Preis: Eine Sozialbehörde, die ihren Namen nicht verdient („Together We Are Bremen“)

Her mit den glücklichen Tagen: Französischer Kommunist tritt gegen andere linke Parteien an, die ihre Wählerschaft im Stich gelassen haben („Raw Story“)

Nun sterben sie aus: Seit alters her haben wir uns von den komplexen Melodien und Rhythmen des Gesangs der Vögel inspirieren lassen („Raw Story“)





Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **7. März 2022** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstands- und die Hygieneregeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!

Todesfalle Fassadenbrand: Wie kann eine endzündbare Wärmedämmung ein zulässiger Baustoff sein? („*Spiegel*“)

Sechs Prozent Inflation: Bei einer Regelsatzhöhe von 449 Euro liegt der Kaufkraftverlust bei 27 Euro („*Spiegel*“)

100 Euro einmaliger Corona-Zuschlag: Auch zusammen mit dem gestrichenen Zuschlag für erneuerbare Energien und drei Euro Regelsatz-„Erhöhung“ gleicht das den Kaufkraftverlust nicht aus („*Spiegel*“)

Der Krieg in der Ukraine hat begonnen



Nun ist es so weit: Der Krieg in der **Ukraine** hat begonnen. Die Gefahr der Eskalation – bis hin zum Weltkrieg – droht. Russland ist zu einem imperialistischen Land geworden. Dabei ist es keineswegs so, dass nur Russland der Aggressor ist. Auch wenn dessen Angriffe auf die Ukraine nicht zu rechtfertigen sind, darf nicht übersehen werden, dass seit über 20 Jahren die USA mit der Nato die Schlinge um Russland immer enger gezogen haben.

Inzwischen gibt es über 700 US/Nato-Stützpunkte an den Grenzen zu Russland. Die USA sind eindeutig der Hauptkriegstreiber, und ihre Aggressivität wächst mit ihrer wirtschaftlichen Talfahrt. Auch die deutsche Bundesregierung heuchelt nur Friedensliebe – in Wirklichkeit mischt sie mit an der Kriegsvorbereitung und entsendet Soldaten (entgegen der Rechtslage ohne Bundestagsbeschluss).

In dieser Situation kommt es mehr denn je auf die Herausbildung einer wirklichen Friedensbewegung weltweit an, die sich gegen alle Imperialisten richtet und sich nicht mit dem einen oder dem anderen Imperialisten verbündet. Bereits am 24. Februar 2022 finden in vielen Städten Antikriegsdemonstrationen statt. Ich schlage vor, die **kommende Montagsdemo** um **eine Woche vorzuverlegen**, auf den **28. Februar 2022** – wie immer um **17:30 Uhr**, und dazu alle Friedensfreunde in Bremen zur Teilnahme einzuladen.

Falls vorher bereits von anderer Seite eine Demo organisiert wird, würde ich mich, wie sicher viele von uns, gern beteiligen. Bitte sagt über den Montagsdemo-Verteiler – Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de – Bescheid, was ihr davon haltet. Aktiver Widerstand gegen jede imperialistische Aggression und Krieg, ob von USA/Nato oder Russland! Kampf der Kriegsgefahr!

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Die „Interventionistische Linke“ ruft auf zur **Kundgebung** gegen imperialistische Gewalt, Kriegstreiben und Grenzziehungen am Montag, dem 28. Februar, um **17 Uhr** am **Bahnhofsvorplatz**.

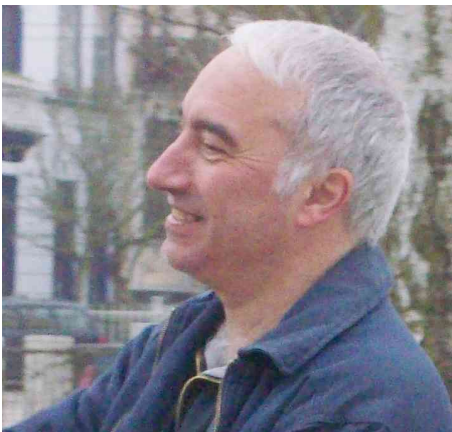
www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

734. Bremer Montagsdemo

am 28. 02. 2022

Sofortiger Stopp der Kampfhandlungen in der Ukraine!

Wir verurteilen den Überfall Russlands auf die Ukraine, genauso wie die jahrzehntelange aggressive Politik von Nato und USA, die diese Verschärfung mit provoziert haben! Wir fordern sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen sowie die Einrichtung einer neutralen Pufferzone!



Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gilt den Opfern des Krieges, der Bevölkerung in der Ukraine und in Russland, den Geflüchteten, den Kindern und Frauen. Abzug aller ausländischen Armeen aus der Ukraine! Keine Waffenlieferungen in die Krisen- und Kriegsgebiete weltweit! Humanitäre Hilfe für alle Geflüchteten!

Imperialistische Kriege sind Verbrechen an Mensch und Natur. Die indirekte Drohung Putins, Atomwaffen einzusetzen, verurteilen wir auf das Schärfste! Wir fordern das Verbot und die Vernichtung aller ABC-Waffen (atomar, biologisch, chemisch)! Durch den Krieg besteht auch die akute Gefahr, dass in Atomkraftwerken durch Stromausfall eine Kernschmelze eingeleitet wird.

Vor allem die Konzerne und Banken der USA, Russlands, der EU und deren Regierungen streiten sich um größere Anteile am Weltmarkt, um Rohstoffe und die Erweiterung ihrer politischen Einflussgebiete. Sie sind die Hauptverantwortlichen für Kriege und globale Umweltzerstörung! Es geht um Großmachtstreben, also handelt es sich um einen imperialistischen Krieg. Die jahrzehntelange militärische Einkreisung Russlands und die Nato- Osterweiterung haben die Situation mit heraufbeschworen, in der Putin nun diesen Krieg entfesselte.

Die Anerkennung der Unabhängigkeit zweier „Volksrepubliken“ in der Ukraine durch Russland und sein angeblicher „Kampf gegen den Faschismus“ dort sowie die Zerstörung strategisch wichtiger Infrastrukturknotenpunkte und militärischer Objekte in der gesamten Ukraine sind Ausdruck der imperialistischen Zielstreben nach Macht und Einfluss. Dies ist ein Spiel mit dem Feuer! Ein direktes Aufeinandertreffen zweier mit Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen

bestückter Weltmächte birgt die Gefahr eines menscheitsbedrohenden Weltkrieges.

Wir verurteilen ebenso die Politik der deutschen Regierung, die, statt Friedensverhandlungen anzustreben, mit Waffenlieferungen und 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr die Weltkriegsgefahr weiter anheizt. Wir fordern eine objektive Berichterstattung über die Kriegsursachen statt der einseitigen Kriegsberichterstattung zugunsten der Nato und der USA. Schon verlangen einige Politiker die Aufrechterhaltung der Atom- und Kohlekraft aufgrund erwarteter Engpässe in der Energieversorgung. Geht's noch?

Die ganze Situation zeigt gerade im Gegenteil: Es ist dringend notwendig, die fossile Verbrennung und die unverantwortliche Nutzung der Atomkraft weltweit zu beenden. Wir fordern jetzt erst recht eine beschleunigte Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien. Wir brauchen eine befreite Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung! Für eine Welt ohne Weltkriegsgefahr und ohne Umweltzerstörung!

Stellungnahme des Bundesvorstands der „Umweltgewerkschaft“,
vorgetragen von *Harald Braun*

Wohlstand durch Zugang zum Schwarzen Meer: Für Katharina die Große ist – ohne die Ukraine – Putin nur der Kleine („*Raw Story*“)

Diesen Krieg hat Putin schon verloren: Die Ukraine als Nation wird sich in ihrer Feindschaft zu Russland definieren („*The Guardian*“)

100 Milliarden für die Bundeswehr, Nullrunde bei Hartz IV: Die Zeche für den Krieg zahlen mal wieder die Ärmsten („*Spiegel*“)

Wir müssen eine neue, internationale Friedensbewegung schaffen

Wir sind heute zusammengekommen, weil am Donnerstag mit dem Angriff Russlands der Krieg in der Ukraine begonnen hat. Alle friedliebenden Menschen in der Welt verurteilen diesen Akt der Aggression. Am Samstag waren allein in Berlin circa 500.000 Menschen gegen den Krieg auf der Straße. Auch in Russland gibt es Demonstrationen gegen den Angriffskrieg. Putin ließ bereits 4.000 Friedensaktivisten verhaften, und trotzdem gehen die Menschen auf die Straße. Dieser Krieg ist nicht im Interesse des russischen Volkes.



Es ist die akute Gefahr eines Dritten Weltkriegs entstanden: Putin hat die Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt und droht mit dem Einsatz von Atomwaffen.

Die Ukraine ist der Austragungsort eines Krieges zwischen zwei imperialistischen Lagern, mit Russland auf der einen Seite und der Nato und den USA auf der anderen. Hauptaggressor ist momentan das neuimperialistische Russland. Aber vorbereitet und heraufbeschworen wurde der aktuelle Konflikt auch durch die USA als weltweiter Haupt-

kriegstreiber und die Nato. Osteuropa wurde zum Aufmarschgebiet der Nato, entgegen aller Beteuerungen nach der deutschen Wiedervereinigung. Über 700 Militärbasen errichtete die Nato in den letzten Jahren in Grenznähe Russlands.

Um den Krieg beurteilen zu können, reicht es daher nicht aus, „nur“ zu schauen, wer ihn konkret angefangen hat. Man muss auch seine Vorgeschichte kennen. „Krieg ist immer die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, sagte schon der preußische Militärwissenschaftler von Clausewitz. Man muss also untersuchen, welche Politik vorher gemacht wurde und warum. Es wird in den meisten Medien so getan, als ob Putin ein großwahnsinniger Möchtegern-Zar wäre. Das verkennt völlig die Hintergründe des Krieges.

Es stehen sich hier zwei imperialistische Lager gegenüber, jedes darauf bedacht, die Alleinherrschaft über die ganze Welt zu errichten. Je größer die wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden – die USA sind gerade dabei, ihre wirtschaftliche, politische und militärische Führungsrolle als einzige Supermacht zu verlieren –, desto aggressiver werden sie. In diesem Krieg, den wir heute in der Ukraine erleben, ist also keine Seite im Recht.

Putin behauptet als Kriegsgrund, die Ukraine entnazifizieren, also von Faschisten befreien zu wollen. Seltsam nur, dass Putin, das russische Regime, sämtliche Faschisten in Europa unterstützt: NPD, AfD, Lega Nord, Front National (jetzt Rassemblement National), Jobbik in Ungarn – alle bekommen von ihm Geld! 2014 finanzierte er mit neun Millionen Euro den Wahlkampf des faschistischen Front National in Frankreich.

In der Ukraine ist es allerdings nicht viel besser: Die ukrainische Regierung ist massiv nach rechts gerückt, arbeitet mit faschistischen Gruppen wie dem Asow-Regiment zusammen (jetzt dem Innenministerium unterstellt) und feiert alte Faschisten mit Blumen an deren Gräbern.

Und was machen die deutsche Bundesregierung und der Bundestag? Mit den Beschlüssen von gestern und vorgestern, nach der von fast allen Parteien mit stehenden Ovationen bedachten Rede von Kanzler Scholz, vollzieht sie die Wendung zu einer offen aggressiv-imperialistischen Außen- und Militärpolitik: 1.400 Panzerfäuste, 500 Boden-Luft-Raketen, neun Haubitzen mit Munition sollen als erstes in die Ukraine geliefert werden.

Dazu soll die Bundeswehr massiv aufgerüstet werden, mit einem „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro, wofür das Grundgesetz geändert werden soll. Scholz ruft das Volk zur „nationalen Kraftanstrengung“ auf, und alle jubeln: SPD, Grüne, FDP, CDU/CSU und selbst Teile der Linken. Ganz im Sinne Kaiser Wilhelms, der vor dem Ersten Weltkrieg mit den Worten zum Krieg aufrief: „Ich kenne keine Parteien mehr – ich kenne nur noch Deutsche!“

Es war Karl Liebknecht, der im Reichstag seine Stimme dagegen erhob und forderte: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“, „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ Damit stemmte er sich dem nationalen Taumel entgegen. Wenn man meint, sich auf eine Seite stellen zu müssen, wenn zwei oder mehrere imperialistische Räuber sich bekriegen, hat man schon verloren. Beendet wurde der Erste Weltkrieg in Russland durch die Revolution. Auch in Deutschland gab es die Revolution, waren die Menschen nicht mehr bereit, sich für die Interessen von Adel und Kapital verheizen zu lassen – wenn auch von kurzem Erfolg.

Ich selbst bin in der MLPD, und diese wiederum ist Mitglied der ICOR, der „Internationalen Kooperation und Koordination revolutionärer Parteien“ mit über 50 Mitgliedsorganisationen und -parteien. Auch in der Ukraine und in Russland gibt es ICOR-Parteien, die diesen Krieg ablehnen, ihn bekämpfen – im Sinne der Losungen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Proletarier aller Länder und Unterdrückte, vereinigt euch!

Es kommt jetzt darauf an, eine neue, internationale Friedensbewegung zu schaffen. Die Montagsdemobewegung, die Frauenbewegung, die Umweltbewegung und natürlich die Arbeiterbewegung: Alle sollten – müssen! – Teil einer großen Friedensbewegung werden. Aktiver Widerstand gegen die Gefahr eines Dritten Weltkriegs!

Russland und Nato/USA: Hände weg von der Ukraine! Schluss mit den russischen Bombardements! Rückzug der russischen Truppen! Stoppt die Aufrüstungspläne der deutschen Bundesregierung: Die aktuellen Beschlüsse müssen zurückgenommen werden! Keine deutschen Rüstungsexporte, keine Soldaten nach Osteuropa! Rückzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **7. März 2022** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstands- und die Hygieneregeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!

Büroleiter zurückgetreten: Hartz-IV-Altkanzler Schröder will nicht von seinen russischen Pfründen lassen („Spiegel“)

Halbjähriges Sanktionsmoratorium: Arbeitsminister Heil plant „Zwischenschritt zu gesetzlicher Neuregelung der Mitwirkungspflichten“ ab Sommer („N-TV“)

Eines von 4.000 fängt Feuer: Wie viele Elektro-Autos sollten wir uns in die Tiefgarage stellen? („Spiegel“)

Russen bombardieren ukrainisches Atomkraftwerk: Es wird wieder Zeit für die Jodtabletten („Spiegel“)

Ausgelöscht: Gerhard „Leo“ Schröder ziert nicht mehr die SPD-Ehrengalerie („Die Welt“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

735. Bremer Montagsdemo

am 07. 03. 2022

Deutschland ist Kriegspartei geworden



Der Krieg in der Ukraine geht jetzt schon in die dritte Woche. Offensichtlich hat sich Putin verrechnet und mit weniger Widerstand aus der Bevölkerung gerechnet. Zivilisten bauen Panzersperren und Molotowcocktails. Und auch in Russland gibt es bis ins ferne Sibirien mutige Menschen, die gegen den Krieg auf die Straße gehen. Schon über 10.000 wurden verhaftet. Auf der ganzen Welt gibt es Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Einmarsch Russlands. 500.000 Menschen nahmen letzten Sonntag in Berlin teil, 250.000 am Montag in

Köln, über 30.000 diesen Samstag in Hamburg. Am Sonntag waren es circa 5.000 auf dem Bremer Domshof.

Das ist gut. Aber viele Menschen verkennen noch die Rolle der Nato, der USA und Deutschlands. Die „Zeitenwende“, die Kanzler Scholz im Bundestag ausgerufen hat, ist die Wende hin zur offenen Vorbereitung eines dritten Weltkriegs! Vorbei ist die Zeit „friedlicher Gespräche“. Mit den Waffenlieferungen an die Ukraine ist Deutschland Kriegspartei geworden. Mit jeder Waffenlieferung, vor allem bei komplizierten Waffen, werden Fachleute mitgeschickt, Soldaten also. Die „schnelle Eingreiftruppe“ in Osteuropa wird von deutschen Offizieren befehligt. Deutsche Kriegsschiffe sind auf dem Weg ins Baltikum, in das Mittel- und das Schwarze Meer. Flugzeuge wurden nach Osten verlegt. Die USA wollen, dass Polen der Ukraine Kampffjets stellt.

Es besteht kein Zweifel, dass die russische Regierung unter Putin diesen Krieg ausgelöst hat. Aber vorbereitet wurde er auch von der Nato, die Russland immer weiter eingekreist hat. Da stehen sich zwei imperialistische Räuber gegenüber: Jeder will die Beute, aber die Welt ist aufgeteilt, also geht es um Neuaufteilung, und das heißt Krieg. Wir können weder eine Friedensbewegung gebrauchen, die sich wie in den vergangenen Jahren einseitig auf die Seite Russlands stellt, noch eine „Friedensbewegung“, die jetzt einseitig im Sinne der Bundesregierung die Nato als Hilfe für die Ukraine ausgibt.

Schluss mit diesem Krieg! Schluss mit der Vorbereitung eines Weltkriegs! Keiner braucht zu denken, ein Weltkrieg würde sich auf konventionelle Waffen beschränken lassen. Ein Weltkrieg läuft nicht atomwaffenfrei, chemiewaffenfrei oder frei von biologischen Waffen. Inzwischen gibt es kleinere, „taktisch“ einsetzbare Atomwaffen, eigens entwickelt, um einen Atomkrieg „führbar“ zu machen. Keiner wird nachgeben oder gar aufgeben, wenn er solche Waffen noch „in petto“ hat.

Wir wollen nicht den Atomtod sterben, und wir wollen unseren Kindern und Enkeln keine verseuchte Erde hinterlassen! Deswegen müssen wir mit aller Macht gegen diesen Krieg kämpfen. Das kann nur die Bevölkerung. Der Krieg wird erst aufhören, wenn das Volk in den betroffenen Ländern, in erster Linie Russland, aufsteht. Aber auch hier gilt es, massenhaft auf die Straße zu gehen, gegen Krieg und Vorbereitung eines Weltkriegs, gegen deutsche Waffen und Soldaten in die Ukraine!

Die Grünen haben sich nun endgültig des pazifistischen Mäntelchens entledigt und trommeln für die massive Aufrüstung der Bundeswehr und Waffen an die Ukraine. Das haben sie auch schon im Jugoslawienkrieg so gemacht. Auch dieser von der Nato völkerrechtswidrig geführte Krieg diente der Zerschlagung eines Konkurrenten und der Einverleibung in die westliche Einflussosphäre. Und die Linkspartei? Führende Vertreter, wie Gregor Gysi und die Parteivorsitzende Henning-Wellsow vertreten dieselbe kriegstreiberische Politik wie CDU, SPD, FDP und Grüne, auch Christoph Spehr, Landesvorstandssprecher der Linkspartei in Bremen. Alle sind sie in den Chor von Kanzler Scholz eingefallen und zu Sozialchauvinisten herabgesunken. Und wir alle sollen jetzt „Opfer“ bringen.

Der neue CDU-Chef Merz hat schon offen infrage gestellt, ob man angesichts der Milliarden für Rüstung die Regierungsversprechungen wie Mindestlohn oder Renten verwirklichen kann. Der Krieg wird nur auf Kosten der Bevölkerung geführt. Die Lasten werden auf die breiten Massen, auf die Kinder und Frauen abgewälzt. Viele werden ihn mit dem Leben bezahlen und auch mit dem Verlust sozialer Errungenschaften. Wir werden aber nicht auf unsere Interessen verzichten und unsere Söhne und Töchter nicht den imperialistischen Aasgeiern zum Fraß vorwerfen! Kämpfen wir gegen die Kriegsbrandstifter – Krieg dem Krieg! Der Feind sitzt in allen imperialistischen Ländern im eigenen Land. Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Proletarier aller Länder und Unterdrückte, vereinigt euch!

Wolfgang Lange (MLPD)

Untergangsstimmung: Experten im russischen Staatsfernsehen flehen Putin an, den Krieg zu beenden („*The Daily Beast*“)

„Putin wird die Niederlage seiner Armee nicht überleben“: „Es ist besser, wenn die Ukrainer die schlecht versorgten Russen allein besiegen“ („*Raw Story*“)

Nein zum Rollback im Umweltschutz!

Aktiv für den Frieden! In Russland gehen jeden Tag Tausende Menschen gegen Putins Krieg auf die Straße, und das mit großem Mut und der ständigen Gefahr von Verhaftungen. Millionen Menschen auf der Welt demonstrieren für den sofortigen Stopp des Krieges in der Ukraine und für den Weltfrieden, darunter 500.000 in Berlin, 250.000 in Köln, 50.000 in Hamburg, 4.000 am vergangenen Sonntag in Bremen. Der Friedenswille der Bevölkerung ist der einzige Garant dafür, dass wir diesen Krieg bezwingen können.



In den offiziellen Reden wird der Überfall Russlands auf die Ukraine zu Recht verurteilt. Gleichzeitig wird die Nato als Friedensmacht dargestellt. Kein Wort darüber, dass die Nato seit Jahrzehnten mit der Osterweiterung Russland einkreist und in die Knie zwingen will. Es ist das Großmachtstreben der beiden imperialistischen Blöcke USA/Nato und Russland mit seinen Verbündeten, das die akute Gefahr eines dritten Weltkriegs heraufbeschwört. Immerhin geht es bei der Ukraine um die „Kornkammer“ der EU. Während die Bevölkerung bitterarm ist, liegen dort bedeutende Rohstoffe, die ausgebeutet werden sollen.

Inzwischen hat die Nato umgeschaltet: Es geht nicht mehr um friedliche Verhandlungen, sondern um die aktive Vorbereitung eines dritten Weltkriegs. Die Bundesregierung hat den Kurs einer aggressiven Außen- und Militärpolitik eingeschlagen. Alles was vorher noch Tabu war angesichts des großen Friedenswillens in der Bevölkerung wird jetzt vorangetrieben: der Einsatz von Kampfdrohnen, die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge mit atomarer Bewaffnung, die Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete und eine gigantische Hochrüstung. 100 Milliarden Euro zusätzlich, um die Bundeswehr fit zu machen für den Krieg!

Natürlich soll die Bevölkerung das bezahlen, obwohl sie diese Hochrüstung gar nicht beschlossen hat. So „demokratisch“ geht es zu in der Diktatur der Konzerne und Banken, die sich „soziale Marktwirtschaft“ nennt. Über kurz oder lang werden soziale Errungenschaften abgebaut. Schon werden Versprechungen wie zwölf Euro Mindestlohn wieder infrage gestellt. Das werden wir nicht zulassen! Wir sind gegen diesen Krieg, sowohl gegen den Krieg Russlands wie auch gegen die Vorbereitung eines Weltkriegs durch die Nato! Wir sagen: Schluss mit dem Krieg! Aktiv für den Weltfrieden!

Der Krieg in der Ukraine wird von der „Ampel“-Regierung als Vorwand genommen für ein Rollback im Umweltschutz. Auf die Frage, ob in Deutschland länger Kohle verheizt werden müsse, antwortete Außenministerin Baerbock: „Ja, das

ist der Preis, den wir zahlen für diesen Krieg von Herrn Putin.“ War man vorher noch bereit, mit dem Kohleausstieg einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, so ist es nun angeblich unumgänglich, den Übergang in die Klimakatastrophe zu beschleunigen. Die Fortsetzung der Kohleverbrennung mit immerhin 50 Prozent russischer Kohle nutzt den Menschen in der Ukraine überhaupt nichts. Sie raubt aber uns allen und künftigen Generationen die Zukunft.

Die „Ampel“-Koalition setzt jetzt auch auf das hochgiftige Fracking-Gas aus den USA. In Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade werden Terminals gebaut, finanziert durch drei Milliarden Euro aus Steuergeldern. Für den „grünen“ Wirtschaftsminister Habeck und FDP-Chef Lindner ist eine „Modifizierung des Atomausstiegs“ kein Tabu. Die drei noch laufenden AKW machen ganze drei Prozent der deutschen Stromkapazität aus. Das könnte locker durch erneuerbare Energien abgedeckt werden. Der Ausbau wird aber abgebremst durch das Festhalten an fossiler Energie und den Weiterbetrieb der alten Atom-Meiler. Das Uran der Kernbrennelemente stammt zum großen Teil aus Gebieten Russlands beziehungsweise Gebieten unter russischem Einfluss. Das birgt weitere Konflikte. Diese neue Liebe der „Ampel“-Regierung zur Atomkraft hat seinen Grund in Überlegungen zur Modernisierung des Atomwaffenarsenals der EU.

Nein zum Krieg! Nein zum Rollback im Umweltschutz! Rasche Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien! Macht mit in der „Umweltgewerkschaft“! Kommt zur **Kundgebung** zum Gedenken an die Reaktorkatastrophe von **Fukushima** am **12. März 2022** um **11 Uhr** auf dem **Bremer Marktplatz**! Beteiligt euch an der Online-Veranstaltung am 20. März ab 15 Uhr mit Professor Bertram. Er ist Experte und über 50 Jahre Aktivist gegen Atomkraft (Anmeldung bis 15. März unter [umweltgewerkschaft-bremen\(at\)cloudmail.de](mailto:umweltgewerkschaft-bremen(at)cloudmail.de)).

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Danke, dass du nichts gesagt hast, Olaf: Sonst hätten wir ja den 100-Milliarden-Klimafonds fordern müssen („*Spiegel*“)

Sogar Jobcenter schlagen Alarm: Stromanteil im Regelbedarf bemisst sich nach Preisen von 2018 und trägt in keiner Weise den jüngsten Preisentwicklungen Rechnung („*Merkur*“)

Es muss sanktioniert werden: Wo kämen wir denn hin, wenn alle menschenwürdig leben dürften? („*Süddeutsche Zeitung*“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **4. April 2022** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die bekannten Pflichten zum Tragen von Mund- und Nasenschutz, die Abstands- und die Hygieneregeln sind einzuhalten. Wir können unsere Kritiken und Forderungen auch unter den Hygiene-Bedingungen zum Ausdruck bringen. Nehmt zahlreich teil!

Grüne schaffen es nicht in den Saar-Landtag: Vielleicht hätte man doch nicht sämtliche Wahlversprechen über Bord werfen sollen? („*Spiegel*“)

Entweder Beweispflicht und Eingangsbestätigung oder keine Beweispflicht: Alles andere ist unglaubwürdig und im Rechtsstaat nur Kokolores (*E-Petition*)

„Zum Fremdschämen“: Wladimir Putin verachtet deutsche Kanzler, die sich kaufen lassen („*Spiegel*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

736. Bremer Montagsdemo

am 04. 04. 2022

Wir zahlen nicht für diese Krise und diesen Krieg!



1. Vom Krieg in der **Ukraine** sehen wir grausame Bilder ermordeter Zivilisten in Butscha. Ist es wahr? Ist es Fake? Beiden Seiten ist alles zuzutrauen. Dieser Krieg ist ein imperialistischer Krieg von beiden Seiten. Es gibt ein wahres Trommelfeuer, in dem jedes Bild gerade recht kommt, um den Krieg zu eskalieren. Die Gefahr eines Dritten Weltkriegs ist real und akut, und sie steigt mit jedem Tag.

Die Ukraine besitzt bestes Ackerland und Rohstoffe, darunter Seltene Erden, und war schon im Ersten und Zweiten Weltkrieg definitiv deutsches Kriegsziel. Lenin war es, der sich vorbehaltlos für die Unabhängigkeit der Ukraine einsetzte, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen. Die Oktoberrevolution brachte für das ukrainische Volk die Befreiung. Davor war es das größte Volk ohne eigenen Staat.

100 Milliarden Euro hat der Bundestag für die Aufrüstung der Bundeswehr beschlossen. Es gibt massive Waffenlieferungen, jetzt auch Panzer, an die Ukraine. Das ist Öl ins Feuer und hilft dem geschundenen Volk in der Ukraine kein Stück!

Besonders widerwärtig als Kriegtreiber haben sich mal wieder Marie-Luise Beck und ihr Ehemann Ralf Fücks hervorgetan. Bei „Anne Will“ gaben sie am Sonntag die Scharfmacher und forderten die sofortige Flugverbotszone über der Ukraine, damit also den direkten Krieg Nato gegen Russland. Das ist aber der Beginn des Dritten Weltkriegs!

Beide betreiben das „Zentrum Liberale Moderne“, das seit 2107 massiv für die Nato-Aufrüstung wirbt. Schon im Jugoslawienkrieg waren beide für die Führung und Ausweitung dieses völkerrechtswidrigen Krieges und behaupteten, angebliche faschistische Gräueltaten der Jugoslawen mache dies notwendig. Es gelte, ein „neues Auschwitz“ zu verhindern. Das stellte sich als glatte Lügen heraus: Es ging um die Zerschlagung Jugoslawiens und dessen Beherrschung.

Beide waren früher mal „links“: Beck trat gegen die Nato-Nachrüstung 1983 ein, Fücks war KBW-Mitglied. Wie tief kann man fallen? Kampf der Aufrüstung der Bundeswehr! Kampf gegen die Weltkriegsgefahr!

2. Mit dem Ukraine-Krieg werden die gegenwärtigen **Preiserhöhungen** begründet. „Alle müssen Opfer bringen“ und „frieren für den Frieden“, hören wir von Joachim Gauck. Das kann nur einer sagen, der noch nie gefroren hat! Die Inflation erreicht schon 7,5 Prozent, nicht nur bei Sprit und Gas, sondern vor allem bei Lebensmitteln. Die Spekulanten reiben sich die Hände.

Einen Tag nach Kriegsbeginn verkündete Rheinmetall, der größte deutsche Rüstungskonzern, eine Dividendenerhöhung um 65 Prozent, und obwohl der Rohölpreis gesunken ist, ist der Preis an der Tankstelle immer noch exorbitant hoch. Alle marschieren immer schön im Gleichschritt, aber offiziell gibt es keine Kartellabsprache. Wer's glaubt... Mit der Kohlendioxid-Bepreisung wurden bewusst die Preise für Gas, Sprit, Öl erhöht.

Lohnnachschatz und Inflationsausgleich, sofort! Die bundesweite Montagsdemo fordert: 1.000 Euro Heizkostenzuschuss für alle mit niedrigen Einkommen, insbesondere auch alle Minijobber! Vollständige Übernahme aller Nachzahlungen bei Beziehenden von Hartz IV und anderen Transferleistungen!

Lassen wir uns nicht vor den Karren der Monopole und Kriegstreiber spannen! Unser Feind sind weder Russen noch Ukrainer. Alle russischen Truppen raus aus der Ukraine! Nato/USA/EU: Hände weg von der Ukraine! Wir zahlen nicht für diese Krise und diesen Krieg! Für die internationale Arbeitereinheit!

3. An das Moderatorenteam vom „Sozialkonflikt“-Verteiler! Ich fordere euch hiermit auf, keine Beiträge mehr zu verbreiten, die sich mit permanenten Forderungen nach „Waffen für die Ukraine“ einreihen in die **Kriegshetze** von Baerbock, Merz, Strack-Zimmermann und Hofreiter. Der Krieg in der Ukraine ist ein von beiden Seiten geführter imperialistischer, ungerechter Krieg. Biden, die Nato-Generäle und die Bundesregierung rufen inzwischen das Ziel aus, diesen Krieg zu gewinnen. Der Sieg der Ukraine gegen Russland kann aber nur unter Einsatz schwerer Angriffswaffen erreicht werden und nur, wenn die Nato unmittelbar eingreift. Das wäre der Beginn eines Dritten Weltkriegs. Das müssen wir durch aktiven Widerstand verhindern! Wir brauchen eine neue Friedensbewegung, gegen alle Imperialisten.

Dieser große Bremer E-Mail-Verteiler ist entstanden im „Antikriegsplenum“ (später: „Sozialplenum“) gegen den Jugoslawienkrieg in den 1990er Jahren, der ebenso wie der heutige Ukraine-Krieg völkerrechtswidrig war. Lassen wir es nicht zu, dass der Verteiler nun zu einem Forum für Kriegshetzer wird! Sofortiger Stopp des Kriegs in der Ukraine! Der russische Imperialismus muss seine Truppen zurückziehen und für die Kriegsschäden zahlen! Rückzug aller Nato-Truppen aus Osteuropa! Neutralitätsstatus der Ukraine! Stopp der Aufrüstung der Bundeswehr und Militarisierung der Gesellschaft! Kampf der Gefahr eines Dritten Weltkriegs!

Einige der verbreiteten Beiträge dienen bereits seit Längerem der Rechtfertigung massiver Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Die selbsternannten Moderatoren, die sich den Verteiler widerrechtlich und völlig undemokratisch angeeignet haben, üben hier Zensur aus, denn Beiträge von mir beziehungsweise der MLPD werden unterdrückt, ausdrücklich wegen ihrer Ablehnung von Lenin. Sie nennen das nicht Antikommunismus, aber das ist es.

4. Es wurde der Einwand vorgebracht, **Faschismus** könne nicht beschwichtigt werden: Das sei doch die Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg gewesen. Sei denn nicht der von einem faschistisch gewordenen Russland geführte, Menschen- und Völkerrecht verachtende kriegsgerichtliche Angriff auf die Ukraine zu vergleichen mit dem kriegsgerichtlichen Angriff Nazideutschlands auf Polen, der letztlich nur mit Waffengewalt gestoppt werden konnte?

Dass Putin ein Faschist ist, will ich nicht bezweifeln. Aber um den Krieg in der Ukraine beurteilen zu können, reicht das nicht. Dazu ist es notwendig zu untersuchen, welche Politik vorher geherrscht hat. Krieg ist nur die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, hat schon der alte Militärwissenschaftler von Clausewitz gelehrt und damit sicher Recht gehabt. Was den Ukraine-Krieg betrifft, muss man analysieren, welche Politik von Russland (ein inzwischen imperialistisches Land) und von den USA und anderen Nato-Staaten gemacht wurde.

Die Nato wurde seit Auflösung der Sowjetunion 1991 Jahr für Jahr weiter ostwärts vorgeschoben. Inzwischen sollen beziehungsweise wollen nicht nur die Ukraine, sondern auch Moldau, Finnland und Schweden der Nato beitreten. Sie war und ist ein aggressives imperialistisches Bündnis. Das rechtfertigt natürlich in keiner Weise den Angriff Russlands auf die Ukraine. Putin bestreitet ja sogar ihr Existenzrecht und schimpft über Lenin, der sich stets (wie übrigens auch Stalin) für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker eingesetzt hat – ausdrücklich auch des ukrainischen und finnischen Volkes, die während des Zarenreichs im Völkergefängnis Russland waren.

Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung, das Zusammenwirken der verschiedenen Krisen (Wirtschaft, Corona) hat die Aggressivität beider Seiten befeuert. Selenskyj (selbst Faschist!) vertritt nicht die Interessen des ukrainischen Volkes, sondern von Nato/USA. Eine schwierige Lage, denn das Volk in der Ukraine steht drei Feinden gegenüber: der eigenen Bourgeoisie, dem russischen imperialistischen Aggressor und den westlichen Imperialisten. Von unseren Genossen in den ICOR-Parteien in Russland und der Ukraine wissen wir, wie sie sich für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Volksmassen beider Länder und gegen den Krieg einsetzen.

Für uns ist es meines Erachtens das Wichtigste, der immer größeren Gefahr eines Dritten Weltkriegs entgegenzutreten, der mit ziemlicher Sicherheit ein nuklearer werden wird. Mit dem Bundestagsbeschluss, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, ist Deutschland ein Stück weiter Kriegspartei geworden und schlittert in den Krieg hinein. Das Treffen von 40 Nato-Staaten in Ramstein (Pfalz),

wo 15.000 US-Soldaten stationiert und Atomwaffen gelagert sind, war ein Treffen zur konkreten Planung des Dritten Weltkriegs.

Ich meine also: Der Aufbau einer neuen Friedensbewegung ist absolut notwendig, wie in den 1980er Jahren, als 500.000 Menschen an einem Tag in Bonn gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen demonstrierten. Die Massen können weltweit durch aktiven Widerstand wie Demonstration, Streiks oder Blockaden den Krieg verhindern. Schluss mit dem Krieg wird aber erst sein, wenn der Imperialismus geschlagen ist, wenn die Menschheit den Kampf um den echten Sozialismus aufnimmt.

Unsägliche Kommentare wie „Friedensbewegung in der Sackgasse“ kommen schon jeden Tag von Baerbock, Strack-Zimmermann, Merz und Konsorten. Natürlich war die alte Friedensbewegung auf einem Auge blind – sie verharmloste und beschönigte Russland –, und sie ist es zum Teil noch heute. Aber der Autor hetzt nicht nur über die alte Friedensbewegung sondern über jegliche: Er ist ein Kriegshetzer. Die Diskussion müssen wir weiter führen. Es ist eine komplizierte Situation. Ich empfehle das Flugblatt „Die Weltkriegsgefahr eskaliert“ zu lesen.

Aber nun geht der Einwand weiter: Der Faschismus-Vorwurf an Selenskyj sei schwach belegt. Es gebe Kriegsgräuel auch seitens der Ukraine; doch sei das Asow-Regiment, nachdem es dem Innenministerium unterstellt wurde, ernsthaft entnazifiziert worden; nur ein „harter Mythos“ lebe noch fort. Wenn man beide Seiten als Faschisten sehe und sie nur graduell, nicht qualitativ unterscheide, dann relativiere man die Kriegsschuldfrage: Putin, nicht aber Selenskyj, sei ein Faschist und die Nato-Ostausdehnung noch lange kein Angriffskrieg.

Vielleicht ist Selenskyj kein *offener* Faschist. Aber seine Politik ist es zumindest in vielen Punkten. So setzt er sich für die Legitimation faschistischer Privatarmeen ein; für das Verbot, andere Sprachen als Ukrainisch in Geschäften und Restaurants zu sprechen; für das Verbot jeglicher kommunistischer Symbole und jetzt den Abriss aller Denkmäler aus der Sowjetzeit, insbesondere jene der russisch-ukrainischen Freundschaft. Nazi-Kollaborateure werden rehabilitiert. Gegen Arbeiterstreiks wird mit brutaler Gewalt vorgegangen, das war schon vor dem Krieg so. Die Ukraine ist zum Ausbildungsort für Faschisten aus der ganzen Welt geworden, laut FBI 17.000 aus 50 Ländern. Auch deutsche Faschisten sind willkommen, es gibt eine Zusammenarbeit mit dem „Dritten Weg“. Die Pressestelle der marxistisch-leninistischen KKE (Griechenland) schreibt am 8. April 2022 (siehe „Rote Fahne News“):

„Selenskyj ist kein Demokrat. Er ist der Führer des Landes, der kommunistische Parteien und Symbole verboten hat und der jede linke Stimme verfolgt, brutalisiert und kriminalisiert. Der (lange vor dem Krieg) die Verbreitung von Publikationen verbietet und jede regierungsfeindliche Stimme zum Schweigen bringt. Sie reißt sowjetische Denkmäler ab, während sie gleichzeitig Veranstaltungen zum Gedenken und zur Ehrung der SS durchführt, die die Geschichte ihres Landes umschreibt, indem sie die Nazi-Kollaborateure lobt und ‚rehabilitiert‘.

Vor allem, wenn es um die extreme Rechte und Asow geht, ist er der Anführer der Politik, die sie unterstützt und finanziert. Der Asow ausnutzt, mit ihm zusammenarbeitet und mit ihm kollaboriert. Seit 2015 sind sie in die staatlichen Strukturen und in den letzten Jahren in einen organischen Teil der Streitkräfte des Landes integriert. Das erste Land, das nach dem Krieg Nazis in seine Armee integriert. Er war es, der im Dezember 2021 den Kommandeur des ‚Rechten Sektors‘ der Nazis mit dem Titel ‚Held der Ukraine‘ auszeichnete. Asow kämpft weder für den Frieden, noch für die Demokratie und schon gar nicht für die Unabhängigkeit der Ukraine. Die extreme Rechte untergräbt jede friedliche Perspektive und bringt Reaktion und Faschismus hervor.“

Der Gründer von Asow, Andriy Biletsky, erklärte 2010, „die weißen Rassen der Welt in einen finalen Kreuzzug gegen die semitisch geleiteten Untermenschen zu führen“. Am 7. April 2022 sprach Selenskyj per Video im griechischen Parlament und ließ zwei Asow-Leute auftreten, als „Helden von Mariupol“.

Selenskiy so zu entlarven relativiert oder rechtfertigt auch gar nicht den russischen Angriffskrieg. Es zeigt nur, dass es in diesem Krieg nicht um die Verteidigung des Guten gegen das Böse geht. Beide Seiten vertreten imperialistische Interessen. Und die westlichen Imperialisten, allen voran die USA, bereiten sich schon lange auf einen Weltkrieg vor. Das riesige Atomwaffenarsenal und die Weigerung, auf den Einsatz von Atomwaffen zu verzichten, sowie die vielen Kriege (wie Irak, Afghanistan, Jugoslawien) zeigen, dass global gesehen die USA Hauptkriegstreiber sind. Aber auch das rechtfertigt in keiner Weise das russische Vorgehen.

Vergleichbar ist die Situation vielleicht mit dem Ersten Weltkrieg: Da führten auch, nach langer Vorbereitung, die verschiedenen imperialistischen Mächte den Kampf um die Neuaufteilung der Welt und um das gegenseitige Abjagen von Kolonien. Erst die Oktoberrevolution in Russland schaffte die Voraussetzung, den Krieg zu beenden. Lenin setzte sich gegen alle Widerstände für einen Separatfrieden mit Deutschland ein und machte dafür sogar große Zugeständnisse.

Um den Charakter des heutigen Krieges und der Weltkriegsgefahr zu beurteilen, ist es nicht entscheidend, ob der eine oder andere Staatschef Faschist ist (wie Putin) oder „Demokrat“ (wie Biden). Es kommt auf die Politik des Landes an, und diese ist bei beiden imperialistisch. Die Nato-Osterweiterung war oder ist (sie geht ja weiter) kein Angriffskrieg, aber sie dient dem imperialistischen Interesse und führt früher oder später zum offenen Krieg.

Der Zweite Weltkrieg war auch in der ersten Phase (bis 1941) ein imperialistischer Krieg, in dem sich verschiedene imperialistische Mächte bekämpften, wie im Ersten Weltkrieg. Erst mit dem Überfall Deutschlands auf die damals sozialistische Sowjetunion änderte er seinen Charakter. Ab da war er seitens der Sowjetunion ein gerechter Krieg, und es war die Aufgabe aller fortschrittlichen Menschen, alles zu tun, um das faschistische Deutschland niederzuringen.

Heute ist es notwendig, dass alle fortschrittlichen und friedliebenden Menschen gegen die Weltkriegsvorbereitungen aktiv werden, das heißt bei uns in Deutschland gegen Waffenlieferungen, gegen die Aufrüstung der Bundeswehr und gegen die Nato, die in Ramstein ihren wohl wichtigsten Stützpunkt in Europa hat.

Doch der Einwand erhebt sich zum dritten Mal: Es gehe sehr wohl um den Kampf gegen das Böse. Einen Angriffskrieg führen, völkerrechtlich anerkannte Grenzen überschreiten und dahinter in größtem Maßstab brandschatzen, plündern, vergewaltigen, foltern, morden und dabei noch die eigenen Soldaten, darunter kaum ausgebildete Wehrpflichtige, zu Abertausenden in den Tod schicken: Das dürfe heutzutage keinen Erfolg mehr haben. Das ukrainische Volk habe ein Selbstbestimmungsrecht und führe nach dem erlittenen Angriff einen gerechten Krieg auf eigenem Gebiet. Solidarität mit dem ukrainischen Volk schließe deshalb auch Waffenlieferungen ein. Aus der Geschichte lernen heiße erklären, mit welchem geschichtlichen Ereignis die heutige Situation verglichen werden könne. Vergleichbar sei Hitlers Überfall auf Polen. Damals, so die bekannte Lehre, habe sich „Appeasement“-Politik als der falsche Ansatz erwiesen.

Ich gebe dieser Beurteilung des Angriffskrieges mit all seinen Brutalitäten völlig recht und auch, dass das ukrainische Volk, wie alle Völker, ein Recht auf Selbstbestimmung hat und sich zu Recht wehrt. Aber gleichzeitig ist es so, dass das ukrainische Selenskyj-Regime Seite an Seite mit den Nato/USA/EU-Imperialisten für deren imperialistische Ziele kämpft. Der Charakter des Krieges ist daher: ein von beiden Seiten geführter imperialistischer Krieg, bei dem es um Weltherrschaft, Einflusszonen und Ausbeutungsgebiete geht.

Die Ukraine ist ein sehr reiches Land: Sie hat den besten Ackerboden weltweit, ist die Kornkammer Europas. Sie liefert(e) Getreide und Öl in die ganze Welt. Dazu kommen die reichen Bodenschätze, Seltene Erden, die strategische Lage an Asowschem und Schwarzem Meer. Diesen „leckeren Kuchen“ wollten sich alle Imperialisten schon im Ersten und im Zweiten Weltkrieg einverleiben – und jetzt wieder. Das Selenskyj-Regime kämpft *nicht* für die Rechte und Lage seines Volkes, sonst würde es dem Volk nicht so schlecht gehen. Er vertritt die Interessen der westlichen imperialistischen Räuber.

Diesem Regime auch noch Waffen zu liefern – und zunehmend handelt es sich ja um „schwere“ Waffen, das neue Kriegsziel der Nato heißt: Sieg über Russland – bedeutet, den Dritten Weltkrieg unmittelbar vorzubereiten. Karl Liebknecht hat 1914, als einziger im Reichstag, gegen die Kriegskredite gestimmt. „Der Feind steht im eigenen Land“, „diesem System keinen Mann und keinen Groschen“: Das gilt auch heute.

Die Vertreter der Monopolinteressen in SPD, CDU, FDP und bei den Grünen, zum Teil auch der Linkspartei, wollen mit der verkündeten „Zeitenwende“, dass wir – die Arbeiterklasse, das Volk – einen Burgfrieden mit dem Kapital schließen. Wir müssen aber ganz im Gegenteil das Bündnis über alle Ländergrenzen hinweg mit den Arbeitern, Bauern und anderen Volksmassen schließen: gegen die

imperialistischen Brandstifter, die unser aller Leben aufs Spiel setzen. Aufbau einer neuen Friedensbewegung! Denn der nächste Weltkrieg wird ein Atomkrieg sein.

5. Ich lade alle herzlich ein zur **Maifeier** von MLPD und Rebell Bremen am **Samstag, dem 30. April 2022**, ab **18 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschworenweg 11a in der Neustadt. Zutritt ist nach Corona-Regeln: geimpft oder genesen und aktueller Test. Der kann auch vor Ort gemacht werden, wir haben welche dabei. Die Kriegssituation – und wie wir uns verhalten – wird im Mittelpunkt stehen.

Der **DGB** ruft auf zur **Demonstration am Tag der Arbeit** ab **10:15 Uhr** am **Weserstadion**. Die **Kundgebung am Domshof** ist um **12 Uhr**. Ich wünsche allen einen kämpferischen, schönen **1. Mai** und hoffe, wir sehen uns auf der Demo!

Wegen des Maifeiertages und wegen Pfingsten verschieben wir die nächsten beiden **Bremer Montagsdemos** um jeweils eine Woche auf den **9. Mai** beziehungsweise den **13. Juni 2022**. Beginn ist um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Grußwort der „Arbeiterbewegung der Ukraine“: Dieser Krieg zeigt gewaltsame Konfrontation zwischen verschiedenen imperialistischen Kräften („*RF-News*“)

„Nichts aus der Geschichte gelernt“: Alice Schwarzer warnt vor Lieferung weiterer schwerer Waffen an die Ukraine („*Spiegel*“)

Warnung der „Allianz ukrainischer Organisationen“: Aufrufe zu Kompromissen mit Putin verharmlosen Russlands Kriegsverbrechen („*Tagesspiegel*“)

Keine Demokratie überlebt ohne Würde: Ohne die Möglichkeit ihrer Bürger(innen), etwas aus ihrem Leben zu machen („*Republik*“)

„Fick dich selbst“: Russisches Kriegsschiff jagt im Hafenbecken bei schwerer See mit eigener Munition sich selbst in die Luft („*Daily Beast*“)

Putin würde trotzdem teuer bezahlen: Selbst wenn Russland eine Atom-bombe einsetzt, wird es die Nato nicht gleichfalls tun („*Daily Beast*“)

Erst mit Putins Tod wird der Krieg enden: Er kann nicht zugeben, dass er gegen die Ukraine verliert („*Daily Beast*“)

Einen Angriffskrieg dulden?

Ich brauche keine Website zu betreiben, um Regierungspropaganda zu verbreiten; das können die etablierten Massenmedien besser. Wenn ich mich also einmal auf Regierungslinie wiederfinde, gibt mir das Anlass zur Selbstergründung. Zur Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine habe ich deshalb mit Wolfgang eine E-Mail-Diskussion geführt, aus der Abschnitt 4 seines Beitrags hervorgegangen ist; die zitierten Einwände stammen also von mir. Warum haben mich seine ausführlich vorgetragenen Argumente nun noch nicht überzeugt? Ich stelle fest:



1. Der Faschismus-Vorwurf gegen Selenskyj wiegt mir angesichts der russischen Kriegsverbrechen mit Abertausenden Toten nicht schwer genug. Ich finde derlei Vorwürfe weder in der deutschen noch in der englischsprachigen Presse, die ich täglich lese. Angesichts der Verfolgungsgeschichte seines jüdischen Volkes unterstelle ich Selenskyj die notwendige Sensibilität für die faschistische Gefahr. Ich würde ihm Naivität und Anfängerfehler verzeihen und halte ihn nur für „kontaminiert“ mit fragwürdigen Kontakten. Auch in Deutschland gehörte es noch nach Adenauer zur „Staatskunst“, entnazifizierte Mitläufer beruflich und gesellschaftlich einzubinden. Auch in Frankreich unter Macron werden klassenkämpferische Aufstände wie jene der „Gelbwesten“ brutal niedergeschlagen.

2. Der Imperialismus-Vorwurf gegen die Nato wiegt mir angesichts der Ungeheuerlichkeit des russischen Angriffskrieges nicht schwer genug. Wenn Putin Nachbarstaaten überfällt, die keinem Verteidigungsbündnis angehören und auf Atomwaffen verzichtet haben, dann ist es nachvollziehbar, dass Finnland und Schweden der Nato beitreten wollen. Dagegen hat Biden, leider unter Zurücklassung eines Regimes islamistischer Faschisten, die amerikanischen Soldaten aus Afghanistan abgezogen und damit einen wichtigen anti-imperialistischen Schritt vollzogen.

3. Die Vergleichbarkeit von Putins Überfall auf die Ukraine mit Hitlers Überfall auf Polen sowie die Notwendigkeit, faschistische Kriegsherren, die den Weltfrieden gefährden, zu besiegen statt sich ihnen zu unterwerfen, sehe ich noch nicht entkräftet.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos, Webmaster Bremer Montagsdemo)

Innenministerium reagiert umgehend: Eine Woche vor der russischen Invasion verabschiedete die Ukraine ein Gesetz, das Antisemitismus unter Strafe stellt („Jerusalem Post“)

Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben?



So wie Wolfgangs Ansichten jetzt auf der Seite stehen, kann ich sie nur teilen. „Kampf gegen das Böse“ klingt so trivial, wie „Der Herr der Ringe“, den ich im Übrigen zwar erzählerisch glänzend finde, jedoch für ein faschistoides Machwerk halte: Die „guten Völker“ sind aus dem Norden und Westen, die „bösen Völker“ aus dem Osten und Süden.

„Appeasement“ war ein Jahr vor dem Angriff NS-Deutschlands auf Polen: das Münchner Abkommen von 1938. Ich denke nicht, dass Chamberlain seinen idealistischen Satz „Peace in our time“ selbst geglaubt hat. Es war vielmehr eine realpolitische Lösung für den Moment.

Wie hätte denn das Gegenteil aussehen sollen? Die französische Armee verlässt die Maginot-Linie und marschiert ins im Jahre 1938 längst hochgerüstete Deutschland ein? Eine Landungsoperation britischer Expeditionskorps in Cuxhaven als Vorgriff auf den D-Day?

„Appeasement als historischer Fehlgriff“ wird uns zwar mit der Schulbildung auf den Lebensweg mitgegeben, ich halte jedoch nichts von der Anwendung historischer Präzedenzfälle als Schablone in allen Lebenslagen. Ich gebe Wolfgang völlig recht: Das ukrainische Volk wird auf dem Altar geopolitischer Machtinteressen als „Bauer auf dem eurasischen Schachbrett“ (nach Brzezinski) geopfert.

Was wäre passiert, wenn die ukrainischen Streitkräfte gleich zu Beginn die Waffen gestreckt hätten und die Russen ohne militärische Gegenwehr einmarschiert wären? Nichts Besonderes. Die Menschen wären zur Arbeit gegangen, die Kinder zur Schule. Viele Menschen wären nicht gestorben oder auf der Flucht, in Angst um ihr Leben. Wohnhäuser, Betriebe, Krankenhäuser, Schulen würden jetzt noch stehen.

Aus rein formaljuristischer, völkerrechtlicher Sicht ist Putins Angriffskrieg ganz klar verbrecherisch. Ganz klar völkerrechtswidrig ist auch, wenn einem souveränen Staat von außen aufoktroziert wird, welche Bündnisse oder Verträge er schließen darf und welche nicht. Mich bewegen jedoch dabei weniger die völkerrechtlichen Fragen als vielmehr, welche Sache das Opfer und Leid von Menschenleben wert ist.

Selenskyj ist eine Oligarchenmarionette: ein Schauspieler, der unter Vertrag eines TV-Senders stand, dessen Eigentümer den Wahlkampf Selenskyjs mit al-

ler Medienmacht finanzierte, weil der damalige amtierende Präsident der Ukraine die Privatbank dieses Oligarchen verstaatlicht hat. Selenskyj gilt unter der ukrainischen Bevölkerung als ein wirklich guter Regisseur und Schauspieler, der medienwirksame Auftritte professionell beherrscht, anscheinend auch mit professioneller Maske.

Wenn während der Bombardierungen Londons im Zweiten Weltkrieg Churchill, de Gaulle oder Georg VI. unrasiert, mit dunklen Rändern unter den Augen in der Öffentlichkeit aufgetreten wären, so wären sie vielleicht noch glaubhafter gewesen. Jedoch sind diese Anführer des militärischen Widerstandes gegen NS-Deutschland in den damaligen Wochenschauen vor echten Schauplätzen aufgetreten, weil ihnen die Technik des Bluescreens noch nicht zur Verfügung stand (Quelle: „Youtube“-Video unten, 9:53 min).

Ich möchte jedoch weitere Quellenhinweise unterlassen und jedem oder jeder die Recherche selbst überlassen: von den Ereignissen auf dem Maidan, den Scharfschützen auf den Dächern, die sowohl Demonstranten als auch Polizisten erschossen und deren Identität oder Herkunft bis heute ungeklärt ist, bis zu bezahlten, trainierten und bewaffneten faschistischen Söldnern, bei denen bis heute noch ungeklärt ist, wer sie bezahlt, bewaffnet und trainiert.

Ich meine, es ist nicht ein Menschenleben wert, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, wenn die Armee eines korrupten Oligarchensystems in das Land eines korrupten Oligarchensystems einmarschiert. Ich habe im Sinne der Bewahrung von Menschenleben tatsächlich gehofft, dass die russische Armee die Besetzung der Ukraine schnell über die Bühne bringt. Nun werden weitere Bewaffnung und Finanzierung der Ukraine noch mehr Menschenleben fordern, für volle Auftragsbücher von Rüstungskonzernen sorgen und das Risiko einer Ausweitung des Krieges vergrößern.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Fragebögen verschickt: Bremer Luerssen-Werft untersucht, welche ihrer Luxusjacht-Käufer russische Oligarchen sind („*Raw Story*“)

Gespaltene Linke verkackt französische Präsidentschaftswahl: Jetzt geht es nur noch um Neoliberalismus oder Faschismus („*Raw Story*“)

„Wahlbetrug“ der „Antifa“: Donald Trump bedauert sehr, dass er beim Sturm aufs Kapitol nicht mit dabei war („*Washington Post*“)

„Die Wahl schon vorher anfechten“: Junior hat für Senior alles genau aufgeschrieben („*Raw Story*“)

Störung nach Plan

Von wegen sieben Prozent Teuerung hätte ich noch eine Anekdote aus modernen, kapitalistischen Zeiten zu erzählen: In dieser Woche konnte die aktuelle Seite der Bremer Montagsdemo erst mit Verspätung ins Netz gestellt werden. Dem Kabelnetzbetreiber Vodafone hat es nämlich gefallen, den Webmaster vom Internet abzuklemmen, inklusive Telefon, trotz bezahlter Rechnungen, und zwar exakt zum Quartalsende für sieben Tage, von Schlag 12 Uhr mittags am 31. März 2022 bis pünktlich zur gleichen Stunde am 7. April. Das Ende war freilich die ganze Zeit über nicht absehbar, doch seltene frühere Unterbrechungen hatten sich auf wenige Stunden beschränkt.

Nun hatte ich schon jahrelang nicht an Stecker und Leitung gewackelt, deshalb warf ich einen bangen Blick aus dem Fenster auf die Baumaschinen, die an den Vortagen auf einem schräg gegenüberliegenden Grundstück herumgewühlt hatten, wo sie nun ganz unschuldig herumstanden; aber vermutlich verläuft dort keine Kabelnetzschleife, sondern schlimmstenfalls ein Abzweig, und selbst dieser würde wahrscheinlich nicht zufällig gerade mittags am Quartalsende versehentlich angebaggert werden. Zudem hätte der Ausfall dann auch meine Hausnachbarn treffen müssen. Stattdessen vermute ich, Vodafone wollte mich zur Kündigung meines alten Zehn-Megabaud-Vertrags für 21 Euro und zum Neuausschluss eines schnelleren für 35 Euro bewegen.

Genau das tat nämlich am folgenden Nachmittag des 1. April der Vodafone-Kundendienstler bei Mediamarkt im Einkaufszentrum Waterfront. Dieser Mitarbeiter, sehr professionell, demonstrierte mir seine Gesprächskunst bereits in der langen Wartezeit, bis ich endlich an der Reihe war. Er verstand sich auf die generationsgerechte Kundenansprache, ersparte mir also das Geduztwerden, und bekam ganz leuchtende Augen, als er auf dem Bildschirm herausfand, dass mein Vertrag bereits sozusagen *uralt* war. Von Aufnahme einer Störungsmeldung wollte er fortan überhaupt nicht mehr sprechen, sondern hielt mir, um sicherzugehen, dass ich es auch wirklich verstanden hätte, wiederholt vor, alle Kunden fragten sonst immer, ob sie denn nicht einen schnelleren und außerdem auch *mobilen* Zugang bekommen dürften.

Mich mutmaßlichen Boomer-Kunden, bei dem das offenbar noch gar nicht ganz bis ins Bewusstsein vorgedrungen war, belehrte der geduldige Kundenbetreuer, ohne Mobiltelefon sei man *heutzutage* wirklich vollkommen *aufgeschmissen*. Dabei bin ich bloß Jahrgang Pillenknick, wie er meinen persönlichen Daten auf seinem Bildschirm unschwer entnehmen konnte. Ich habe nämlich noch einmal Glück gehabt und komme immer noch selbst auf solche Schlussfolgerungen wie dass ich mit dem neuen Mobilgerät dem zuständigen technischen Kundendienst dann natürlich sehr flink die Störungsmeldung für mein doch sehr altes, unbewegliches, aber bald schon viel schnelleres Heimgerät würde übermitteln können.

Doch mir fehlen weder Fernsehen noch scharfe Express-Bilder von Netflix bis Pornhub, sondern bloß E-Mail, Online-News und File-Transfer; und Mobilfunk brauche ich schon gar nicht, weil ich ja dem Hartz-IV-Regiment unterstellt bin und die Stadt gar nicht verlassen darf. Dieser neue Vertrag wäre einfach zwei Drittel teurer, das weiß ich im Kopf! Damals haben wir ja noch das Rechnen mit Brüchen gelernt statt mit der Taschenrechner-App. Sollte ich dem jungen Mann auch von meiner Regelsatz-unrelevanten offenen Zahnarztrechnung erzählen, die einem in unserem Alter schon mal ins Haus flattern kann?

Ich wurde darauf hingewiesen, zwecks Neuherstellung des Festnetzzuganges müsse ein Techniker zu mir kommen und die Kabelverbindungen anschauen, wofür man wiederum ein Mobilgerät benötige. Weil er jedoch zwar Kundendienstler, aber kein Techniker sei, konnte er jetzt leider nicht seinen Internetzugang nutzen, um einfach auf der Vodafone-Website eine Störungsmeldung für mich einzutippen. So etwas ist freilich das Gegenteil von Kundendienst, aber ich dankte nun dem jungen Herrn für seine Geduld, weil ich keine Fliegenpatsche dabei hatte und also per Schneckenpost einen Brief überbringen lassen und mich anschließend auf unbestimmte Zeit im Meditieren üben musste, ohne mich über die aktuellen aufschreckenden Einfälle von Herrn Putin informieren zu können.

Um jetzt nicht nur altersgerecht herumzusitzen, sondern auch etwas für meine grau werdenden Zellen zu tun, vertiefte ich mich in einen 500-Seiten-Schmöker auf Englisch, etwas jünger als ich, den ich schon ewig herumliegen habe: die psychologische Untersuchung von Julian Jaynes, wie Odysseus in jenen Zeiten, als noch Altgriechisch gesprochen und mancherorts gar mit dem Keil geschrieben wurde, nach jahrzehntelanger Irrfahrt seine Zweikammerseele den Einflüsterungen der allmächtigen Götter entreißen und das Bewusstsein erlangen konnte. Gestern Mittag funktionierte der Festnetzzugang dann wieder, ganz von selbst. Wie sich zeigte, hätte ich sogar schon vorgestern eine E-Mail-Nachricht auf meinem Mobilgerät erhalten können, dass man sich bemühe, die „Netzstörung“ zu beheben.

Eine Woche Ausfallzeit ist vielleicht das empirische Maximum dafür, die Ausrede von einer nicht selbst zu verantwortenden „Netzstörung“ juristisch glaubhaft machen zu können. Den Nachrichten entnehme ich erneut, Herr Putin macht unvergleichbar entsetzlich schlimmere Dinge, und er lässt sogar seine eigenen Leute ohne Warnung ungeschützt im Strahlenwald von Tschernobyl herumbaggern. Aber trotz bezahlter Rechnungen mitten im ungekündigten, laufenden Vertrag die Leistung einzustellen und abzuwarten, ob man zur Wiederaufnahme nicht lieber um Abschluss eines neuen, 67 Prozent teureren Vertrages bitten möchte, so etwas macht bislang nicht einmal Herr Putin, und den deutschen Stromversorgern ist es gar gesetzlich verboten.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Rubel her: Russland stoppt Gaslieferungen an Polen und Bulgarien („Spiegel“)

Einmalzuschlag reicht nicht: „Bremer Erwerbslosenverband“ warnt vor Zunahme von Lebensmittel-Diebstählen („*Westdeutsche*“)

Soforthilfe: Schon in zwei Monaten erhalten Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland Hartz-IV- statt Asylbewerberleistungen („*Spiegel*“)

„Anforderung an Privatsphäre erfüllt“: Jobcenter muss Obdachlosem nach Krankenhausaufenthalt den Zeltplatz bezahlen („*Westdeutsche*“)

Staatsanwältin ungeduldig: Donald Trump soll 10.000 Dollar für jeden Tag zahlen, an dem er seine Geschäftsunterlagen nicht vorlegt („*Raw Story*“)

„Ampel“ verkackt Impfzwang: Man muss einfach auch Rücksicht nehmen auf die störrischen Übersechzigjährigen („*The Guardian*“)

Linkspartei verkackt Neuanfang: Blumen-Susi zurückgetreten („*Tagesspiegel*“)

Hartz-IV-Ehepaar nimmt Ukrainerinnen auf: Jetzt werden ihnen die Bezüge gekürzt („*Merkur*“)

„Bruder, wir sind doch keine Staatskleriker“: Franziskus zankt sich mit Kyrrill, ob der Donbass von den Schwulen befreit werden muss („*Spiegel*“)

Das Gegenteil von Respekt: SPD-Sprecherin ermahnt Armutsbetroffene, „nicht zu viel“ und „durchdacht“ einzukaufen und „unsere Lebensmittel nicht wegzuwerfen oder zu verschwenden“ („*Merkur*“)

„Sparfuchs“: Sven Walther (55) bekommt seit fünf Jahren Hartz IV und duscht nur noch zweimal pro Woche („*Bild*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

737. Bremer Montagsdemo

am 09. 05. 2022

Eine neue Friedensbewegung aufbauen!



Die Gefahr eines Dritten Weltkriegs steigt immer weiter. Wurde noch nach Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine von Nato und Bundesregierung betont, es gehe um ein schnelles Beenden des Blutvergießens, hat sich das seit zwei Wochen geändert: Allen Kriegsparteien – und die Nato ist das längst auch – geht es um den Sieg. In Ramstein trafen sich hochrangige Vertreter von 40 Staaten und schmiedeten ein Kriegsbündnis. Deutschland mischt dabei voll mit. Die Lieferung schwerer Waffen, die Ausbildung ukrainischer Soldaten dar-

an, die direkte Beteiligung britischer und US-amerikanischer Experten: Damit werden diese Länder immer mehr zur Kriegspartei! Ihr erklärtes Ziel ist die Niederlage Russlands. Das kann nur durch den Einsatz schwerer Offensivwaffen angestrebt werden, mit der Folge immer weiterer Eskalation auf beiden Seiten.

Wir stehen am Rand eines Dritten Weltkriegs. Das imperialistische Weltsystem steckt in einer tiefen wirtschaftlichen, politischen, militärischen und ökologischen Krise. Die Staaten sind so hoch verschuldet wie überhaupt noch nie: Von 2018 bis 2022 stieg die Staatsverschuldung aller Staaten weltweit von 49 auf über 70 Billionen Dollar! Allein in den USA beträgt sie derzeit 30,5 Billionen Dollar, in Deutschland etwas über zwei Billionen Euro. Das steigert die Gier nach neuen Quellen. Der Beschluss Deutschlands, 100 Milliarden Euro zusätzlich in die Rüstung zu stecken, beschleunigt die Verschuldung dabei noch zusätzlich.

Auch die neuimperialistischen Länder, wie Russland und die Türkei, sind immer höher extrem verschuldet. In dieser Situation sehen die Imperialisten die Zeit für Krieg gekommen und werden nicht davor zurückschrecken, alles an Mitteln, alles an Waffen – auch Massenvernichtungswaffen, auch Atomwaffen – einzusetzen, um auf Kosten ihrer Konkurrenten aus der Krise zu kommen.

Wir stehen an einer Scheidelinie: Geht die Welt in einem Dritten Weltkrieg unter, oder geht sie nach vorn, beseitigt die Ursachen für solche Kriege für immer, überwindet den Imperialismus und erkämpft sich die Vereinigten Sozialistischen

Staaten der Welt? Das war der Weg, wie der Erste Weltkrieg beendet wurde: Durch die Oktoberrevolution in Russland wurde der Krieg zwischen Russland und Deutschland beendet.

Es sind dieselben Ursachen und Verursacher, warum die Ukraine in Schutt und Asche gelegt wird, warum in Deutschland die Armut zunimmt, Millionen Arbeiter durch die Inflation eine drastische Entwertung ihrer Löhne erfahren müssen und jetzt die Umwelt vollends der Kriegspolitik geopfert wird. Die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine nützt dem ukrainischen Volk gar nichts. Sie ist nur ein Teil der aktiven Vorbereitung auf den Dritten Weltkrieg.

Namhafte Personen des öffentlichen Lebens wie die frühere Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, die frühere EKD-Vorsitzende Margot Käßmann, der Grünen-Politiker Christian Ströbele, der Sänger Konstantin Wecker, die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer, der Philosoph Jürgen Habermas, sie alle haben in einem Brief an Kanzler Scholz vor der Weltkriegsgefahr eindringlich gewarnt und dass Deutschland dadurch Kriegspartei wird. Dafür wurden sie von zahlreichen Zeitungen wie der „Bild“ massiv beschimpft. Aber sie haben recht.

Jetzt geht es darum, eine neue **Friedensbewegung** aufzubauen! Eine Friedensbewegung, die gegen alle Imperialisten kämpft. Eine Friedensbewegung, die offen ist für die Perspektive des weltweiten Sozialismus: eine Gesellschaft ohne Krieg und Krisen, im Einklang von Mensch und Natur. Am Sonntag fand dazu eine tolle erste bundesweite Demonstration mit über 1.500 Teilnehmern in Essen statt. In vielen Städten werden dazu **Widerstandskomitees** gebildet unter dem Motto: „Für eine neue Friedensbewegung – gegen jede imperialistische Aggression“. In **Bremen** ist seine Gründung am nächsten **Montag**, dem **16. Mai 2022**, um **17:30 Uhr** in den **Neustadtswallanlagen** (Ecke Neustadtscontrescarpe/Delmestraße) am Rondell.

Wegen des Pfingstfestes verschieben wir die nächste **Bremer Montagsdemo** um eine Woche auf den **13. Juni 2022**. Beginn ist um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

„Ich meine Ukraine“: George W. Bush verurteilt die „völlig ungerechtfertigte und brutale Invasion des Irak“ („*Raw Story*“)

„Moderater Ton statt Nazi-Klischees“: „Die ‚Asow‘-Bewegung hat extrem rechten Nationalismus zur Mode gemacht“ („*Junge Welt*“)

„Entspannungspolitik führte zu Frieden“: „Konfrontationspolitik führte zum Krieg in Jugoslawien und in der Ukraine“ („*Junge Welt*“)

Grußwort aus der Ukraine

Liebe Genossinnen und Genossen! Der Krieg in der Ukraine ist zu einem anschaulichen Beispiel für die gewaltsame Konfrontation zwischen den verschiedenen imperialistischen Kräften geworden. Einerseits setzt das neuimperialistische Russland seine verbrecherische Aggression fort, um seinen Einfluss in der ehemaligen UdSSR, aber auch in Europa und Asien insgesamt zu erhalten und auszuweiten. Andererseits wollen die Imperialisten der USA, der EU und Großbritanniens den Einfluss des russischen Imperialismus ausschalten und gleichzeitig freien Zugang zu den reichen Ressourcen dieses Landes bekommen.

Die Opfer des Krieges sind wie immer die einfachen Werktätigen, die Arbeiterklasse – die ukrainische wie auch die russische. Jeden Tag sterben arbeitende Menschen in friedlichen Städten durch Raketen und Bomben oder an der Front, wo sie die Interessen der herrschenden Klasse verteidigen. Viele in der Ukraine haben sich nun mit der Idee vereint, Putins Interventionisten zu vernichten. Aber der Kern der Sache ist weitergehend: Sie zu besiegen wird den Menschen in der Ukraine weder wahre soziale Gerechtigkeit bringen, noch wird sie die Klassenausbeutung beenden. Nur eine Änderung der Gesellschaftsordnung, nur eine sozialistische Revolution wird die Arbeiter von der Unterdrückung durch das Kapital befreien!

Nieder mit dem imperialistischen Krieg – her mit dem Sozialismus!
Mit brüderlichen Grüßen.

*Grußwort des Koordinierungsrates der Arbeiterbewegung der Ukraine
an die MLPD*

Schriftstellerverband explodiert: Präsident Yücel fordert Flugverbotszone
über der Ukraine („*Spiegel*“)

Kult um Waffen-SS-Division „Galizien“: Unter Polizeischutz erheben
Demonstrierende in Kiew ihre Hand zum Hitlergruß („*Tageszeitung*“)

Schüsse auf gefesselte russische Kriegsgefangene: Video von
Gräueltaten ukrainischer Kämpfer verifiziert („*T-Online*“)

„Wir sollten es sagen“: „Russland ist faschistisch“ („*New York Times*“)

Neue Haltung zur Ukraine: „New York Times“ klingt plötzlich
wie Sahra Wagenknecht („*Berliner Zeitung*“)

„Russland darf nicht gewinnen“: Die Ziele der Bundesregierung
im Ukraine-Krieg sind unklar („*Spiegel*“)

„Der Krieg endet nicht, bevor Putin verliert“: „Ein gesichtswahrender Kompromiss ermöglicht nur zukünftige Aggressionen“ („*The Atlantic*“)

Biden sagt Militärbeistand im Angriffsfall zu: Wird Taiwan ein neues Vietnam oder Korea? („*Spiegel*“)

Gegen jede imperialistische Aggression!

Aktiv werden im Widerstandskomitee für eine neue Friedensbewegung! Liebe Freundinnen und Freunde, in der Ukraine treffen zwei imperialistische Lager aufeinander: Die Nato mit den USA einerseits, Russland andererseits. Beide Seiten sind atomar aufgerüstet und bereiten aktiv einen Dritten Weltkrieg vor. Entschieden wenden wir uns gegen die aggressive Außen- und Militärpolitik der Bundesregierung: Keine 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung, sondern für die Bekämpfung der Armut und den Umweltschutz!

Nur der aktive Widerstand kann die Gefahr eines Dritten Weltkriegs bannen! Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Friedensbewegung, die sich gegen jede imperialistische Aggression richtet. Wir bauen gemeinsam, über weltanschauliche Grenzen hinweg, an einer neuen Front in Deutschland, als Teil der internationalen Einheitsfront gegen Rechtsentwicklung, Faschismus und Krieg und zum Kampf um den Weltfrieden.

Wir fordern: Sofortiger Stopp des Kriegs in der Ukraine! Der russische Imperialismus muss seine Truppen zurückziehen und für die Kriegsschäden zahlen! Rückzug aller Nato-Truppen aus Osteuropa! Neutralitätsstatus der Ukraine! Stopp der Aufrüstung der Bundeswehr und Militarisierung der Gesellschaft! Kampf der Abwälzung der Kriegslasten auf die Arbeiterklasse und die breiten Massen! Lohnnachschlag jetzt!

Kommt zum zweiten **Treffen des Widerstandskomitees** in Bremen am **Montag, dem 30. Mai 2022**, um **17:30 Uhr** in den **Neustadtwallanlagen** beim Pavillon (Höhe Delmestraße). Unsere Arbeit beraten und planen wir gemeinsam: Nötig ist ein aktiver Widerstand auf der Straße, in Betrieben, Schulen, Unis, Wohngebieten! Wir leisten Aufklärungsarbeit und schulen uns selber. Wir bereiten das 20. Internationale **Pfingstjugendtreffen** unter dem Motto „Generation Krise? Generation Rebellion!“ am **4. und 5. Juni 2022** mit vor: Es ist ein Festival für den Weltfrieden! – Kontakt: [buendnis-bremen\(at\)web.de](mailto:buendnis-bremen(at)web.de)

Lena Salomon (MLPD)

Keine Bündnisse schließen löst auch keine Probleme: Seit dem EU-„Brexit“ ist das nordirische Parlament nicht mehr arbeitsfähig („Spiegel“)

Klage-Möglichkeit für Umweltschützer: Gesetz in Oklahoma verbietet Chemikalien, die Schwangerschaften beenden können („Daily Beast“)

„Ampel“ beschließt Entlastungen auch für Millionäre: Mit dem gleichen Geld könnte man die Einkommensarmut in Deutschland beseitigen („Paritätischer“)

Sonderzahlung reicht nicht: Bei Neuberechnung ohne Tricks, aber mit Inflationsausgleich würde der Hartz-IV-Regelsatz 687 Euro betragen („Die Zeit“)

SPD-Absturz in NRW: „Wir haben zu viel über Waffenlieferungen und zu wenig über die steigenden Lebenshaltungskosten geredet“ („Spiegel“)

In dubio pro reo



Der Vorwurf des Faschismus gegen Russland ist schlichtweg nicht justiziabel. „Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nimmt der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag Ermittlungen wegen mutmaßlichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf.“

Da wir mit der Lieferung ein paar alter Panzer ja so tapfer unsere Werte verteidigen, seien darunter „in dubio pro reo“, „audiatur et altera pars“ und „unschuldig, bis die Schuld bewiesen ist“ erwähnt. In einem Rechtsstaat, in dem geschriebenes Recht beachtet, befolgt und durchgesetzt wird, kann nur mit begründeten Verdacht einer Straftat

nachgegangen werden, die im Gesetz verankert ist. „Faschismus“ ist als gesetzlich verankerte Straftat nirgendwo verankert, auch im internationalen Recht nicht.

In Deutschland haben wir beispielsweise unter anderem das Verbot von NS-Symbolen im Privatbesitz, Volksverhetzung, Holocaustverharmlosung, Holocaustleugnung, Verfassungsfeindlichkeit. Für diese im Gesetz verankerten Straftaten lassen sich auch Tatbestandsvoraussetzungen definieren und von der Staatsanwaltschaft beweisen. Nicht ein Angeklagter der Nürnberger Prozesse stand unter Anklage wegen „Faschismus“.

Das wäre auch Blödsinn. Faschismus ist eine Staats- und Herrschaftsform. Genauso wenig könnte man wegen „Monarchie“ oder „Militärjunta“ angeklagt werden. Ich glaube, die Ausschwitz-Prozesse waren Mordprozesse. Im Übrigen erkennen die USA den Internationalen Strafgerichtshof bis heute nicht an. In Deutschland hat Jutta Ditfurth den Herausgeber der Zeitschrift „Compact“ in der Öffentlichkeit als „glühenden Antisemiten“ bezeichnet. Jutta Ditfurth wurde wegen Beleidigung zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.

Anders ging es für Christian Ehring aus. Er bezeichnete in der Satire-Sendung „Extra 3“ Frau Dr. Alice Weidel als „Nazi-Schlampe“. Ehring stieß auf eine verständnisvolle RichterIn, die der Ansicht war, dass Frau Dr. Weidel selber verbal mit „harten Bandagen“ um sich schlage und ebenso „harte Bandagen“ aushalten könne. Christian Ehring wurde freigesprochen. Es ist mit schwerlich beweisbaren Vorwürfen also Vorsicht ratsam.

Wie sieht es jedoch mit der politischen Bewertung Russlands aus? Ist Russland unter der Präsidentschaft Putins ein faschistischer Staat? In „Wikipedia“ ist als Staats- und Regierungsform „semipräsidentielle Republik“, jedoch „de facto defekte Demokratie mit autokratischen bis despotischen Zügen“ eingetragen. Mir fiel dazu schon der kürzere Begriff „präsidiale Autokratie“ ein.

Mir kommen aber langsam Zweifel, ob ich da richtig liege. Der immer noch existierende Gulag, das Verschwinden und die Ermordung Oppositioneller und kritischer Journalist(inn)en, Gewalt gegen und Verhaftung von Demonstrant(inn)en, die für die Beendigung des Krieges eintreten, Angriffskrieg zur Territorialgewinnung, einhergehend mit Bombenterror gegen Zivilbevölkerung und Deportation von Teilen der ukrainischen Bevölkerung, lassen meines Erachtens keine mildere Bewertung zu als Faschismus.

Vielleicht haben wir es hier noch nicht mit den hohen Ausmaßen der totalitären Herrschaft zu tun, wie wir sie von den faschistischen Diktaturen in Europa seit den 20er Jahren, beginnend mit Mussolinis Marsch auf Rom, kennen. Jedoch möchte ich an dieser Stelle an einen Satz erinnern, mit dem meine Generation aufgewachsen ist: Wehret den Anfängen!

Ich gebe dabei nur zu bedenken, welche Opfer dies kosten kann. Als Reaktion auf den Offenen Brief von Alice Schwarzer veröffentlichte der „Spiegel“: „Was mit der Ukraine passiert, ist das staatliche Äquivalent zu einer Vergewaltigung durch den Ex-Mann, mit angedrohter Vernichtung bei Gegenwehr.“

In der Regel sind solche Vergleiche, die Krieg rechtfertigen sollen, unzutreffend. Bei der Vergewaltigung durch den Ex-Mann ist ja Intervention möglich, die Unbeteiligte nicht gefährdet. Um einen solchen Ex-Mann zu stoppen oder das Opfer in Sicherheit zu bringen, ist ja nicht erforderlich, das Mietshaus, in dem der Ex-Mann lebt, mitsamt anderen Familien und Kindern zu bombardieren.

Ein anderes beliebtes Beispiel ist der Vergleich mit Schulhof-Rowdies, die so lange andere Kinder verprügeln, Taschengeld und Pausenbrot wegnehmen, bis man sich gegen sie zur Wehr setzt. Auch hier ist Intervention möglich, ohne die

Schule in Schutt und Asche zu legen und dabei einen Großteil der Kinder und Lehrerschaft zu töten.

Wer im Widerstand nur sein eigenes Leben opfert, dem gebührt Hochachtung. Es sollte jedoch sehr genau bedacht werden, was das Opfer der eigenen Kinder wert ist. – Ich denke, dass ich der intellektuellen Redlichkeit damit jetzt Genüge getan habe.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Mehr Waffen, mehr Tote: Massen-Erschießungen ereignen sich in den USA mittlerweile im Dutzend übers Wochenende („*Washington Post*“)

„Das ist so ein Skandal“: Klimaschutz-Protest beim Kirchentag erinnert den Kanzler „an eine Zeit, die lange zurückliegt“ („*Spiegel*“)

„Ampel“ subventioniert Mineralölkonzerne: Spritpreise steigen trotz Steuersenkung („*Spiegel*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

738. Bremer Montagsdemo

am 13. 06. 2022

Ein „Sondervermögen“ zur Weltkriegsvorbereitung



In der Ukraine treffen Russland auf der einen Seite und die Nato mit den USA auf der anderen Seite aufeinander. Alle Imperialisten bereiten einen Weltkrieg vor. Sie nehmen einen Atomkrieg bewusst in Kauf. Mit der Strategieänderung der Nato – „Die Ukraine muss den Krieg gewinnen“ – eskalierte die Weltkriegsgefahr enorm. Nur mit Defensivwaffen kann Russland nicht in die Knie gezwungen werden. Deswegen sollen immer schwerere und immer mehr Offensivwaffen, wie Panzer und Haubitzen mit großen Reichweiten, an die Ukraine geliefert werden. Und

Deutschland beteiligt sich daran! Die Rüstungskonzerne wie Rheinmetall und Kraus-Maffei jubeln.

Die letzte Woche beschlossene Grundgesetzänderung zur Schaffung eines 100-Milliarden-„Sondervermögens“ zur Aufrüstung der Bundeswehr ist Teil der Weltkriegsvorbereitung. Aktiver Widerstand gegen alle Imperialisten tut not – und nicht Halbherzigkeit oder gar Unterstützung der Aufrüstung, wie jetzt vom „Linken“-Parteitag am Samstag in Bremen beschlossen. Dass Bremen auf Betreiben der „Linken“ dem 100-Milliarden-Paket im Bundesrat nicht zugestimmt hat, ist gut, nützt aber nichts, wenn man gleichzeitig die Waffenlieferungen an die Ukraine unterstützt.

Im Aufruf des „Internationalistischen Bündnisses“ wird gefordert: Sofortiger Stopp des Kriegs in der Ukraine! Russland muss seine Truppen zurückziehen und für die Kriegsschäden zahlen! Rückzug aller Nato-Truppen aus Osteuropa und weltweit! Stopp der Aufrüstung der Bundeswehr und der Militarisierung der Gesellschaft! Verbot und Ächtung aller ABC-Waffen! Lohnnachschatz und Inflationsausgleich jetzt! Gleiche Rechte für alle Flüchtlinge! Hoch die Internationale Solidarität! Für Völkerfreundschaft und Frieden!

Diese Forderungen halte ich voll und ganz für richtig. Vielleicht fragt sich der eine oder andere, warum in diesem Zusammenhang von Lohnnachschatz und Inflationsausgleich gesprochen wird. Ich denke, dass es da einen unmittelbaren Zu-

sammenhang gibt: Das 100-Milliarden- „Sondervermögen“ und die ganzen anderen Kriegskosten sind ja nichts anderes als zusätzliche Schulden. Und diese – wie auch die gigantischen Unternehmenssubventionen – vermindern sich, je höher die Inflation steigt. Gleichzeitig steigen die Staatseinnahmen mit jeder Preiserhöhung durch Anstieg der Mehrwertsteuer im selben Maß. Die Inflation ist also von Staat und Unternehmern durchaus erwünscht!

Für die Arbeiter, Rentner und Arbeitslosen ergibt sich ein völlig anderes Bild: Offiziell ist die Inflation inzwischen auf 7,9 Prozent geklettert, für einen normalen Arbeiterhaushalt aber um über 15 Prozent! Allein Öle und Fette kosten 53 Prozent mehr, Mehl 28 Prozent. Extrem gestiegen sind die Preise für Heizen und Benzin. Von den 30 Cent Steuersenkung auf Spritpreise für drei Monate sind gerade mal 5 Cent an der Zapfsäule angekommen. Die Ölkonzerne verdienen sich dumm und dämlich: Laut Bürgermeister Bovenschulte stieg ihr Reingewinn von 15 auf 34 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr. Bovenschulte fordert deshalb eine „Übergewinnsteuer“ – als ob sich der Kapitalismus so einfach zähmen ließe!

Im Monopolkapitalismus zählt nicht der Durchschnittsprofit, sondern nur der Maximalprofit – und für den gehen diese Herren über Leichen, lassen Kriege führen, riskieren das Ende der Menschheit und Natur. Um das abzuschaffen, muss der Kapitalismus abgeschafft werden! Das sagt Herr Bovenschulte allerdings nicht. Durch unsere Kampfkraft können wir aber durchaus etwas erreichen, nämlich einen Lohnnachschat. Dass die Hafenarbeiter seit fast 50 Jahren zum ersten Mal wieder streiken, ist völlig richtig. Sie fordern einen Inflationsausgleich und eine Erhöhung des Stundenlohns um 1,20 Euro.

Die bundesweite Montagsdemo fordert eine 20-prozentige Erhöhung von Hartz IV als Sofortmaßnahme! Wir können uns auch nicht mit dem geplanten „Bürgergeld“ zufrieden geben, das nur 40 bis 50 Euro über dem Hartz-IV-Satz von 449 Euro liegen soll. Im Koalitionsvertrag hieß es dazu: „Wir lösen die Grundsicherung durch ein neues Bürgergeld ab, damit die Würde des Einzelnen gewahrt und die gesellschaftliche Teilhabe gegeben ist.“ Sehr würdevoll! Dass die Bundestagsabgeordneten sich gleichzeitig eine Diätenerhöhung um 310 Euro schon ab 1. Juli 2022 gönnen, hat da doch schon etwas mehr Würde – oder nicht?

Die Diäten liegen dann bei 10.323,29 Euro monatlich, zuzüglich Aufwandentschädigung und meistens noch stattlicher Tantiemen. Das lässt dann ein bisschen mehr an gesellschaftlicher Teilhabe zu. Die Erhöhung um 310 Euro ist dabei schon mehr, als ein Kind zwischen sechs und 13 Jahren im ganzen Monat erhält. Deswegen fordern wir eine 20-prozentige Hartz-IV-Erhöhung sofort und die Wiedereinführung von Einmalzahlungen für Geräte wie Waschmaschine sowie die Auszahlung von Kindergeld statt Verrechnung mit Hartz IV, außerdem eine Auszahlung der 300 Euro Einmalzahlung an alle und nicht bloß an jene, die Lohnsteuer zahlen, also auch an alle Rentner und Bezieher von Grundsicherung!

Der Kampf in den Betrieben für Lohnnachschat und auf der Straße für Inflationsausgleich hat sehr viel mit dem Kampf gegen die Kriegstreiberei zu tun. Wir wehren uns gegen die Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten! Das ist nicht

unser Krieg, das ist der Krieg der Herrscher der Welt! Der erste Weltkrieg wurde durch die Oktoberrevolution in Russland 1917 und die Novemberrevolution in Deutschland 1918 beendet. Das imperialistische Weltsystem befindet sich in der Phase beschleunigter Destabilisierung, die von wirtschaftlicher, politischer, ökologischer und militärischer Weltkrise geprägt ist und die revolutionäre Überwindung des Imperialismus erfordert. Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Ist das Völkerrecht ein „Volksbetrug“?



Das Redaktionsteam der „Roten Fahne“ hat die rundum lesenswerte Analyse des MLPD-Zentralkomitees zum Ukrainekrieg auf die Homepage gestellt. Ich stimme mit ihr allerdings nicht überein, weil sie die Kriegsschuldfrage verwischt: Es ist klar, dass Putins Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat. Zu solch einem klaren Urteil konnte Lenin noch nicht gelangen, denn die wichtigste Grundlage des Völkerrechts, die „Charta der Vereinten Nationen“, stammt erst von 1945.

Somit nehme ich Anstoß an der Montage des folgenden Lenin-Zitats in Abschnitt 6, das die Verfasser „allen ins Stammbuch schreiben“ wollen, „die eine der beiden kriegführenden imperialistischen Parteien verteidigen“: „Die Frage, welche Gruppe den ersten militärischen Schlag geführt oder als erste den Krieg erklärt hat, ist bei der Festlegung der Taktik der Sozialisten ohne jede Bedeutung. Die Phrasen von der Verteidigung des Vaterlandes, von der Abwehr eines feindlichen Überfalls, vom Defensivkrieg usw. sind auf beiden Seiten reiner Volksbetrug.“

Ist das Völkerrecht etwa ein „Volksbetrug“? Nein, es ist im Gegenteil die nach der Niederschlagung des Hitler-Faschismus errungene moderne Grundlage zur Übertragung der Lösung internationaler Konflikte vom Schlachtfeld in den Konferenzsaal und in die Wahlkabine. Daher zeigt sich als Völkerfeind, wer das Völkerrecht mit Füßen tritt. So wie Putin, der Faschist. Ich kann mir die Aufzählung weiterer Beispiele seiner gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sparen.

Volksbetrug ist hingegen das Appeasement, das Abschließen von „Friedensverträgen“ mit einem faschistischen Staat, der Völkerrecht und internationale Verträge bricht. Die Analyse des ZK greift zu kurz: Der aggressive russische Faschis-

mus kann, wie 1945 der deutsche, nur noch mit Waffengewalt gestoppt werden. Waffenhilfe an die überfallene Ukraine ist deshalb im Grundsatz richtig.

Eine Aussage vom Typ „X ist im Grundsatz richtig“ schreit aber danach, in Folgesätzen eingeschränkt, aufgehoben, umgekehrt zu werden. Ich bin deshalb offen für den Hinweis auf das Fehlen einer sinnvollen Strategie für den weiteren Waffengang. Über so etwas habe ich mir noch nie Gedanken gemacht und werde das auch künftig nicht tun. Ich möchte hier nur etwas Grundsätzliches verteidigen: dass ein Überfallener das Recht hat, als Opfer anerkannt (statt als „selber Faschist“ diffamiert und zum Mittäter gemacht) zu werden, dass er sich verteidigen und dass er Waffenhilfe annehmen darf.

In Abschnitt 6 der MLPD-Analyse heißt es zum Beginn der Ukraine Krise: „Die mühsam formulierten Paragraphen des Völkerrechts, der Menschenrechte und der international gültigen Abrüstungsverträge waren schlagartig das Papier nicht wert, auf dem sie standen.“ Das ist falsch. Es wäre magisches Denken zu erwarten, solche Vertragstexte könnten wie ein Zauberspruch einen Krieg verhindern. Ihr Zauber besteht darin, dass sie uns Orientierung geben, wer falsch und wer richtig handelt. Denn ein Völkerrecht, mit dem sich ein Angriffskrieg rechtfertigen ließe, das wäre wohl Volksbetrug.

Die so errungene Klarheit verwischen Stefan Engel und seine Mitautorinnen mit einem Zitat von Lenin, der das moderne Völkerrecht noch nicht kannte, es sei egal, wer den ersten militärischen Schlag führe, und möchten uns das als für alle Zeit gültige Wahrheit „ins Stammbuch schreiben“, also dogmatisieren. Sie hätten bei Stalin und Mao nach sozialistischen Urteilen zu Völkerrecht und russischem Faschismus suchen können. Um gegen Waffenhilfe für die Ukraine zu argumentieren, hätten sie zeigen müssen, dass das gängige Urteil falsch ist, wonach Putins Russland einen unprovokierten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen das Land begonnen hat.

Ich höre den Einwand, Überfallener *und* Faschist zu sein, schließe sich nicht aus. Der Überfall macht hier den Unterschied: Er beweist unmittelbar den Faschismus, die Völker- und Menschenfeindlichkeit des Angreifers. Auch die Typen, die zu Hunderten unter Polizeischutz durch Kiew marschierten und den Hitlergruß zeigten, nenne ich Faschisten; aber das war eben nur ein lustig besoffener Festumzug im Vergleich zum Angriffskrieg Putins, des Oberfaschisten. Es gibt zwischen beiden Ländern einen Unterschied in der Größenordnung der faschistischen Exzesse, also auch einen qualitativen Unterschied.

Das Völkerrecht macht all dem mutwilligen Schachspiel ein Ende, denn der bedrohte König darf nun seine Bauern aufs Pferd setzen, wenn versucht wird sie abzuschießen, und sein überranntes Land mit weiteren Türmen befestigen.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos, Webmaster Bremer Montagsdemo)

Der Gepard und sein Rohr



Jetzt sind wir endlich im Bilde: Wir liefern keine Panzer, wie durch die Erklärung der Verteidigungsministerin jetzt klargestellt wurde. Ich habe diese Aussage überprüft: Stimmt, der Gepard ist kein Panzer, und da er ja ein Rohr hat, liefern wir nur männliche Exemplare.

Jetzt aber mal Scherz beiseite. Es ist ungeheuerlich, wie rücksichtslos, unverschämt und inkompetent hier mit Menschenleben umgegangen wird, eine Impertinenz, die mir die Zornesröte ins Gesicht treibt.

Es ist doch wohl grundsätzlich fragwürdig, sinnlos Waffen zu liefern, ohne sinnvolle strategische Zusammensetzung ihres Zusammenwirkens. Irgendwann muss doch eingestanden werden, dass die ukrainische Armee am Ende ist.

Jeder gute Schachspieler, der erkennt, dass er in vier Zügen matt ist, wirft den König um, weil er weiß, dass ein Weiterspielen sinnlos ist. Genau so erkennt dies jeder militärische Stratege. Es ist so. Beim Schachspiel werden jedoch lediglich Holzfiguren geopfert statt Menschen.

Als ein Volksbetrug ist das Völkerrecht sicherlich nicht gedacht; es kann jedoch hinsichtlich der Tatsache, dass seit 1945 lediglich 26 Tage ohne Krieg stattfanden, bis jetzt als „netter Versuch“ angesehen werden.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Wunderwaffe 2000: Reicht ein Dutzend für den Sieg? („N-TV“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **4. Juli 2022**
wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Grenzen der Kunst: War es die BDS-Bewegung, die auf der „Documenta“ „Juden auf einem Gemälde als Schwein gedemütigt“ hat? („Jüdische Allgemeine“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

739. Bremer Montagsdemo

am 04. 07. 2022

Kurzbericht von der Montagsdemo

Diese Woche gibt es keinen Beitrag von Wolfgang; er ist im Urlaub und nicht in Bremen. Ich selbst konnte auch nicht teilnehmen, weil ich am Vormittag in der Straßenbahn bei einer scharfen Bremsung gestürzt war und nicht laufen konnte. –

Jobst Roselius

Die Montagsdemo am 4. Juli 2022 hat stattgefunden, wie üblich zwischen 17:30 und 18:30 Uhr. Die Teilnehmerzahl war nicht deutlich kleiner als in den Monaten vorher. Die Lautsprecheranlage wurde zum Marktplatz transportiert. Genügend Teilnehmer, die sich ans Mikrofon trauten, waren auch vorhanden. – *Marcus*

Die Schilder „Weg mit Hartz IV“ und das große Banner waren vorhanden. Ein Kollege, der es oft zusammen mit Jobst hält, hat ihn durch einen Poller ersetzt. Das soll jedoch nicht heißen, dass Jobst so einfach durch einen solchen zu ersetzen ist! Es wäre schon wesentlich besser, wenn er wieder persönlich dabei sein kann. Wir wünschen ihm gute und schnelle Erholung!

Aus der schon länger aufgelösten Oldenburger Montagsdemo-Gruppe waren eine Frau und ein Mann dabei, die musikalische Einlagen mit Gitarre und Gesang gebracht haben, das kommunistische Songduo „Uisge und die Lilarote“. Außerdem waren viele Touristen da. Zum Schluss kreuzte noch eine Gruppe um den Bürgermeister mit seinem Ehrengast den Marktplatz: Fürst Albert II. von Monaco war eingeladen zur 15. Weltkorallenriffkonferenz. – *Helmut Minkus*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **1. August 2022**
wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Harte Zeiten: „Die gefühlte Inflation liegt derzeit
bei knapp 18 Prozent“ („*Spiegel*“)

Stärkster Umsatzeinbruch seit 1994: „Rückgang ist vermutlich vor allem den gestiegenen Preisen für Lebensmittel geschuldet“ („*Spiegel*“)

„Regelsatz wird Anfang 2023 um 40 bis 50 Euro erhöht“: Die sogenannte Berechnung „hinkt der Preisentwicklung zu sehr hinterher“ („*Tagesschau*“)

Nachfragelücke: „DIW-Chef Fratzscher verlangt von der Bundesregierung, um-

gehend die Sozialleistungen um 100 Euro pro Person und Monat dauerhaft zu erhöhen“ („*Spiegel*“)

Wunderwaffe kaputt: „Panzerhaubitze 2000“ muss nach jedem Schuss erst eine Viertelstunde lang abkühlen („*N-TV*“)

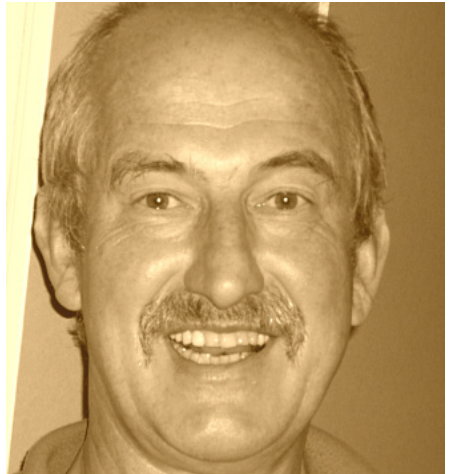
www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

740. Bremer Montagsdemo

am 01. 08. 2022

Wofür der Ukrainekrieg alles gut ist

Heute vor 108 Jahren, am 1. August 1914, begann der Erste Weltkrieg mit der Kriegserklärung Deutschlands an Russland. Es ist erstaunlich, dass dieser Tage nicht oder fast nicht daran erinnert wird. Denn die Vorgeschichte und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs haben starke Parallelen zur heutigen akuten Gefahr eines Dritten Weltkriegs. 1914 hatten die imperialistischen Großmächte bereits jahrelang auf den Krieg hingearbeitet, um sich gegenseitig Länder, Kolonien, Einflusssphären, Rohstoffe und Absatzgebiete abzujagen, und dazu eine chauvinistische Welle entfacht.



Alle sozialistischen Parteien der Welt hatten sich auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1912 in Basel verpflichtet, alles zu tun, um einen Krieg zu verhindern und, sollte er trotzdem kommen, sich in ihren Ländern dafür einzusetzen, ihn in die sozialistische Revolution zum Sturz der Regierung umzuwandeln. Aber nur die russische Sozialdemokratische Partei hielt sich daran. In anderen Ländern, wie in Deutschland, mutierte die SPD zur chauvinistischen Kriegspartei. Nur Karl Liebknecht stimmte im Reichstag gegen die Kriegskredite.

Auch im jetzigen Ukrainekrieg geht es allen beteiligten Mächten – Russland auf der einen, die Nato-Staaten mit den USA und der EU auf der anderen Seite – um Ausdehnung ihrer Weltmachtstellung. Beide Seiten wollen dazu unbedingt die reiche Ukraine mit ihren Bodenschätzen, dem bestem Ackerboden und den wichtigen Häfen am Schwarzen Meer. Von beiden Seiten ist es ein ungerechter Krieg. Sowohl in Russland als auch in der Ukraine herrscht ein faschistoides Regime, wird gegen jegliche Opposition brutal vorgegangen.

Natürlich hat das ukrainische Volk das Recht, sich zu verteidigen. Aber die Freiheit bringen nicht Selenskyi oder die Nato. Wir müssen dafür eintreten, wie es auf dem Sozialistenkongress 1912 verabredet worden war, dass nicht Arbeiter auf Arbeiter schießen. Denn wie zwei Schnellzüge, die ungebremst aufeinander zu rasen, entwickelt sich momentan die Vorbereitung auf den Dritten Weltkrieg. Die „Zeitenwende“, von der Scholz sprach, ist nichts anderes als eine Strategieänderung, alles der Vorbereitung dieses Dritten Weltkriegs unterzuordnen.

Inzwischen findet bereits eine regelrechte psychologische Kriegsführung statt. Baerbock bedauert die „Kriegsmüdigkeit“ der Deutschen. Mit der Drohkulisse, dass Putin den Gashahn zudreht, mit extremen Gaspreiserhöhungen, Frieren im Winter – Bürgermeister Bovenschulte will in Bremen Wärmestuben errichten – werden wir auf das Bringen von Opfern eingestimmt, die wir für die Freiheit der Ukraine zu bringen hätten. Warum wird eigentlich nicht die Pipeline Nord Stream 2 genutzt, wenn durch Nord Stream 1 während der Revision kein oder weniger Gas fließt? Ist das anderes Gas, schlimmeres?

Stattdessen wird hochgiftiges Fracking-Gas aus den USA geordert, bei dessen Förderung Grundwasser und Natur unwiderbringlich geschädigt werden. Habeck und die Grünen setzen sich für den Bau von Flüssiggasterminals in Wilhelmshaven, Lubmin, Brunsbüttel und Stade ein. Gerade Stade! Dafür wird nochmals die Elbe vertieft, und es entsteht unmittelbar in der Nähe des abgeschalteten AKW. Wenn es zu einer Gasexplosion kommen sollte, fliegt das gleich mit in die Luft, aber das ist alles kein Problem für den „Grünen“ Habeck. Die Grünen sind nicht nur die Kriegstreiber-Partei Nummer 1 sondern auch Umweltzerstörer Nummer 1 geworden.

Mit den Scheichs und Emiren von Saudi-Arabien und Katar hat Habeck auch „richtig gute Demokraten“ als Partner, im Vergleich zum bösen Putin. Auch mit den Sanktionen wird es nicht klappen: Nur gut 50 Staaten haben sich angeschlossen. Gerade viele der neuimperialistischen Staaten wie Indien, Indonesien oder die Türkei beteiligen sich nicht. Indien und Saudi-Arabien verdoppelten ihre Rohölimporte aus Russland im zweiten Quartal und verkaufen dann ihr eigenes Öl an die EU. Auch hierzulande gibt es Kriegsgewinnler: Die BASF-Tochter Wintershall/DEA steigerte ihren Reingewinn im zweiten Quartal um 27 Prozent auf 2,1 Milliarden Euro. Aber wir sollen die Opfer bringen!

Kanzler Scholz beziehungsweise seine Regierung hat beschlossen, das Recht dahingehend zu ändern, dass die Unternehmen auch bei bestehenden Gaslieferverträgen ermächtigt werden, vertragswidrig die Preise anzuheben. Im Raum stehen fünf Cent Kilowattstunde, was für eine Familie locker 1.000 Euro im Monat ausmachen kann. Klar ist auch, dass die Industrie vorrangig beliefert werden soll, wenn das Gas knapp wird. Jetzt soll nach dem Willen der Monopole auch bei den drei noch laufenden Kernkraftwerken die Laufzeit verlängert werden. Monopolvertreter und ihre Speichellecker in CDU und FDP fordern die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Kernkraftwerke beziehungsweise deren Neubau.

Für was der Ukrainekrieg alles gut ist! Und der grüne Habeck und die grüne Baerbock sind für all das offen! Deutschland ist nicht nur durch die Lieferung schwerer Offensivwaffen wie Panzer und Haubitzen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten daran zur Kriegspartei geworden, sondern auch durch diese psychologische Kriegsführung. Kaum ein Tag vergeht, wo nicht ein Offizier im Fernsehen die Lage erklärt. Kritische Kommentare sind Mangelware. Die Bundeswehr sucht Schulen auf, die Medien sind nahezu gleichgeschaltet. Doch es regt sich auch Widerstand.

In Italien und Griechenland streikten Hafenarbeiter und blockierten Waffenlieferungen. Auch in Deutschland und Großbritannien nehmen wegen der hohen Inflation die Arbeiterkämpfe für höhere Löhne zu. Die Inflation ist ökonomisch ganz im Interesse der Regierung: Je höher der Preis, desto höher der Anteil der 19-prozentigen Mehrwertsteuer. Die Leipziger Montagsdemo fordert: Keine Nebenkosten-Nachzahlung für Einkommen von 2.000 Euro oder weniger! Die „Widerstandsgruppe“ von MLPD und Rebell in Leipzig hat beschlossen, am „Tag X“ zu demonstrieren, wenn die erste Gas- oder Stromsperre gegen Mieter verhängt wird.

Wir fordern: Abschaffung aller indirekten Steuern, besonders der Mehrwertsteuer, mit der der Staat von explodierenden Gaspreisen 19 Prozent kassiert! Abschaffung von Gassteuer und Kohlendioxid-Bepreisung! Kampf um kräftigen Lohnnachschatz und Tarifsteigerungen! Keine Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten auf die Bevölkerung! Diesem System keinen Mann und keinen Cent! Der Erste Weltkrieg zwischen Deutschland und Russland wurde durch die Oktoberrevolution 1917 beendet, für Deutschland durch die Novemberrevolution 1918. Aktiver Widerstand gegen die Vorbereitung eines Dritten Weltkriegs! Verhindern wir den Dritten Weltkrieg durch die Stärkung der Kräfte für den Sozialismus!

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Der „Demokratieindex“ des „Economist“ setzt die Ukraine als „Hybridregime“ auf Platz 86, Russland hingegen als „autoritäres Regime“ nur auf Platz 124 (von 167). Es gibt also in den Punkten „Wahlprozess und Pluralismus, Funktionsweise der Regierung, politische Teilhabe, politische Kultur, Bürgerrechte“ deutlich sichtbare, benennbare Unterschiede zwischen beiden Ländern, die zur Einordnung in verschiedene Kategorien berechtigen. Deshalb klingt für mich erneut deine Gleichmacherei unfair: „Sowohl in Russland als auch in der Ukraine herrscht ein faschistisches Regime, wird gegen jegliche Opposition brutal vorgegangen.“ Ich meine, das verharmlost die Täterseite, die einen Angriffskrieg führt, und verleumdet die Opferseite. Weiter vergleichst du den aktuellen Waffengang mit der Entwicklung hin zum Ersten Weltkrieg, ich mit jener zum Zweiten: mit dem Einmarsch Deutschlands in Polen. Daher fehlt mir immer noch die Antwort auf meine Beiträge von Mitte Juni und Anfang Mai.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos, Webmaster Bremer Montagsdemo)

Wir hatten ja einen relativ ausführlichen Gedankenaustausch zum Charakter des Ukrainekriegs. Jetzt schreibst du, dass dir immer noch die Antwort auf zwei Beiträge fehlt. Du hattest sie ja, soviel ich weiß, auch an die Redaktion der „Roten Fahne“ geschickt. Meiner Ansicht nach sind diese Fragen weitgehend ausdiskutiert.

Dass du nun als „Beweis“, dass Selenskyi kein so schlimmer Faschist wie Putin ist, die Rangfolge im Demokratieindex anführst, ist ein eher schwaches Argument. Und deine Hoffnung, „angesichts der Verfolgungsgeschichte seines jüdischen Volkes unterstelle ich Selenskyj die notwendige Sensibilität für die faschistische Gefahr“, umso mehr. Ist denn die Politik der israelischen Regierung gegenüber dem palästinensischen Volk weniger rassistisch, weil sie dem jüdischen Volk angehört?!

Tatsache ist, dass in der ukrainischen Armee das offen faschistische Asow-Regiment anerkannter und geehrter Teil ist, dass sämtliche bürgerlichen Rechte und Freiheiten außer Kraft gesetzt sind und eine Medienzensur stattfindet. Unlängst wurde die ukrainische Regierung von „Amnestie International“ gerügt, dass sie gegen das Völkerrecht verstoße, weil sie die Zivilisten in Krankenhäusern und Schulen als Schutzschilde benutzt. Vielleicht, ja sogar sicher, ist der faschistische Charakter des russischen Regimes noch ausgeprägter.

Aber darum geht es doch gar nicht, um den Krieg beurteilen zu können: als einen von beiden Seiten zutiefst ungerechter Krieg. Und die Hauptseite, auf die du gar nie eingehst, ist, dass sich die Welt immer schneller auf einen Dritten Weltkrieg zu bewegt, der von allen Imperialisten vorbereitet wird und dessen psychologische Kriegsführung längst begonnen hat. Wir sollten alles tun, damit Schluss gemacht wird, dass Arbeiter auf Arbeiter schießen. Das Selenskyi-Regime vertritt nicht die Interessen des ukrainischen Volkes, sondern seiner Oligarchen-Monopolherrscher.

Ein imperialistisches Land braucht auch keine faschistische Regierung, um diese Politik zu verfolgen. Faschismus ist nur eine der Herrschaftsformen des Kapitalismus/Imperialismus – wenn auch seine offen barbarischste. Du ziehst lieber den Vergleich zum Zweiten als zum Ersten Weltkrieg. Der Unterschied ist: Im Zweiten Weltkrieg gab es die sozialistische Sowjetunion. Mit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion änderte sich der Charakter des Krieges: vom rein imperialistischen, ungerechten Krieg zum Verteidigungskrieg des Sozialismus.

War es vorher richtig, sich in den imperialistischen Staaten für die Revolution und damit die Niederlage der eigenen herrschenden Klasse einzusetzen, ging es ab 1941 darum, eine antifaschistische Einheitsfront gegen Hitlerdeutschland zu bilden, was dann ja auch (eine Zeitlang) gelang.

Ich möchte dich herzlich einladen, an den Feierlichkeiten „**40 Jahre MLPD**“ in **Gelsenkirchen** vom **26. bis 28. August 2022** teilzunehmen, wo es interessante Veranstaltungen und Diskussionsrunden gerade auch zu diesem Thema gibt. Wir fahren am **Freitag**, dem **26.**, um **13:07 Uhr** mit dem Neun-Euro-Ticket hin. Übernachtung kostet zwei Euro. Für die Verpflegung gibt es bei niedrigem Einkommen 50 Prozent Ermäßigung. Sag Bescheid, wenn du mit willst!

Wolfgang Lange

Am Schüren von Endzeitstimmung („Dritter Weltkrieg!“) möchte ich mich nicht beteiligen, weil es genau das wäre, was Putin sich von mir wünschen würde. Und ich finde, jede noch so kunstvolle Argumentation („Kriegscharakterveränderung“) fällt in sich zusammen, wenn sie die absurde Folgerung stützen soll, der Ukrainekrieg sei „von beiden Seiten ungerecht“, weil diese Formel unmittelbar den faschistischen Aggressor Russland entlastet. Der faschistische Charakter der russischen Staatsführung wiederum zeigt sich unmittelbar in der Bereitschaft, mit einem unprovozierten Angriffskrieg Völkerrecht und Menschenrechte und damit Jahrtausende menschlicher Zivilisationsentwicklung ins Feuer zu werfen. Faschistische Aggression, das hat der Zweite Weltkrieg bewiesen, kann nicht besänftigt und wegverhandelt, sondern nur mit Waffengewalt gestoppt werden. Die Kriegsschuld-Umverteilung zulasten der Opferseite ist für mich eine Ungeheuerlichkeit.



Der Ukrainekrieg ist nicht „von beiden Seiten ungerecht“, weil niemand für den Sozialismus kämpft, sondern er ist seitens der Ukraine und der Nato gerecht, weil der Antifaschismus diesen Kampf erfordert, um Völkerrecht und Menschenrechten Geltung zu verschaffen. Die Ukraine kann auch nicht in nationalistischem Übermut Russland angreifen, weil sie dadurch ihren Munitions- und Waffennachschub aus westlichen Ländern gefährden würde. Die Ukraine hat allen Nato-Auflagen zugestimmt und in Brüssel verlangt, sich allen Gesetzen der EU unterwerfen zu

dürfen. Es gab zuvor eine parlamentarische Mehrheit für die Aufnahme der EU-Mitgliedschaft als Staatsziel in die Verfassung.

Niemand will sein Leben für die Raubgüter der Oligarchen einsetzen. Die Asow-Kämpfer mögen von autoritärer Herrschaft träumen, aber ich darf annehmen, dass die Mehrheit jener, die sich freiwillig in großer Zahl zum Kriegsdienst melden, ebenso wie die Mehrheit der Abgeordneten davon träumt, die Ukraine möge sich zu einer bürgerlichen, „vollständigen“ Demokratie wie der bundesdeutschen entwickeln. Es wird doch die Selbstbestimmung über ein Land verteidigt, das durch gemeinsame Sprache geeint ist, nicht dessen „Hybridregime“. Dessen Vorsteher Selenskyj ist ein Hoffnungsträger. Er hat Antisemitismus unter Strafe gestellt, die Asow-Kämpfer unter Ministerkontrolle. Er hat die Dauer des Kriegsrechts begrenzt. Er tut soweit, was der Antifaschismus erfordert.

Ungerecht erscheint der Krieg den unfreiwillig Eingezogenen, deren Anteil auf russischer Seite so hoch ist wie der behauptete Kriegsgrund verlogen. Die angebliche Nazi-Hochburg Ukraine hatte es ja tatsächlich schon auf die Liste der „unvollständigen“ Demokratien geschafft, bevor ihr weiterer Aufstieg durch Putins Krim-Eroberung gestoppt wurde. Es ist eine polemische Entgleisung, wenn die MLDP in ihrer Analyse höhnt, mit Putins Einmarsch in die Ukraine seien jetzt Menschenrechte und Völkerrecht „schlagartig das Papier nicht wert“. Nicht mit Zynismus, sondern gerade wie in ihrer Hymne mit dem verheißungsvollen Kampfziel

Menschenrechte und Völkerrecht hat die Arbeiterbewegung die Herzen der Menschen erreicht: „Völker, hört die Signale, auf zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“

Gerolf D. Brettschneider

Deine „Jahrtausende menschlicher Zivilisationsentwicklung“ sind in Wahrheit nichts anderes als eine Geschichte von Klassenkämpfen. Bei dir spielt die Klassenfrage aber keine Rolle. Deshalb bist du nicht in der Lage, den Charakter eines Krieges zu erkennen. Und an Naivität kaum zu überbieten ist es, wie du die Gefahr eines Dritten. Weltkriegs als „Endzeitstimmung“, an der du dich nicht beteiligen willst, abtust. Die Imperialisten (Imperialismus ist das höchste Stadium des Kapitalismus – nicht irgendeine klassenneutrale Böseartigkeit) sind bereit, jedes Verbrechen zu begehen, und koste es auch das eigene Leben. Deswegen muss sich der Widerstand gegen jeglichen Imperialismus wenden – nicht nur gegen den russischen.

Wolfgang Lange

Statue enthüllt: „Es war Karl Marx, der erstmals wissenschaftlich analysierte, dass der Kapitalismus ein Krisensystem ist“ („*Spiegel*“)

Wahrung von Menschenleben



Nach dem „Demokratieindex“ liegt Deutschland als „vollständige Demokratie“ auf Platz 15, die Ukraine als „Hybridregime“ auf Platz 86. Das macht eine Differenz von 71. Der Abstand der Ukraine zu Russland auf Platz 124 als „autoritäres Regime“ ist mit 38 weit niedriger. Lässt sich hier nicht schon sprichwörtlich sagen, dass sich zwei Krähen(-regimes) gegenseitig die Augen ausstechen zulasten von großem Leid, Todesopfern und Zerstörung? Lohnt es sich, ein solches Regime zu verteidigen? Bildet nicht ein hohes Maß an ukrainischem Nationalismus die Motivation, der Russischen Föderation militärisch entgegenzutreten?

Nach diesem Index sind die USA auf Platz 26 als „unvollständige Demokratie“ zu finden. Das ist nach 246 Jahren ein bisschen wenig. Es liegt vielleicht an der

Todesstrafe oder an der Tatsache, dass zum Beispiel im Jahre 2021 1.054 Menschen von Polizisten erschossen wurden und 40.000 Tote pro Jahr durch Schießereien zu beklagen sind. Das sind schon Verluste wie in einem heißen Kriegsszenario.

Das heiße Kriegsszenario in der Ukraine könnte jedenfalls sofort beendet und stattdessen politischer Widerstand organisiert werden. Die Ukraine würde russischem Territorium zufallen, was für Energie- oder Agrarkonzerne wie Shell und Monsanto, die schon einen Fuß in der Tür der Ukraine hatten, sicherlich verdrießlich wäre. Ich bleibe jedoch dabei, dass der Wahrung von Menschenleben allerhöchste Priorität gilt.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Hoffentlich müssen wir uns diesen Namen nicht merken: Wahrscheinlicher als ein atomarer Weltkrieg ist ein GAU der beschossenen Reaktoren von Sapodingsda („*Spiegel*“)

Razzia bei Trump: Gescheiterter faschistischer Putschist bunkert Geheimdokumente über Nuklearwaffen in seinem Schreibtisch („*Washington Post*“)

Abschalten, jetzt erst recht: Die letzten Sicherheitsüberprüfungen der deutschen Atomkraftwerke fanden vor 13 Jahren statt („*Spiegel*“)

Das „Bremer Friedensforum“ lädt anlässlich des Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima ein zur **Kundgebung am Samstag, dem 6. August 2022, um 12 Uhr auf dem Marktplatz.**

„Uisge und die Lilarote“ spielen und singen antikapitalistische Lieder bei der **Demonstration am Antikriegstag, dem 1. September 2022, ab 15:30 Uhr** beim Gewerkschaftshaus am **Bahnhofplatz.**

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **5. September 2022** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz.**

Für Jugendliche 30 Cent mehr am Tag für Lebensmittel: Das geplante „Bürgergeld“ ist nicht mehr als ein Hartz IV B („*Berliner Morgenpost*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

741. Bremer Montagsdemo

am 05. 09. 2022

Sozialproteste wurden in der Vergangenheit schon einmal diskreditiert:
Was wir von den Montagsdemos gegen Hartz IV lernen können („Jacobin“)

Das bürgerliche Völkerrecht kann nicht unser grundlegen- des Bewertungskriterium sein

Lieber Gerolf, danke für deine beiden E-Mails vom 4. Juli 2022 und vom 25. Juni 2022 zur neuen Broschüre der MLPD „Der Ukrainekrieg und die offene Krise des imperialistischen Weltsystems“. Es freut uns, dass du sie für rundum lesenswert erachtest, auch wenn du Widersprüche dazu hast.

Du schreibst zur Broschüre: *„Ich stimme mit ihr allerdings nicht überein, weil sie die Kriegsschuldfrage verwischt: Es ist klar, dass Putins Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat. Zu solch einem klaren Urteil konnte Lenin noch nicht gelangen, denn die wichtigste Grundlage des Völkerrechts, die ‚Charta der Vereinten Nationen‘, stammt erst von 1945.“*

Das Völkerrecht war ein Zugeständnis der Herrschenden an den Friedenswillen der Massen auf der ganzen Welt nach den Schrecken des Ersten und Zweiten Weltkriegs. In dieser Zeit gewann der Sozialismus enorm an Anziehungskraft, und es hatte sich ein breites antifaschistisches und Friedensbewusstsein der Massen entwickelt. Selbst die CDU musste 1947 in ihr Ahlener Programm schreiben: *„Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“*

Ein Motiv der Herrschenden war sicher auch, das Antlitz des Imperialismus vor den Augen der Arbeiter und breiten Massen, die furchtbare Zerstörung und Brutalität des imperialistischen Krieges erlebt hatten, wieder „rein“ zu waschen. Die MLPD beruft sich auch auf das Völkerrecht, wenn wir Kriege als „völkerrechtswidrig“ verurteilen, wie die militärischen Attacken der Türkei auf Rojava oder eben den Einmarsch Russlands in die Ukraine. Dennoch ist es ein bürgerlich-

demokratisches Recht und kann nicht unser grundlegendes Bewertungskriterium sein.

Lenin beurteilte Kriege folgendermaßen: „Denn der Beweis für den ... wahren Klassencharakter eines Krieges ist selbstverständlich nicht in der diplomatischen Geschichte des Krieges zu suchen, sondern in der Analyse der **objektiven** Lage der herrschenden **Klassen** in allen kriegführenden Staaten. Um diese objektive Lage darstellen zu können, darf man nicht Beispiele und einzelne Daten herausgreifen ... sondern man muss unbedingt die **Gesamtheit** der Daten über die **Grundlagen** des Wirtschaftslebens **aller** kriegführenden Mächte und der **ganzen** Welt nehmen.“ (Lenin Werke Band 22, Seite 194)

Der grundlegende Unterschied ist der, dass das **bürgerliche Recht formelles Recht ist, damit immer ungleiche Voraussetzungen formell gleich bewertet und Ungleichheit zementiert**. So schrieb Marx: „Trotz dieses Fortschritts ist dieses gleiche Recht stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportionell; die Gleichheit besteht darin, dass an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; Es (das gleiche Recht – Verf.) erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.“ (Kritik des Gothaer Programms, Marx-Engels-Werke Band 19, Seite 21) Vielleicht kennst du auch die Auseinandersetzung über die Begrenztheit des bürgerlichen Rechtes im sozialistischen China? Die Definition von Lenin dagegen nimmt offen einen Klassenstandpunkt ein, der zur **qualitativen Bewertung** der Kriegsmotive und Kriegsziele und damit Bestimmung der Schlussfolgerungen verhilft.

Von Lenin ausgehend haben wir analysiert, welche Politik dem Ukrainekrieg vorausging, und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es von beiden Seiten ein ungerechter Krieg ist. Alles, was diesem Krieg von Seiten der Nato oder der Ukraine vorausging, wird von den bürgerlichen Zeitungen aber systematisch ausgeblendet. Ohne diese Betrachtung versuchen sie, die Argumentation „wer anfängt hat Schuld“ unter den Massen zu verankern. Selbst wenn man das Völkerrecht zugrunde legt, wie du das vorschlägst, kommt man zu dem Ergebnis, dass dieser Krieg von beiden Seite ungerecht ist.

Dort heißt es: „Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele: 1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;“ (Die Charta der Vereinten Nationen)

Seit dem Zusammenbruch der sozialimperialistischen Sowjetunion wurden zunehmend Nato-Stützpunkte in Osteuropa aufgebaut, immer mehr Länder aus dem ehemaligen RGW-Block in die Nato und/oder EU aufgenommen, bis an die Grenze zu Russland heran. So wurde auch die Ukraine seit 2014 mit Hilfe der USA, Großbritannien und anderer Nato-Partner massiv aufgerüstet, ihre eigenen Militärausgaben stiegen von 3,2 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 auf 5,9 Mrd. US-\$ im Jahr 2020. Im gleichen Zeitraum steigen die Militärausgaben in den osteuropäischen Nato Ländern Ungarn von 1,2 auf 3,4 Mrd. US-\$, in Kroatien von 0,8 auf 1,4 Mrd. US-\$, in der Slowakei von 0,99 auf 2,0 Mrd. US-\$, Litauen von 0,43 auf 1,3 Mrd. US-\$, um nur mal ein paar zu nennen. Sind das etwa „*friedliche Mittel zur Bereinigung von Streitigkeiten*“? Mit der Änderung des Kriegsziels ausgehend von den USA, dass Russland den Krieg verlieren soll, wurde besonders von Nato-Seite Öl ins Feuer gegossen und die Weltkriegsgefahr verstärkt. Auch das ist völkerrechtswidrig.

All diese bürgerlichen Gesetze, Vereinbarungen, Programme und Verträge können nie das Grundgesetz, dass der Imperialismus zwangsläufig zu Kriegen führt, aufheben, sondern allenfalls einzelne Zugeständnisse in einer Phase des imperialistischen Friedens erzielen. Diese Zwangsläufigkeit zeigt sich doch am Ukrainekrieg sehr deutlich. Schon seit den 1990er Jahren war die Ukraine Gegenstand der Rivalität zwischen der USA/Nato auf der einen und Russland auf der anderen Seite. In der Broschüre heißt es dazu: „*Auch die im Vorfeld der russischen Invasion in die Ukraine zelebrierten diplomatischen Initiativen wurden weder aufseiten der Nato noch aufseiten Russlands mit der ernsthaften Bereitschaft zu Kompromisslösungen geführt. Offensichtlich war die Verschiebung der Kräfteverhältnisse an einem Punkt angelangt, an dem die gegensätzlichen imperialistischen Interessen **nur noch durch einen Krieg** ausgetragen werden konnten. Das bedeutet einen **qualitativen Sprung** von imperialistischer Friedens- zu imperialistischer Kriegspolitik.*“ (S. 16)

Du schreibst selbst: „*Es wäre magisches Denken zu erwarten, solche Vertragstexte könnten wie ein Zauberspruch einen Krieg verhindern. Ihr Zauber besteht darin, dass sie uns Orientierung geben, wer falsch und wer richtig handelt.*“ – Eben, das Völkerrecht ist in seiner Wirkung beschränkt und kann nur in Verbindung mit dem Friedenskampf und auch nur in der Verhinderung von einzelnen Kriegen, aber nie zur Verhinderung aller Kriege durchgesetzt werden. Die Arbeiterklasse ist also besser beraten, sich an Lenin zu orientieren und sich dabei das Völkerrecht in ihrem Kampf gegen imperialistische Kriege, soweit das möglich ist, zunutze zu machen. Beschränken können wir uns darauf aber nicht.

Du wendest ein, dass Russland den Angriff begonnen hat und „*ein Überfallener das Recht hat, als Opfer anerkannt (statt als ‚selber Faschist‘ diffamiert und zum Mittäter gemacht) zu werden, dass er sich verteidigen und dass er Waffenhilfe annehmen darf.*“

Du unterscheidest hier nicht zwischen der ukrainischen Arbeiterklasse und breiten Massen auf der einen und den ukrainischen Oligarchen und der Selenskyj-

Regierung auf der anderen Seite. Die Arbeiter haben selbstverständlich das Recht auf Selbstverteidigung gegen den russischen Einmarsch. Und das tun sie auch, und dabei werden sie von uns mit aller Kraft unterstützt. Aber sollen sie sich deshalb auf Seite der herrschenden Klasse in der Ukraine stellen und für deren Interessen kämpfen und sterben? Selenskyj nimmt doch keinerlei ernsthafte Rücksicht auf die eigene Bevölkerung. Warum wurde denn Mariupol so lange gehalten, statt die Bewohner zu evakuieren? In dem Asow-Stahlwerk waren neben Truppen des faschistischen Asow-Regiments auch Hunderte Zivilisten über Wochen eingeschlossen. Die sollten offenbar den Märtyrertod sterben, um die westlichen Imperialisten zu Waffenlieferungen zu zwingen. Auch hat Amnesty International nachgewiesen, dass auch die ukrainische Regierung zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser et cetera als menschliche Schutzschilde aufbaut und damit wehrlos den Angriffen aussetzt.

Deshalb heißt es in der Broschüre auch: *„Die Arbeiterklasse und die breiten Massen in der Ukraine haben jedes Recht, sich gegen die imperialistische Aggression Russlands mit der Waffe in der Hand zu wehren. Doch im Kampf für sofortigen Frieden ist diese Regierung kein ehrlicher Partner. Erst recht im Kampf für soziale Befreiung muss auch ein Sieg über die eigene Regierung, der Sturz des reaktionären Selenskyj-Regimes, errungen werden. Diesem komplizierten Zweifrontenkrieg der ukrainischen Massen gehört die volle Solidarität des proletarischen Internationalismus.“* (S.29)

Die MLPD steht ein für Waffenlieferungen für fortschrittliche Befreiungsbewegungen, aber konsequent gegen Waffenlieferungen für ungerechte Kriege. Die Bundesregierung hat keinen Finger krumm gemacht, um den kurdischen Befreiungstruppen der YPG/YPJ Waffen für den Kampf gegen den faschistischen IS zu liefern. Aber für die strategische Schwächung des russischen Imperialismus auf dem Rücken des ukrainischen Volks und zugunsten von Nato/EU/Selenskyj und Konsorten gibt es Waffen en masse. Diese Lieferungen, ebenso wie die gescheiterte Sanktionspolitik, verursachen hohe Kosten, die allesamt auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Wir lehnen das ab, weil das die Position einer reaktionären ukrainischen Regierung und der westlichen Imperialisten stärkt – aber nicht die der ukrainischen Arbeiter; weil das ein Brandbeschleuniger für die Entwicklung eines Dritten Weltkriegs ist; und weil die deutsche Arbeiterklasse weder finanziell noch mit ihrem Leben für diesen ungerechten Krieg bluten soll.

Die Broschüre weist exakt nach, inwiefern die Nato mit ihrer Osterweiterung diesen Krieg provozierte, ebenso wie wir in den Passagen oben nachweisen, dass deine Einwände in der Broschüre überzeugend behandelt werden. Ich hoffe, wir können uns hier weiter einig werden, und bin gespannt auf deine Antwort. Herzliche Grüße.

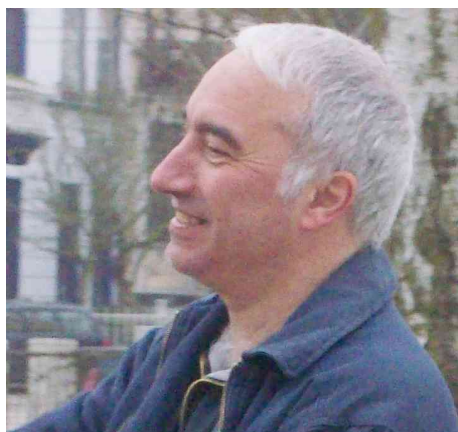
Zuschrift der Redaktion „Revolutionärer Weg“, i.A. Oskar Finkbohner

„Das heutige Russland ist eine faschistische Diktatur“: „Es begeht

in dieser Minute Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ („Spiegel“)

Wie der Ukraine-Krieg endet: Sobald nach weiteren Fehlschlägen ein Machtkampf ausbricht, braucht Putin die Reste seiner Truppen daheim („Substack“)

Der Umweltschutz darf nicht der Kriegstreiberei geopfert werden!



Was hat uns die „Ampel“-Koalition nicht alles versprochen: Im Koalitionsvertrag war die Rede von „fairen Löhnen“, von „sozial gerechten Energiepreisen“, vom „beschleunigten Ausstieg aus der Kohleverstromung“ und vom „Erhalt der Artenvielfalt als Menschheitsaufgabe“. Mit all diesen sozialen und umweltpolitischen Versprechungen wurde gebrochen. Die von Kanzler Scholz verkündete „Zeitenwende“ nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges ordnet alle gesellschaftlichen Angelegenheiten ihrer Kriegspolitik unter. Als Erstes wurden 100 Milliarden Euro Steuergelder zusätzlich für die Hochrüstung der Bundeswehr ausgegeben. Warum wird dieses Geld nicht für die Bekämpfung der Armut und für den Ausbau erneuerbarer Energien eingesetzt?

Die neue Umweltpolitik der „Ampel“ dient den Konzernen, insbesondere der Öl-, Gas-, Energie- und Autoindustrie. Woran sieht man das? Das „Flüssigerdgas-Beschleunigungsgesetz“ zielt auf den massiven Ausbau von fossilem Gas. Zwölf Anlagen und acht Leitungen sind im Norden Deutschlands geplant, die bis zum 31. Dezember 2043 genehmigt werden können. Offensichtlich ist das kein kurzfristiger Ersatz für russisches Erdgas, sondern der langfristige Einsatz von Erdgas. Das zeigt sich auch daran, dass die Kapazitäten der Flüssigerdgas-Terminals die der bisherigen Gasimporte weit übersteigen.

Die dreckigsten Braunkohlemeiler und ausrangierte Steinkohlekraftwerke gehen wieder ans Netz. Der Kohleausstieg wird auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Die Energiewende-Gegner(innen) in allen Parteien versuchen, den durch jahrzehntelange Proteste erkämpften Atomausstieg zum 31. Dezember 2022 rückgängig zu machen. Selbst Teile der Grünen-Spitze sind inzwischen zu einem sogenannten Streckbetrieb bereit. Der „Streckbetrieb“ über das Jahresende hinaus ist aber der Türöffner für einen dauerhaften, jahrelangen Weiterbetrieb von Atomkraftwerken in Deutschland.

Die bis 2030 geplanten 15 Millionen Elektro-Autos mit zusätzlich einer Million neuer Ladesäulen benötigen gigantische Mengen an Rohstoffen und Strom.

Durch den Ausbau der fossilen Energiequellen wird der Kohlendioxidausstoß massiv vorangetrieben. Statt am Individualverkehr festzuhalten ist der Ausbau und die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs das Gebot der Stunde.

Viele Menschen wünschen sich, dass der Ausbau erneuerbarer Energien viel schneller vorangeht. Aber die „Ampel“ hat im August ihr (bescheidenes) Ziel von 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien bis 2035 vollständig aufgegeben. Und der Ausbau erneuerbarer Energien wird weiter ausgebremst. Ein Beispiel dafür ist, dass jedes *popelige* Windrad ein jahrelanges Genehmigungsverfahren durchlaufen muss, während die Liquefied- Natural-Gas-Terminals im Eilverfahren und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung durchgewunken werden. Alle Maßnahmen der „Ampel“ verschärfen die Umweltkrise und beschleunigen die Entwicklung zu einer globalen Umweltkatastrophe.

Als „Umweltgewerkschaft“ treten wir für eine Gesellschaft ein, in der die Ausbeutung von Mensch und Natur beseitigt ist. Wir engagieren uns für eine starke, internationale Umweltbewegung und für die enge Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung und der neuen Friedensbewegung. Unsere nächsten Aktivitäten sind die Beteiligung am nächsten Klima-Aktionstag der „Fridays-For-Future“-Bewegung am **23. September 2022** und an der bundesweiten **Friedensdemonstration** in **Berlin** am **1. Oktober 2022** sowie die **Veranstaltung** „Der **Umweltschutz** darf nicht der Kriegstreiberei geopfert werden“ am **9. Oktober 2022** um **15 Uhr** im **Gemeindezentrum Zion**, Kornstraße 31. Alle sind herzlich eingeladen!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** findet wegen des Tages der Deutschen Einheit erst am **10. Oktober 2022** statt. Wegen des Freimarktaufbaus treffen wir uns um **17:30 Uhr** vor der „Glocke“ auf der **Domsheide**.

Gegen die Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten auf die breiten Massen!

Mit einem dritten „Entlastungspaket“ versucht die Regierung, die Massen zu beschwichtigen. Sie hat vor „sozialen Unruhen“ richtig Angst, zu Recht! Aber was da drinsteckt im Paket sind nur kleine Zugeständnisse – und fast alles nur Einmalzahlungen. Schüler, Azubis und Studierende dürfen bis 520 Euro hinzuverdienen, ohne dass es zur Leistungskürzung bei den Eltern kommt. Zeitweise gibt es weniger Sanktionen. Das „Schonvermögen“ steigt auf 60.000 Euro. Einen Heizkostenzuschuss erhalten jetzt auch Rentner. Versprochen wird eine „großzügige“

Erhöhung von Hartz IV – das dann Bürgergeld heißt – im nächsten Jahr auf 500 Euro. All das sind Tropfen auf den heißen Stein! Das reicht absolut nicht!



Wir haben eine galoppierende Inflation: Sie liegt offiziell bei knapp zehn, in Wirklichkeit schon bei circa 20 Prozent, je nach Situation auch noch höher, wenn jemand Auto fährt oder braucht und Gasheizung hat. Die „Gasumlage“ treibt die Heizkosten so extrem in die Höhe, dass 300 Euro Heizkostenzuschuss sofort verdampfen. Die „Gasumlage“ haben die Energiekonzerne direkt diktiert – und der „grüne“ Habeck springt wie ein Wasserfloh! Uniper bekommt 15 Milliarden Euro, und das bei extremen Profiten der Energiekonzerne in den letzten Jahren. Aber so

funktioniert der staatsmonopolistische Kapitalismus: Gewinne werden privatisiert, Verluste verstaatlicht, und der Staat wälzt sie dann auf die breiten Massen ab!

Wir sollen dann eben weniger duschen – am besten gar nicht mehr, wie der „grüne“ Kretschmann vorschlägt: Der Waschlappen sei ja auch eine gute Erfindung. Das alles „wegen Putin“! Den russischen Arbeitern erzählt man: „Alles wegen der Nato“. Und die Gefahr eines Dritten Weltkriegs und einer globalen Umweltkatastrophe steigt ständig, nicht nur von Russland aus, denn das Kriegsziel der Nato ist der Sieg über Russland. Europas größtes Atomkraftwerk Saporischschja mit sechs Reaktoren wurde mehrfach schwer beschossen. Von wem? Schießen die russischen Truppen, die sich darin verschanzt haben, auf sich selber? Es droht die Gefahr eines atomaren Infernos, was erneut zeigt, wie anfällig Atomkraftwerke sind – und die wollen wir jetzt weiter laufen lassen? Die Grünen haben inzwischen ihre letzten Grundsätze über Bord geworfen.

Gegen die Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten auf die breiten Massen! Widerstand gegen die Vorbereitung eines Dritten Weltkriegs! Selbständige Streiks für Lohnnachschatz! Weg mit den Hartz-Armuts-Gesetzen! „Gasumlage“ sofort zurücknehmen! Am **1. Oktober 2022** findet in **Berlin** eine bundesweite **Friedensdemonstration** statt. Gleichzeitig damit verbunden ist die diesjährige bundesweite **Herbstdemonstration** der Montagsdemos. Wer mitfahren will, kann sich gern an mich wenden. Es wird momentan noch geklärt, ob wir mit Bahn oder Auto fahren und ob die Montagsdemokasse einen Zuschuss zu den Fahrtkosten geben kann, wie teils auch in anderen Städten.

Wolfgang Lange (MLPD)

Verfassungswidrige Grundsicherung im Alter



Ich bin der Meinung, dass zum 1. Januar 2021 die Grundsicherung im Alter und auch das Wohngeld für Rentner mit geringen Einkommen knapp über der Grundsicherung verfassungswidrig geworden sind. Deshalb habe ich am 31. Juli 2021 eine Petition eingereicht, die bis heute weder auf der Petitionsseite veröffentlicht werden durfte noch entschieden wurde (Petition 125177, Aktenzeichen Pet 3-19-11-823-048359).

Es darf nicht sein, dass Rentner mit gleich hoher Rente, zum Beispiel 800 Euro Altersrente oder 790 Euro Altersrente plus zehn Euro Grundrente unterschiedlich bei den Freibeträgen aus der Gesamtrente behandelt werden! In dem beispielhaften Fall würde der Altersrentner ohne ausreichende Grundrentenzeiten keinen Freibetrag in der Grundsicherung erhalten, der andere Rentner mit zehn Euro zusätzlicher Grundrente allerdings einen Freibetrag aus der Gesamtrente von 223 Euro im Monat. Hier der Wortlaut der Petition:

„Anliegen: Gleiche Einführung verfassungsgemäßer Freibeträge für alle auf Grundsicherung angewiesenen Rentner sowie die Beendigung der Diskriminierung der Rentner, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit nicht die 33 Jahre an Grundrentenzeiten erreichen konnten.

Begründung: Seit dem 1. Januar 2021 werden bei der Grundsicherung für Rentner unterschiedliche Freibeträge aus der gesetzlichen Rente den auf Grundsicherung angewiesenen Menschen gewährt. Nur Rentnern mit mindestens 33 Jahren an Grundrentenzeiten sollen Freibeträge aus der gesetzlichen Rente von maximal 223 Euro im Monat in der Grundsicherung gewährt werden. Rentnern mit weniger Grundrentenzeiten sollen aus der gesetzlichen Rente diese Freibeträge nicht gewährt werden!

In meinen Augen handelt es sich hierbei eindeutig um eine verfassungswidrige Gesetzgebung, da Personen einer Gruppe, die Rentner in der Grundsicherung, unterschiedlich behandelt werden. Weiterhin werden auch jene Rentner diskriminiert, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit die mindestens 33 Jahre an Grundrentenzeiten nicht erreichen konnten! Auch das erscheint mir eindeutig verfassungswidrig. Hierzu muss der Gesetzgeber allen auf Grundsicherung angewiesenen Rentnern die gleichen Freibeträge gewähren, um die Diskriminierung zu beenden und die Verfassungsmäßigkeit herzustellen!

Anregung für die Forendiskussion: Darf der Gesetzgeber unterschiedliche Freibeträge aus der gesetzlichen Rente für Rentner(innen), die trotz Rente

noch auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen sind, per Gesetz beschließen, und werden Rentner(innen), die keine 33 Jahre Grundrentenzeiten erreichen, durch diese Gesetzgebung diskriminiert?“

Am 8. September 2022 erhielt ich nun mit Bezug auf mein nachfragendes „Schreiben vom 30. September 2022“ (sic) die folgende Zwischennachricht vom Sekretariat: „Ihre Eingabe habe ich den Abgeordneten, die dem Petitionsausschuss zu Ihrem Anliegen Bericht erstatten werden, zugeleitet. Nach abschließender Behandlung Ihrer Petition durch den Deutschen Bundestag werden Sie aufgefordert über das Ergebnis unterrichtet werden. Ich bitte Sie, sich bis dahin zu gedulden.“

Die Bundestagsfraktion von der „Linken“ und von den Grünen haben auf meine weitergeleitete Petition noch nicht einmal reagiert. Die Fraktion der FDP schon! Ziemlich traurig, oder?

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Hartz-IV-Regelsatz soll um 53 Euro steigen: Die Grünen halten dieses Wahlversprechen nur ein, weil die letzte Erhöhung dank einmaliger 200-Euro-Zahlung bloß drei Euro betrug („*Spiegel*“)

„Ich bin armutsbetroffen“: „Und ich will, dass dieser Pseudosozialstaat wieder ein Sozialstaat wird“ („*Spiegel*“)

Stigmatisiert statt motiviert: INES-Studie belegt schädliche Wirkung von Hartz-IV-Sanktionen („*Tagesschau*“)

Hartz IV heißt jetzt „Bürgergeld“: Aber es bleibt Armut per Gesetz („*Die Linke*“)



Charles der Überflüssige



Charles III. hat für sein bisheriges Jahreseinkommen von 98.142.939,00 Euro, das er noch als Prince Charles bezogen hat, aber außerordentlich schlechte Zähne. Die dringlich scheinende Nachholung seiner bisher versäumten Zahnbehandlungen sollte jedenfalls nicht mehr zulasten der britischen Steuerzahler gehen.

Ich möchte mich ja nicht in die Angelegenheiten des britischen Volkes einmischen. Vielleicht ergreifen sie jetzt die Gelegenheit beim Schopfe und schaffen diesen überflüssigen und teuren Tand ab.

Für uns Fantasy-Monarchisten der TV-Serie „Game of Thrones“ müsste sein Titel anders lauten: Charles der Nutzlose, erster seines Namens aus dem Hause Windsor, ehemals Sachsen-Coburg und Gotha, ehemals Hannover, König des herunter-

tergewirtschafteten Empire und des abgehängten Großbritannien, Bewahrer der Steueroasen, Beschützer der Briefkastenfirmen und Verschwender der Steuern.
Aber wir haben jetzt eigentlich andere Sorgen, denn: „Der Winter naht“.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Wir trauern um Hans-Dieter Binder

Einige von euch werden sich sicherlich noch an Hans-Dieter Binder aus Parteigründungszeiten erinnern. Hans-Dieter war ein ausgewiesener Sozialexperte und hat in dieser Eigenschaft viele Jahre lang Hartz-IV-Betroffene beraten. Gleichzeitig agierte er bis zu seiner Krankheit als unermüdlicher Aktivist der Bremer Montagsdemo, dessen Reden regelmäßig auf der Website des Landesverbands veröffentlicht worden sind.

Mit seinen profunden Kenntnissen der Sozialpolitik war er für mich persönlich stets ein wichtiger Ansprechpartner und hat sich bei der Erstellung diverser Wahlprogramme der Bremer Linkspartei als leidenschaftlicher Zuarbeiter und Korrektor erwiesen. Wie ich erst heute erfahren habe, ist Hans-Dieter bereits am 6. September verstorben. Meine tiefe Anteilnahme gilt seiner Frau Gudrun und der Familie.

Manfred Steglich („Die Linke Bremen“)

Mit eurer E-Mail habe ich vom Tod von Hans-Dieter Binder erfahren. In meinen Augen war Hans-Dieter Binder ein absolut ehrlicher Kämpfer für die soziale Gerechtigkeit und Gegner der asozialen Hartz-IV-Gesetze! Sein Tod macht auch mich traurig. Möge er in Frieden seinen endlosen traumlosen Schlaf ruhen! Mit freundlichen Grüßen von einem ehemaligen und immer noch solidarischen Mitstreiter der Bremer Montagsdemo.

Hans-Dieter Wege

Deine Stimme, die so vertraut war, schweigt.

Du, der immer für uns da warst, lebst nicht mehr.

Vergangene Bilder ziehen in Gedanken vorbei.

Erinnerungen und Dankbarkeit bleiben.

Wir müssen Abschied nehmen von meinem geliebten
Mann, unserem Papa, Opa und Schwiegervater

Hans-Dieter Binder

* 27. Januar 1947 † 6. September 2022

Du bleibst immer in unseren Herzen

Deine Gudrun

Deine Anja und Thomas

mit Finn und Bjarne

Dein Arne und Christina

mit Isa und Erik

Die Urnentrauerfeier findet statt am Dienstag,
11. Oktober 2022 um 10 Uhr in der Kapelle des
Buntentorer Friedhofes. Von freundlich zugedachten
Blumengrüßen bitten wir abzusehen.

Bestattungen VIALDIE, Westerstraße 118, 28199 Bremen

742. Bremer Montagsdemo

am 10. 10. 2022

Haben wir eine „gigantische Gaskrise“?



Seit Monaten wird auf allen Kanälen die Angst vor einem kalten Winter geschürt. Mit den Gefühlen der Bevölkerung wird gezielt Schindluder betrieben, um eine Zustimmung zum Krisen- und Kriegskurs der Regierung zu erreichen. Dazu wird die Fata Morgana verbreitet, dass eine „gigantische Gaskrise“ existiert. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Die Tanks sind im Oktober 2022 zu über 90 Prozent gefüllt. Das liegt deutlich über dem Durchschnitt der vergangenen sechs Jahre.

Damit kann der Gasbedarf für zwei Wintermonate gedeckt werden. Dazu kommen täglich zusätzlich rund 2.800 Gigawattstunden aus Norwegen, Belgien und den Niederlanden, wie die „Tagesschau“ am 7. September 2022 meldete. Sie kommt zu dem Schluss: „Reicht das Gas auch ohne Lieferungen aus Russland, um über den Winter zu kommen? Kurz gesagt, die Chancen dafür stehen gut.“ Warum wird eine „Gaskrise“ so heftig aufgebauscht?

Erstens wird damit seit Monaten die Verlängerung der Laufzeit von Kohle- und Atomkraftwerken gerechtfertigt. Alle Kohlekraftwerke haben 2018 zusammen 208 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen. Das ist ein Viertel der gesamten Menge, die in Deutschland ausgestoßen wird. Allein die Braunkohlekraftwerke stoßen in Deutschland jährlich dreimal so viel Kohlendioxid aus wie der gesamte Verkehrssektor.

Noch vor einem halben Jahr war der Kohleausstieg bis 2038 beschlossene Sache. Für die Rettung unseres Planeten ist dies natürlich viel zu spät. Jetzt kehren auch noch die schmutzigen Stromproduzenten zurück ans Netz. Ab Oktober werden insgesamt zwölf Kohlekraftwerke mit einer Leistung bis zu knapp sieben Gigawatt zusätzlich Strom für das deutsche Netz zur Verfügung stellen. Auch in Bremen geht der abgeschaltete Steinkohlemeiler von SWB wieder ans Netz. Der Kraftwerksblock 6 im Industriehafen wird Ende Oktober wieder angefahren.

Drei bereits abgeschaltete Blöcke von Braunkohlekraftwerken von RWE gehen in Nordrhein-Westfalen wieder zurück ans Netz. Der bekannte Widerstand-

sort Lützerath soll dem Boden gleichgemacht werden. Nun hagelt es Proteste: „Habeck behauptet, es brauche die Kohle unter Lützerath für die Versorgungssicherheit. Was damit eigentlich gemeint ist: RWEs Sicherheit, weiter Profit zu machen“, so die Bürgerinitiative „Lützerath lebt“. Der Kampf gegen die zu erwartende gewaltsame Räumung erfordert die bundesweite Solidarität.

Zweitens soll mit dem Märchen von der „Gaskrise“ von der Tatsache abgelenkt werden, dass eine deckende Energieversorgung mit erneuerbaren Energien möglich ist. Dieser Weg wird mit dem Rollback der Umweltpolitik durch die „Ampel“-Koalition massiv ausgebremst. Das begann schon 2021 und wurde mit der „Zeitenwende“ nach Beginn des Ukrainekriegs weiter forciert. 2021 stiegen die Treibhausgas-Emissionen um zehn Prozent, von 438 Gramm pro Kilowattstunde im Jahr 2020 auf einen Höchstwert von 485.

Verstärkt wird dies durch den vermehrten Einsatz von Kohle zur Stromerzeugung, so das Bundesumweltamt am 15. März 2022. Gleichzeitig ging der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung zurück. Das Wiederaufstarten der alten Kohlekraftwerke wird insgesamt zusätzlich 70 bis 80 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoßen. Der Ausbau der fossilen Energien und das Weiterlaufen der Atomkraftwerke verdrängen die erneuerbaren Energien aus dem Stromnetz.

Drittens lässt die „Gaskrise“ die Börsenspekulanten jubeln: Die Bundesrepublik kauft zu jedem Preis Gas auf dem Weltmarkt ein, und die Preise schießen ebenso wie die Gewinne in die Höhe. Bei Exxon explodierten die Gewinne vom zweiten Quartal 2021 zum zweiten Quartal im Folgejahr von 4,7 auf 17,9 Milliarden Dollar, bei BP von 3,1 auf 9,3 Milliarden. RWE konnte allein im ersten Halbjahr 2022 seinen Gewinn auf 2,1 Milliarden Euro verdoppeln. Das sind die Gewinner der sogenannten „Gaskrise“ – und die Masse der Bevölkerung soll die Zeche bezahlen! Nicht mit uns!

Viertens soll das Schüren von Angst vor einem kalten Winter auch dazu dienen, dass die Bevölkerung der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine zustimmt. Die staatlichen Medien, mit der „Tagesschau“ an der Spitze, stellen ihr Krisengejammer nicht ein: „Wenn der kommende Winter also gesichert scheint, gibt es für den übernächsten Winter 2023/24 noch große Unsicherheiten.“ Damit soll schon jetzt die Tür geöffnet werden für eine jahrelange Nutzung von Kohle und Atom.

Der Ausbau erneuerbarer Energien zusammen mit Energieeinsparungen, Effizienzmaßnahmen und dem Einsatz von Speichertechnologien ist der einzige Weg, Treibhausgas-Emissionen im Energiesektor schnell und dauerhaft zu senken. Atomkraft und fossile Brennstoffe sind keine Brücke in das Zeitalter der Erneuerbaren. Sie sind das Ufer, das wir schnellstmöglich verlassen müssen, wenn wir unsere Lebensgrundlagen erhalten wollen.

Der Kampf gegen die fossilen Energien und der konsequente Kurs auf 100 Prozent erneuerbare Energien erfordern den Zusammenschluss der Arbeiter-, Jugend-, Friedens- und Umweltbewegung! Eine gute Gelegenheit ist die gemein-

same **Kundgebung zum Weltklimatag am Samstag, dem 12. November 2022.**
Kommt um **13 Uhr zum Marktplatz** in Bremen!

Ich schlage auch vor, dass wir die nächste Montagsdemo mit einer Schweigeminute beginnen für Mahsa Amini und die mutigen Frauen im Iran und für alle Opfer von Krieg und Faschismus. **Solidarität mit den Massenprotesten im Iran!** Die brutale Ermordung der jungen Kurdin Mahsa Amini wurde zum Ausgangspunkt für Massenkämpfe im Iran. Diese richten sich gegen die faschistische Mullah-Diktatur.

Die Menschen kämpfen mutig für Freiheit und Demokratie, für die Rechte der Frauen – und gegen die brutale Unterdrückung, Diskriminierung und Ermordung von Frauen im Iran. Über 200 Protestierende wurden inzwischen ermordet, viele Menschen verletzt und verhaftet. Das geht uns alle an! Die Menschen im Iran brauchen unsere Unterstützung! Darum ruft die Bremer Montagsdemo gemeinsam mit iranischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und der „Bremer Stadtfrauenkonferenz“ auf: Kommt alle zur **Protestkundgebung am 7. November 2022 um 17:30 Uhr zur Domsheide**, vor die „Glocke“!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Rücknahme der Gasumlage, ein Erfolg auch der Montagsdemos



Am 6. September 2022 ist **Hans-Dieter Binder** verstorben – einen Tag nach unserer letzten Bremer Montagsdemo, deren Mitbegründer er war. Seine zahlreichen klugen Beiträge, seine wertvolle Unterstützung und die Begleitung vieler Hartz-IV-Betroffener: All das wird uns fehlen. Wir trauern mit seiner Frau Gudrun und seiner ganzen Familie. Im Gedenken an Hans-Dieter bitte ich um eine Schweigeminute. –

Zur Wahl in **Niedersachsen**: Die SPD feiert, dass sie mit 33,4 Prozent stärkste Kraft wurde. Aber bei nochmals geschrumpfter Wahlbeteiligung verloren CDU und SPD jeweils massiv an Stimmen. Sieger sehen anders aus! Die stärkste „Partei“ wurde jene der Nichtwähler. Die FDP flog mit nur noch 4,7 Prozent gleich ganz aus dem Landtag. Herzlichen Glückwunsch! Lediglich die Grünen konnten mit 14,5 Prozent zulegen, wenn auch weitaus weniger als noch vor Kurzem prognostiziert – und die AfD mit nunmehr 10,9 Prozent.

Das ist allerdings besorgniserregend. Viele Wähler der AfD erkennen nicht, dass diese Partei die Aufgabe hat, Wegbereiter des **Faschismus** zu sein. Die Demagogie zum Beispiel von Parteichef Chrupalla verfängt, zum Teil jedenfalls. So tut er, als ob er gegen den Krieg in der Ukraine wäre, und warnt eindringlich vor einem Dritten Weltkrieg, auf den wir ungebremsst zusteuern, womit er Recht hat. Er zieht aber daraus den Schluss, Deutschland müsse viel stärker aufrüsten.

Die 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ und zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt sind ihm viel zu wenig. Er will Deutschland zur Supermacht machen – auf Kosten aller anderen Völker, gegen die er hetzt. Wehret den Anfängen! Mit Faschisten gibt es keine Gemeinsamkeit. Deswegen werden wir auch weiterhin keine gemeinsamen Demonstrationen mit AfD-Anhängern machen. Und wenn sie noch so sehr sich sozial und friedliebend geben – es sind Wölfe im Schafspelz!

Deswegen war es auch richtig, dass die bundesweite Montagsdemo ihre Herbsdemonstration am 1. Oktober 2022 in Berlin nicht zusammen mit diesen Leuten durchgeführt hat. Unser Motto an diesem Tag war: „Wir zahlen nicht für eure Kriege – wir stehen gegen eure Kriege auf!“ Trotz Dauerregen waren 1.300 Menschen zur kämpferischen Demo gekommen. Ein Höhepunkt war die Besetzung einer belebten Kreuzung. Stolz wurde die inzwischen erfolgte Rücknahme der Gasumlage als Erfolg gerade auch der Montagsdemos gefeiert. Am Tag darauf wurde eine „Neue Friedensbewegung gegen Faschismus und Krieg“ gegründet.

Der Krieg in der **Ukraine** eskaliert immer weiter. Der ukrainische Präsident Selenskyi forderte letzte Woche sogar einen „atomaren Präventivschlag“ gegen Russland. Putin wiederum drohte unverhüllt mit dem Einsatz von Atomwaffen. Die USA haben in Deutschland, in Büchel, nach wie vor Atomwaffen stationiert. Die Bundeswehr wird momentan auf neue Atomwaffen-Trägerflugzeuge umgerüstet. Noch in diesem Oktober beginnt ein Nato-Manöver, bei dem der Einsatz von Atomwaffen geprobt wird.

Ein Atomkrieg muss unter allen Umständen verhindert werden! Selbst wenn „nur taktische“ Atomwaffen eingesetzt würden, wären die Folgen verheerend. Nicht nur der Tod von Hunderten Millionen Menschen sofort, sondern auch durch den folgenden „atomaren Winter“ würden Ernteausfälle und Hungersnöte Millionen dahinraffen. Eine neue Friedensbewegung muss sich gegen alle Imperialisten richten: Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen! Verbindlicher Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen!

Das imperialistische Weltsystem befindet sich in einer tiefen Krise. Im Iran steht das Volk auf gegen das faschistische Mullah-Regime. Todesverachtung hat die Massen ergriffen. In Südafrika streiken die Hafenarbeiter. Die „Neue Friedensbewegung“ wird dann Erfolg haben, wenn sie sich nicht nur gegen alle Kriegstreiber richtet, sondern auch aktiv für die Überwindung des imperialistischen Weltsystems einsetzt. Der Imperialismus führt zum Weltkrieg – oder die internationale Arbeiterklasse erkämpft die sozialistische Revolution!

Die MLPD führt am **Samstag, dem 29. Oktober 2022**, eine Veranstaltung durch zum **Ukrainekrieg**, der Gefahr eines Dritten Weltkriegs und wie wir ihn verhindern können. Es wird einen **Vortrag** mit anschließender Diskussion geben zur Neuerscheinung „Der Ukrainekrieg und die offene Krise des imperialistischen Weltsystems“ (Autoren: Stefan Engel, Gabi Fechtner und Monika Gärtner-Engel). Dazu möchte ich euch ganz herzlich einladen! Die Veranstaltung beginnt um **16 Uhr** und findet statt im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11a, Bremen-Neustadt.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **7. November 2022** wieder um **17:30 Uhr**, wegen des Freimarkts aber vor der „Glocke“ auf der **Domsheide**.

„Ich prügel ihn aus dem Haus“: Vor Donald Trumps abgesagtem Marsch aufs Kapitol war Nancy Pelosi zum Äußersten bereit („*Raw Story*“)

„Wir haben jedes Mal Meldung erstattet“: „Wenn man die Teströhrchen öffnet, kommen die Viren ohne Schatten und gehen ohne Spur“ („*Raw Story*“)

„Die Party ist vorbei“: Italiens Neofaschisten-Regierung verbietet „illegale“ Versammlungen mit über 50 Personen – außer sie feiern Mussolini („*Raw Story*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

743. Bremer Montagsdemo

am 07. 11. 2022

Revolutionäre Gärung im Iran

Heute soll auf der Montagsdemo die Solidarität mit dem Arbeiter- und Volksaufstand im Iran im Mittelpunkt stehen. Dazu begrüße ich ganz herzlich auch die Genossinnen und Genossen aus dem Iran! Ich zähle über 60 Personen und sehe viele, die sonst nicht zur Montagsdemo kommen. Inzwischen sind mehrere Hundert Menschen im Iran vom Regime umgebracht worden – aber der Kampf gegen das faschistische Mullah-Regime konnte dadurch nicht gebrochen werden. Im Gedenken an die gestorbenen Kämpferinnen und Kämpfer bitte ich um eine Schweigeminute. –



Was hierzulande kaum zu sehen ist – und kaum in den Nachrichten kommt – sind die Kämpfe der Arbeiter im Iran, vor allem in der Chemieindustrie, den Raffinerien und der Stahlindustrie. Immer mehr wird der Ruf nach Sozialismus laut, denn die Menschen wollen nicht zurück zum Schah-Regime, von einer faschistischen Diktatur in eine andere. Von größter Bedeutung ist die internationale Solidarität! Kein Kampf darf jemals allein bleiben! Hoch die internationale Solidarität! Jin, Jiyan, Azadi – Frauen, Leben, Freiheit!

Es gibt einen Zusammenhang zwischen der revolutionären Gärung im Iran und den weltweiten Kämpfen gegen den Krieg in der Ukraine. In der ganzen kriegsgeschüttelten Welt haben diese Kämpfe einen Aufschwung genommen, auch in Russland: Hier haben sich bewaffnete Widerstandsgruppen gegen das Putin-Regime herausgebildet, die unter anderem Sabotage gegen Militärtransporte organisieren und gegen die Zwangsrekrutierung vorgehen, und die nicht etwa für die Nato oder die Ukraine kämpfen, sondern für die Niederlage ihrer eigenen Regierung. Hier wie dort gilt: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Auch in der Ukraine gibt es aktiven Widerstand gegen das Regime. Der Ukrainekrieg ist ein von allen Seiten ungerechter, imperialistischer Krieg. Die Verteidigungsausschuss-Vorsitzende Strack-Zimmermann (FDP) wettert gegen die Schweiz, seit diese die Ausfuhr von Panzermunition für die deutschen „Gepard“-Panzer in der Ukraine verboten hat, weil sie neutral ist und das auch blei-

ben will: „Es ist an der Zeit, dass Deutschland nicht länger von Ländern wie der Schweiz abhängig ist.“

Ich denke, es ist an der Zeit, dass wir nicht mehr von Gestalten wie Strack-Zimmermann abhängig sind und dass die Menschheit nicht mehr von imperialistischen Machthabern drangsaliert werden kann – ob in Russland, dem Iran, der Ukraine, den USA, China oder Deutschland. Der Imperialismus ist das verbrecherische System, das zu Hunger, Krieg und Umweltzerstörung führt. Alle Imperialisten, auch Deutschland, sind zur direkten Vorbereitung eines Dritten Weltkriegs übergegangen! Alle Kämpfe dagegen müssen zusammenfließen! Und wir können und müssen voneinander lernen!

Am Samstag waren 100.000 Menschen in Italien auf der Straße, für sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine. Aufgerufen hatten Gewerkschaften und Friedensinitiativen. Aktiver Widerstand gegen die Vorbereitung eines Dritten Weltkriegs! Sofort wurde der tragische Tod einer Radfahrerin, die in Berlin von einem Betonmischer überfahren wurde, zum Anlass genommen, jeglichen aktiven Widerstand, wie Straßenblockaden, zu kriminalisieren.

Von Steinmeier bis Söder fordern sie Haftstrafen für Demonstranten, die Kreuzungen besetzen. Man soll sich gefälligst ruhige Plätze aussuchen! Im Kopf haben sie dabei wohl auch noch Bilder wie die Besetzung der Rheinbrücke von Krupp-Stahlarbeitern oder den Marsch der Daimler-Arbeiter auf der Autobahn von Esslingen nach Stuttgart. Auch hier werden sich die Arbeiter und Volksmassen nicht auf stille Plätze verkriechen, wenn die Zeit reif ist! –

Zum 1. Januar 2023 bekommt nun Hartz IV den neuen Namen „Bürgergeld“. Abgesehen von der Erhöhung um 53 Euro, was angesichts der extremen Inflation viel zu wenig ist, werden die wenigen erwogenen Verbesserungen jetzt Stück für Stück wieder zurückgenommen. So sollten die Heizkosten zwei Jahre lang vom Amt übernommen werden, jetzt nur noch in „angemessener“ Höhe. Was die Regierung darunter versteht, hat sie ja schon gesagt: zwei Pullover an und Heizung runter! Auch die 60.000 Euro Schonvermögen sollen nicht mehr gelten, und es soll wieder Sanktionen geben. Die CDU fordert sogar wieder die vom Verfassungsgericht verworfene 100-Prozent-Kürzung. Das „Bürgergeld“ ist ein Beschiss: Die Hartz-Armutsgesetze müssen komplett weg!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Bürgergeld“ im Bundesrat durchgefallen: Gibt es statt 502 Euro ab Silvester nochmals einmalig 100 Euro zum Valentinstag? („*Merkur*“)

CDU fordert härtere Sanktionen bei der Existenzsicherung: Aber ein geprügelter Hund ist kein Bürger mehr („*Junge Welt*“)

Maga-Faschisten bei US-Zwischenwahl durchgefallen: Neigt sich nun auch die neoliberale Ära dem Ende zu? („*Raw Story*“)

Für Frieden – kein Rollback im Umweltschutz!



Vom 6. bis 18. November 2022 treffen sich die Regierungen der Welt anlässlich der UN-Klimakonferenz in der Wüste im faschistisch regierten Ägypten. Anlässlich dieses Treffens rufen wir alle friedensbewegten Menschen und alle, denen aus vielfältigen Gründen der Umweltschutz am Herzen liegt, die Nein sagen zu einer Politik der Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten auf: Beteiligt euch am **Weltklimaaktionstag**, dem **12. November 2022**, an den Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen!

Gemeinsam eine lebenswerte Zukunft erkämpfen! Jetzt 100 Prozent erneuerbare Energien durchsetzen!

Das ist nötig, denn die Welt bewegt sich auf den Abgrund eines Atomkriegs und eine Klima- und Umweltkatastrophe zu. Die „Ampel“-Regierung befeuert diese Richtung nun mit all dem, was wir schon glaubten überwunden zu haben: Atomkraftwerke, Fracking, LNG-Gas, Kohlekraft. So schnell und nachhaltig hat sich noch keine Regierung von ihren Wahlversprechen verabschiedet. Wir sind nicht bereit, das hinzunehmen und die Welt den Profiteuren von Krieg und Umweltzerstörung zu überlassen. Eine lebenswerte Zukunft muss erkämpft werden!

Die radioaktive Verseuchung der Erde ist jetzt schon eine Menschheitskatastrophe, die noch unsere Urenkel vergiften wird. Der Weiterbetrieb deutscher Atomkraftwerke ist völlig unnötig, blockiert den Ausbau der erneuerbaren Energien und kann die Krise der französischen Atomindustrie nicht lösen. Deutschland exportiert Strom in großem Stil. Die drei deutschen Kernkraftwerke könnten alle abgeschaltet werden, ohne dass das Stromnetz zusammenbricht. Durch den Weiterbetrieb müssen nun Windräder abgeschaltet werden, um das Stromnetz nicht zu überlasten.

Mindestens 28 schwere Atomunfälle und drei Super-GAUs gab es weltweit in Kernkraftwerken. Sicher ist an der Atomkraft nur, dass sie unbeherrschbar ist. Die zivile Atomkraft war schon immer der Steigbügelhalter ihrer militärischen Nutzung. Bereits 2020 hatte der französische Präsident Macron der EU den Vorschlag gemacht, über gemeinsame europäische Atomwaffen zu reden. Im Juni 2022 forderte CDU-Chef Friedrich Merz: „Europa muss Atommacht werden!“

Das sind die wahren Hintergründe der Renaissance deutscher Atomkraftwerke. Daher besteht die Gefahr, dass es nicht beim Weiterbetrieb bis April 2023 bleibt. Wir fordern: Kein Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke! Sofortige weltweite Stilllegung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber! Verbot und Vernichtung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen!

Der Neubau von LNG-Terminals wird im Eilverfahren durchgewunken. Der Ausbau der „Erneuerbaren“, die sogenannte „Wärmewende“ und der Ausbau der Stromspeicher kommen dagegen nur mäßig voran. Völlig unnötig werden Gaskraftwerke weiter am Netz gehalten, weil sie die höchsten Strompreise erzielen. Die „Gaslücke“ existiert angesichts zu 95 Prozent gefüllter Gasspeicher nicht. Eine „Gaslücke“ haben dagegen wir in unseren Geldbeuteln! Wir fordern eine Gaspreisbremse, die diesen Namen auch verdient, und unterstützen die aktuellen Lohnforderungen.

Aus der Zeit gefallen sind nicht die Lohnforderungen, sondern der Hype auf fossile Energien, die den Energiekonzernen nie erreichte Milliarden Gewinne bringen. So soll sogar das Symbol des Widerstands der Umweltbewegung, Lützerath, zur Braunkohlegewinnung abgebaggert werden. Wir sind solidarisch mit allen, die das verhindern wollen! Jetzt 100 Prozent erneuerbare Energien durchsetzen! Stopp Fracking und Flüssigerdgas! Schluss mit dem Rollback im Umweltschutz! Nein zur Unterordnung des Umweltschutzes unter die Kriegspolitik! Lützerath muss bleiben! Raus aus der Kohleverbrennung bis 2030!

Machtvoll melden sich Arbeitende in Europa mit vielen Forderungen zu Wort. Verbinden wir ihre Kämpfe mit unseren Umweltprotesten, suchen wir den Schulterschluss! Das kapitalistische Profitprinzip führt zu einem rücksichtslosen Raubbau an der Natur. Als „Umweltgewerkschaft“ streben wir eine Gesellschaft an, in der der Mensch in Einheit mit der Natur ohne Ausbeutung und Unterdrückung und in Frieden leben kann. Macht mit bei uns, packt mit an und werdet Mitglied, denn Organisation macht den Unterschied! Kommt zur **Protestkundgebung am Weltklimatag**, dem **12. November 2022**, um **13 Uhr** auf den **Bremer Marktplatz**!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **5. Dezember 2022** wieder um **17:30 Uhr**, wegen des Weihnachtsmarktes jedoch vor der „Glocke“ auf der **Domsheide**.

Böses Vorzeichen: Über die Strafwürdigkeit von Donald Trumps Missetaten soll ein Sonderermittler vom Kriegsverbrechertribunal entscheiden („*Daily Beast*“)

„Verbrannte Kekse“: Antisemitischer Rap-Milliardär bringt zum Putenschmaus beim Ex-Präsidenten eine Überraschung mit („*NBC News*“)

Reichster Mann kauft sich wichtigste Redeplattform: Und dann wirft er die Linken raus und holt die faschistischen Hetzer rein („*Raw Story*“)

Trump reißt Republikaner in den Abgrund: Wenn er bei den Vorwahlen nicht siegen darf, tritt er eben *gegen* seine Partei an („*The Bulwark*“)

„Geist des Grundeinkommens zurück in der Flasche“: Ab Juli macht das Jobcenter jedem arbeitslosen Un-Bürger „einen Plan, in dem der vorgesehene Weg zurück zu regulärer Arbeit festgelegt wird“ („N-TV“)

Es reicht einfach nicht: Mit 53 Euro Regelsatzerhöhung halten die Grünen nur scheinbar ein Wahlversprechen ein, denn die Inflation hat längst mehr als das weggefressen („N-TV“)

Bloß nicht mitmachen, höchstens dienstags: „Die Linke“ überlässt die Protestform Montagsdemo lieber den Rechten („Tageszeitung“)

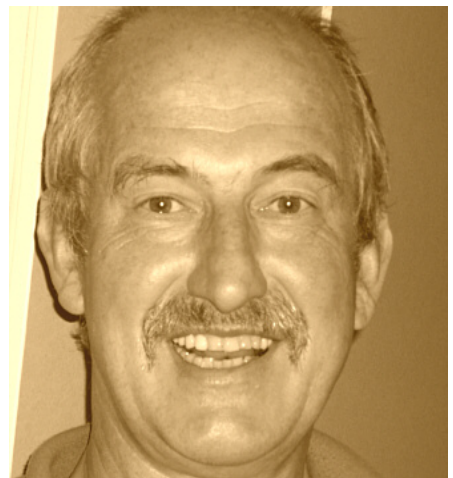
www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

744. Bremer Montagsdemo

am 05. 12. 2022

Für 200 Euro Erhöhung des „Bürgergelds“ als Sofortmaßnahme!

Die letzte Montagsdemo begannen wir mit einer Schweigeminute für die Hunderten Menschen, die durch das iranische Regime ermordet wurden. Inzwischen hat sich der Arbeiter- und Volksaufstand gefestigt: Es besteht tatsächlich die Chance, das faschistische Mullah-Regime zu stürzen. Es wankt schon – die verhasste „Sittenpolizei“ wurde aufgelöst. Das sind diese Schergen, die die junge Kurdin Mahsa Amini festnahmen, weil sie in ihren Augen das Kopftuch nicht richtig trug. Später wurde sie im Gefängnis so schwer misshandelt, dass sie an den Folgen starb.



Der Aufstand steht unter der Führung der revolutionären Arbeiterbewegung vor allem in der Stahl-, Chemie- und Gas- beziehungsweise Ölindustrie. Diesen Montag beginnt ein dreitägiger Generalstreik mit Großkundgebungen in Teheran und vielen anderen Städten. Die Massen hat inzwischen Todesverachtung ergriffen: Sie wollen nicht mehr unter der faschistischen Herrschaft der Mullahs leben. Das übersteigt bei Weitem das, was hier in der bürgerlichen Presse berichtet wird, wonach es nur um die Erhebung der Frauen gehe: Es geht darum, in einer neu-demokratischen Revolution den Faschismus abzuschaffen, wirkliche Demokratie einzuführen und auf den Weg zum Sozialismus weiterzugehen.

Mit Zustimmung von Nato, USA und auch Russland führt Recep Tayyip Erdogan Krieg gegen die Kurden im Irak, in Syrien und auch in der Türkei selbst. Nach heftigen Luftangriffen unter anderem auf Kobanê kündigt er jetzt eine Bodenoffensive an. Es ist der Gipfel der Heuchelei, wenn Außenministerin Annalena Baerbock vor laufenden Kameras „Jin, Jiyan, Azadi“ ruft („Frauen, Leben, Freiheit“) und gleichzeitig Erdogan die Hand schüttelt und die Nato-Einheit beschwört. Diese Außenministerin steht, wie die ganze Bundesregierung, definitiv nicht für Freiheit!

Das zeigte sich diesen Sonntag auch am Verhalten der deutschen Regierung, als anlässlich des 75. Jahrestags der Vertreibung und Enteignung von 750.000

Palästinensern die UN eine Resolution verabschiedete, die das Ende der israelischen Besatzung fordert und für die Rechte der Palästinenser eintritt. 90 Staaten stimmten für die Resolution, 30 dagegen – darunter die USA, Großbritannien und Deutschland. Abends kam in einem Beitrag in der „Anstalt“ gut raus, wie Deutschland das iranische Regime seit Jahrzehnten unterstützt.

Auch im Ukraine-Krieg geht es nur um die Durchsetzung imperialistischer Interessen. Die Ukraine ist eines der rohstoffreichsten Länder, nicht nur mit ihren riesigen Gas- und Kohlevorräten und bestem Ackerboden. Sie besitzt auch Unmengen an Lithium, Beryllium, Kobalt und Seltene Erden. Man schätzt ihren Wert auf 6,7 Billionen Euro. Sie werden für die moderne Produktion immer wichtiger. Das ist auch einer der Hauptgründe, warum die westlichen Imperialisten seit Jahren die Hand nach der Ukraine ausstrecken, was das ebenfalls imperialistische Russland nun mit Gewalt verhindern will. Die Hauptvorkommen liegen im von Russland besetzten Teil der Ukraine.

Weltweit nehmen die Kämpfe gegen die Abwälzung von Krisen- und Kriegslasten und teils schon gegen den Imperialismus insgesamt zu: In China gab es die größten Kämpfe mit Demonstrationen seit dem Protest gegen das Regime von Li Peng im Jahr 1989. In Italien war am Freitag ein landesweiter Streik von Hunderttausenden, mit Großdemonstrationen am Samstag gegen die Regierung unter der Faschistin Georgia Meloni. Auch Zehntausende Arbeitslose beteiligten sich mit ihren Verbänden daran. Massenstreiks und Demonstrationen gab es auch in Indien, Südkorea und Bangladesh.

Auch innenpolitisch ist die Bilanz der „Ampel“-Regierung trostlos: Das „Bürgergeld“ ist nichts anderes als Hartz IV mit neuem Namen. Die wenigen Verbesserungen wurden im Vermittlungsausschuss auf Betreiben der CDU gleich wieder gestrichen. Es bleibt bei den Sanktionen ab dem ersten Tag. Das Schonvermögen wurde auf 40.000 Euro gesenkt.

Und die AfD? Die wollen den Langzeitarbeitslosen und Armen die Unterstützung ganz wegnehmen. Die AfD-ler lehnen nicht nur das „Bürgergeld“ komplett ab, sie fordern stattdessen „Bürgerarbeit“, nichts anderes als das faschistische Modell des „Arbeitsdienstes“. Wer solche Billigstjobs ablehnt, soll keinerlei Unterstützung bekommen. Bei Hartz IV gab es Ein-Euro-Jobs „zusätzlich“. Auch das war schon Zwangsarbeit. Bei der AfD soll es dann nur noch so etwas wie Ein-Euro-Jobs geben. Die Arbeitslosen werden als „Schmarotzer“ beschimpft. Das zeigt einmal mehr, dass die AfD eine Wegbereiterin des Faschismus ist, der brutalsten Herrschaftsform des Kapitalismus.

Auch der Gas- und Strompreisdeckel ist ein Witz: Mit 40 Cent bei Strom und zwölf Cent bei Gas liegt er schon bei etwa dem Doppelten des bisherigen Preises, und das bei zu 100 Prozent gefüllten Speichern. Derweil machten die DAX-Konzerne in diesem Jahr die höchsten Profite aller Zeiten: 130 Milliarden Euro! Es ist höchste Zeit, dass auch hier die Kämpfe Fahrt aufnehmen: Für 20 Prozent Lohnnachschat! Für 200 Euro Erhöhung des „Bürgergelds“ als Sofortmaßnahme! Für die Streichung der Hartz-Armutsgesetze, denn Arbeitslosengeld muss

es für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit geben! Kampf der Abwälzung von Kriegs- und Krisenlasten auf unsere Rücken!

Die „Internationalistische Liste“/MLPD wird sich an der Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023 beteiligen, vor allem um den Widerstand gegen die drohende Weltkriegsgefahr voranzubringen und die Kräfte zu stärken, die für den Weg zur revolutionären Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus stehen. Ich bitte euch, für die Wahlzulassung zu unterschreiben.

Wolfgang Lange (MLPD)

„Bürgergeld“ bleibt reines Hartz-IV-Update: Im Sozialgesetzbuch II werden nur wenige Zeilen geändert („*Tacheles Sozialhilfe*“)

Show-Razzia bei „Reichsuntertanen“: Wenn die Polizei schon mal gegen Nazis vorgeht, sorgt sie vorher dafür, dass Fernsehteams alles filmen („*N-TV*“)

Die Weltklimakonferenz in Ägypten ist gescheitert



Wir rasen immer schneller auf den Kollaps der Erde zu! Die 27. Weltklimakonferenz in Ägypten begann mit einem eindringlichen Appell des UN-Generalsekretärs Antonio Gueterres: „Wir sind auf dem Highway zur Klimahölle, mit dem Fuß auf dem Gaspedal!“ Er zeichnete ein treffendes Bild der dramatischen Lage.

In der globalen Umweltkrise sind bereits unumkehrbare Kippunkte erreicht: An den Polen wachsen die Temperaturen dreimal so schnell wie im Rest der Erde. Die Eisschmelze ist nicht mehr aufzuhalten. Die Permafrostböden tauen schneller auf und geben Millionen Tonnen Kohlendioxid frei. Die Zerstörung der tropischen Regenwälder geht immer schneller voran und hat die grüne Lunge der Erde durch Brandrodung von einem Speicher zu einem Erzeuger von Kohlendioxid gemacht. Die Gletscher schmelzen und werden bald verschwunden sein.

In dieser gefährlichen Entwicklung brauchen wir dringende Sofortmaßnahmen zur Beendigung des fossilen Zeitalters und zur schnellen Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien. Aber nichts wurde beschlossen, um die Erde vor dem Kollaps zu retten!

Das Motto der Konferenz „Gemeinsam für eine gerechte, ambitionierte Umsetzung *jetzt!*“ war eine Provokation, denn schon im Vorfeld setzten die imperia-

listischen Staaten einen massiven Kahlschlag umweltpolitischer Errungenschaften und den Ausbau von Kohle, Gas, Öl und Atomkraft für ihre Kriegspolitik durch.

Bundeskanzler Scholz versuchte, sich als Klimaretter zu inszenieren. Scholz warnte auf der Weltklimakonferenz vor einer „Renaissance fossiler Energien“. Das ist ein schlechter Witz, denn die „Ampel“-Koalition hatte bereits eine Rolle rückwärts in der Umweltpolitik vollzogen: Zwölf alte Kohlemeiler wurden wieder in Betrieb genommen. Zwölf Flüssiggas-Terminals wurden in Windeseile hochgezogen, denn schon Anfang 2023 sollen Schiffe mit Fracking-Gas aus den USA in Wilhelmshaven ankommen. Die Laufzeit der drei bestehenden Atomkraftwerke wurde verlängert, erst mal bis April 2023.

Dieser Versuch, die Öffentlichkeit zu blenden, löste heftige Kritiken von Umweltverbänden und Klimaaktivist(inn)en aus. Luisa Neubauer („Fridays for Future“) kritisierte zum Beispiel: „Olaf Scholz und seine Regierung setzen sich zwar hoch engagiert ein – aber eben für fossile Energien statt für eine gerechte Wende zu 100 Prozent erneuerbaren Energien.“

Als „Durchbruch“ und großer Erfolg wird ein neuer Entschädigungsfonds verkauft. Dieser soll den von der Umweltkrise besonders betroffenen Staaten Finanzhilfen zukommen lassen. „Damit schlagen wir ein neues Kapitel in der Klimapolitik auf“, behauptet Außenministerin Annalena Baerbock. Ein Zynismus ohnegleichen, da doch die Höhe des Fonds und wer einzahlen soll völlig offen blieb und gleich auf die nächste Weltklimakonferenz Ende 2023 in Dubai verschoben wurde.

Die jetzt schon massiv betroffenen ärmeren Länder, wie Pakistan mit 33 Millionen Obdachlosen durch Überschwemmungen, werden ein weiteres Jahr im Regen stehen. Allein 58 besonders gefährdete Staaten bezifferten ihre Kosten der vergangenen 20 Jahre auf 587 Milliarden Euro. „Großzügig“ will Bundeskanzler Olaf Scholz 170 Millionen einzahlen. Die Rettung der Lufthansa mit neun Milliarden Euro war ihm viel mehr wert.

Wir können die Erde nur durch eine internationale Widerstandsfront vor dem Kollaps retten. Bauen wir sie gemeinsam auf! Machtvoll melden sich Arbeiter und Arbeiterinnen in Europa zu Wort mit vielen Forderungen. Verbinden wir ihre Kämpfe mit unseren Umweltprotesten, suchen wir den Schulterschluss! Das kapitalistische Profitprinzip führt zu einem rücksichtslosen Raubbau an der Natur.

Als „Umweltgewerkschaft“ streben wir eine Gesellschaft an, in der der Mensch in Einheit mit der Natur ohne Ausbeutung und Unterdrückung und in Frieden leben kann. Macht mit bei uns, packt mit an und werdet Mitglied! Ihr könnt uns kennenlernen beim nächsten **Treffen der „Umweltgewerkschaft“ am 11. Dezember 2022 um 15 Uhr** in der **Zion-Gemeinde**, Kornstraße 31.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **9. Januar 2023**
wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Wo bleibt die Polizei: Wenn die Gerichtsvollzieherin die Wohnung zwangsräumen lässt, obwohl das Amtsgerichts es ihr untersagt hat? („*Tageszeitung*“)

Wo bleibt die Linkspartei: Wenn die Erinnerung an die rot-grüne Regierung Schröder mit ihrer unsozialen „Agenda 2010“ verblasst? („*Tageszeitung*“)

Wo bleibt der Preisdeckel: Wenn die Teuerung der Lebensmittel noch höher ist als die offizielle Inflationsrate? („*N-TV*“)

Wo bleibt die Verhältnismäßigkeit: Wenn der Kampf gegen Klimaschützer energischer vorangetrieben wird als jener gegen die Klimakrise? („*Tagesschau*“)

Privater Jobvermittler als Insasse Nummer 2010: Nach 20 Jahren funktioniert das Geschäft mit der Beratung für den Niedriglohnsektor nicht mehr („*MDR*“)

Geschichte eines Putschversuchs: Parlamentarischer Untersuchungsausschuss verlangt Strafverfolgung des früheren Präsidenten („*New York Times*“)

Trump als Insasse Nummer 11.780: „Wenigstens reden sie dann nicht mehr über meine Mahlzeiten mit Nazis“ („*Raw Story*“)

Trotz „Bürgergeld“ unter dem Existenzminimum: Die weltfremde Berechnungsmethode schützt nicht vor Kaufkraftverlust („*Süddeutsche Zeitung*“)

Korruptionsermittlungen gegen Finanzminister Lindner: So einer spart am Regelsatz, bis die Ärmsten nicht mehr den Strom bezahlen können („*Spiegel*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größtenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Wolfgang Lange** (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen,
Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange@nord-com.net

Zuschriften an: Initiative@Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler),
Manuskripte@Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84,
BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum/Datenschutz: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen,
Info@Bremer-Montagsdemo.de (parteilos) – Für die Beiträge haften die Verfasser. Zuschriften können intern diskutiert und veröffentlicht werden. Diese

Website verwendet statisches HTML ohne Scripting oder Tracker, setzt keine Cookies und erfasst selbst keine Besucherdaten. Der Provider erfasst Ihre IP-Adresse, Verweildauer sowie Seitenaufrufe für eine Statistik. Es gibt keine Werbeeinnahmen aus eingebundenen oder verlinkten Fremdinhalten.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz